

8 Die 2. Republik



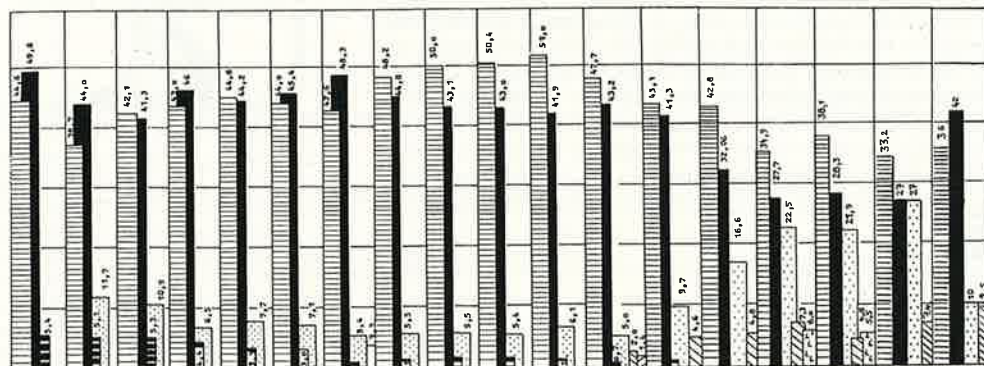
Im politischen System Österreichs bestimmen nicht nur die Parteien und das Parlament die Politik des Landes. Eine Reihe anderer Machtträger und Organisationen wie Verbände, Kammern und Vereinigungen spielen beim Formulieren und Durchsetzen der Anliegen verschiedener Berufs- und Interessensgruppen eine große Rolle. Sie alle sind Elemente des politischen Systems, das sich im Laufe der Geschichte der Zweiten Republik zu seiner jetzigen Form entwickelt hat.

www-Tipp

<http://bmi.gv.at/wahlen>
www.sora.at/wahlen

Nationalratsmandate	1945	1949	1953	1956	1959	1962	1966 ²⁾	1970	1971 ³⁾	1975	1979	1983 ⁴⁾	1986	1990	1994	1995	1999	2002
SPÖ	76	67	73	74	78	76	74	81	93	93	95	90	80	80	65	71	65	69
ÖVP	85	77	74	82	79	81	85	79	80	80	77	81	77	60	52	53	52	79
KPÖ	4	5	4	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
FPÖ ¹⁾	-	16	14	6	8	8	6	5	10	10	11	12	18	33 ⁵⁾	42	40	52	18
Grüne	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	10	13	9	14	17
LIF	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11	10	-	-

Prozentanteil der Parteien bei den Nationalratswahlen 1945-1995



¹⁾ 1949-1953 VdU („Verband der Unabhängigen“, ab 1956 als FPÖ)
²⁾ Kandidatur der „Demokratischen-Fortschrittlichen Partei“ (DFP) des ehemaligen ÖGB-Präsidenten und ehemaligen SP-Innenministers Franz Olah: sie erreicht kein Grundmandat.
³⁾ Kleine Wahlrechtsreform: 183 statt bisher 165 Abgeordnete zum Nationalrat; 9 statt 25 Wahlkreise; 2 statt 4 Wahlkreisverbände. Eine ausgewogenere Berücksichtigung der Reststimmen bewirkt bessere Resultate für die Kleinparteien.
⁴⁾ Getrennte Kandidatur der „Vereinten Grünen Österreichs“, VGO, und der „Alternativen Liste Österreich“, ALÖ, sie erreichten kein Grundmandat. 1986 gemeinsam als „Grün-Alternative Liste“.
⁵⁾ 1992/93 durch Parteiaustritte Verschiebung: 79 SPÖ, 28 FPÖ, 5 Liberales Forum. ÖVP und Grüne bleiben gleich.

Die Regierungen der 2. Republik:

- 1945 provisor. Regierung Renner
- 1945-47 Konzentrationsregierung VP/SP/KP, Bundeskanzler Figl (VP)
- 1947-66 Große Koalition VP/SP, Bundeskanzler Figl, Raab, Gorbach, Klaus (VP)
- 1966-70 Alleinregierung VP, Bundeskanzler Klaus
- 1970-71 Minderheitsregierung SP, Bundeskanzler Kreisky
- 1971-83 Alleinregierung SP, Bundeskanzler Kreisky
- 1983-86 Kleine Koalition SP/FP, Bundeskanzler Sinowatz (SP)
- 1986-99 Große Koalition SP/VP, Bundeskanzler Vranitzky (SP), ab 1997 Bundeskanzler Klima (SP)
- 2000- Koalition VP/FP, Bundeskanzler Schüssel (VP)

8.1 Aus Erfahrung gelernt – Konzentrationsregierung

Gemeinsamkeit als politischer Wille aller Parteien

Im Unterschied zu der Anfangsphase der Ersten Republik gab es 1945 klare Vorstellungen über den Sinn und die Größe der Republik. Viele der Regierungsmitglieder und Politiker in den Bundesländern waren gemeinsam in Konzentrationslagern inhaftiert gewesen. Nach den Erfahrungen der vergangenen sieben Jahre konnte von einem Anschluss an Deutschland keine Rede mehr sein.

NSDAP-Verbotsgesetze

In dem von der Provisorischen Regierung am 8. Mai 1945 erlassenen Verfassungsgesetz wurde nicht nur ein Verbot der NSDAP und jeder nationalsozialistischen Wiederbetätigung verfügt, sondern auch die Registrierung und ein Vorgehen gegen ehemalige Nationalsozialisten angeordnet.

Im Unterschied zu den Verhältnissen in Deutschland führten die Österreicher diese politische Säuberung selber, nur unter der Aufsicht durch die Besatzungsmächte, durch. Um die politische Souveränität wiederherzustellen, musste die österreichische Regierung die politische Säuberung soweit durchführen, dass ihr von jeder Besatzungsmacht ein positives Zeugnis ausgestellt wurde.

zunächst kein „Entnazifizierungskonzept“

Unmittelbar nach Kriegsende gab es kein gemeinsames Konzept der Alliierten. Der Machtbereich der österreichischen Regierung erstreckte sich, wenn überhaupt, nur auf die russische Besatzungszone. Dadurch war es durch ihre Vergangenheit belasteten Personen möglich, immer wieder unterzutau-chen.

Die österreichische Regierung unterschied in ihrem „Verbotsgesetz“, in dem alle ehemaligen Nationalsozialisten über die Gemeinde- und Arbeitsämter erfasst werden sollten, zwei Gruppen: Als politisch besonders belastet galten die „Illegalen“ – NSDAP-Mitglieder aus der Zeit vor 1938, sie hatten Hochverrat an Österreich begangen. Wer nach dem Anschluss zur Partei gekommen war, dem gestand man eher eine Mitläufermentalität oder eine Zwangssituation zu. 1946 waren in Österreich 536.000 ehemalige Nazis, davon etwa 100.000 „Illegale“ registriert. In dieser, z. T. chaotischen Phase unmittelbar nach dem Krieg erfolgten noch harte Strafen und Wahlverbot.

0,5 Mio. „Ehemalige“

In einer zweiten Phase ab 1947 wurde aufgrund einer Dreiparteieneinigung in einem neuen Gesetz zwischen „minderbelasteten“ und ca. 40.000 „belasteten“ Nationalsozialisten unterschieden. Für sie sah das Gesetz fristlose Entlassung vor – jedoch war schon in diesem Gesetz als Hintertür „die Begnadigung bei Vorliegen öffentlichen Interesses“ möglich.

1948 Beginn der Amnestie

Die Minderbelasteten wurden 1948 amnestiert. Für die Belasteten liefen die Strafen entweder in den fünfziger Jahren aus oder sie profitierten von weiteren Amnestien 1955 und 1957.

Die Hintergründe dazu lagen in mehreren Umständen:

Wie sollte es möglich sein, ein demokratisches System wieder aufzubauen, wenn ca. 15 Prozent der Bevölkerung ausgeschlossen wären?

Die „künstliche“ Arbeitslosigkeit (durch Entlassung) oder berufliche Zurückstufung von einer halben Million Berufstätiger drohte zu einer ernststen Gefährdung des Wiederaufbaus zu werden – namentlich bei höher qualifizierten „Ehemaligen“! Oft kam es zu chaotischen Zuständen, weil, wie beispielsweise in einem Protokoll der Tiroler Landesregierung ersichtlich, fast alle Abteilungschefs der Verwaltung entfernt werden mussten. Besonders in Bereichen der für den Wiederaufbau notwendigen Industrie stellten Zeitungsberichte der damaligen Zeit immer wieder die Kontinuität der alten Führungskräfte fest. Diese Zeitungsberichte und Leserbriefe in den Zeitungen verdeutlichen, dass die Befreiung vom faschistischen Joch in der Arbeiterschaft und zum Teil auch in der Bauernschaft intensiver erlebt wurde als im wohlhabenden Bürgertum.

Fehlen von Fachkräften im Wiederaufbau – beseitigt ideologische Bedenken

Österreichs Stellung im Kalten Krieg ändert Verhältnis zur Vergangenheit

Dazu kam noch Österreichs Zwischenstellung im beginnenden „Kalten Krieg“ zwischen Ost und West. Die radikalen „Anti-Nazi-Kräfte“ – auch die ehemaligen Widerstandskämpfer – verloren an Bedeutung gegenüber pragmatischen Politikern, in Österreich und bei den Alliierten. Das ideologische „Feindbild“ hatte sich geändert!

Die damals einzige unabhängige Tageszeitung, das „Neue Österreich“, berichtete am 7. 7. 1945:

Der gute Österreicher macht sich auf zum Stubenring, um seine Kraft in den Dienst des Wiederaufbaus zu stellen. Er nahm mit Recht an, das neue Österreich müsste doch auf ihn warten. Über die Marmorstufen ging der Weg noch glatt. Aber dann fing es an: Der Leiter der Handelskammer, Herr Hofrat Dr. W. B., ein Parteianwärter. Soll er mit einem ehemaligen Nazi die ersten Worte wechseln? Er geht weiter und kommt zur Abteilung für Zoll und Handelspolitik. Hier beginnt es ihm schon vor den Augen zu flimmern,

als er das Namensschild entziffert: L. Z., illegaler Parteigenosse. Er taumelt zur Rohstoffbewirtschaftung; sie wird von Dr. H. geleitet, dem nazistischen Kohlenklau für das Rüstungskommando . . . Jetzt beginnt es sich um ihn zu drehen; der Volkswirtschaftsabteilung steht der Pg. R. K. vor; die Verkehrsabteilung führt der Pg. Regierungsrat W. D.; in der Rechtsabteilung gibt Pg. Dr. R. den Ton an . . .

Quelle: MEISSL/MULLEY/RATHKOLB: Verdrängte Schuld, verfehlt Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–55. Verl. f. Geschichte u. Politik, Wien 1986

Das Opferfürsorgegesetz und seine Wirkung:

Der anspruchsberechtigte Personenkreis wird im OFG folgendermaßen definiert:

„Als Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich im Sinne des Bundesgesetzes sind Personen anzusehen, die um ein unabhängiges, demokratisches und seiner geschichtlichen Aufgabe bewusstes Österreich insbesondere gegen Ideen und Ziele des Nationalsozialismus, mit der Waffe in der Hand gekämpft oder sich rückhaltlos in Wort oder Tat eingesetzt haben.“ [. . .] (§ 1, Abs. 1) So hatte der SPÖ-Nationalratsabgeordnete Karl Mark 1947 noch geklagt, dass außer Dienst gestellte Nationalsozialisten S 150,- pro Monat erhielten, während so manchen Opfern des Faschismus ein Wintermantel um S 100,- noch zu teuer sei.

Erst mit der 20. (!) Novelle 1969, also 24 Jahre nach Kriegsende, erhielten Emigranten, die länger als 3 1/2 Jahre im Exil gelebt hatten, einen Opferausweis zuerkannt.

Doch die Probleme der „Wiedergutmachung“ lagen nicht allein in den Mängeln des OFG begründet. Die konkrete Umsetzung selbst ließ oft zu wünschen übrig. Die Opferverbände klagten über verzö-

gerte Erledigung der Anträge, so sprach beispielsweise 1950 eine Deputation der Lagergemeinschaft Ravensbrück beim Bundesminister für Soziale Verwaltung vor und ersuchte um Beschleunigung bei der Behandlung der Anträge.

Während also eine Art „Wiedergutmachung“ für die Mehrzahl der Nationalsozialisten bereits 1957 erfolgt war, erhielten die Opfer des Faschismus berufliche Schäden beispielsweise erst im Rahmen der OFG-Novelle 1961 abgegolten.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass einerseits die Gesetze zugunsten der Opfer des Faschismus mit bedeutenden Verzögerungen beschlossen bzw. erweitert wurden, andererseits beträchtliche Probleme bei der Vollziehung entstanden. Besonders die Verzögerungen hatten schwerwiegende Folgen für die potentiellen Anspruchswerber. Der Kreis der Opfer wies auch nach der Befreiung noch eine überdurchschnittlich hohe Sterblichkeitsrate auf, so dass für viele von ihnen die Maßnahmen schlicht zu spät kamen.

Quelle: Galander B.: Maßnahmen der Republik für die Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus. In: Meissl/Mulley/Rathkolb, Wien 1986. S. 140 ff.

erste freie Wahlen bringen absolute ÖVP-Mehrheit

Im Herbst 1945 fanden nach 15 Jahren in Österreich wieder geheime, freie Wahlen statt. Obwohl die ÖVP die absolute Mehrheit erhielt, bildeten drei Parteien eine Konzentrationsregierung. Aufgrund der besonderen innen- und außenpolitischen Situation war es nötig, gegenüber den Alliierten in Einheit aufzutreten, daher wurde diese Regierungsform gewählt.

1949: erfolgreiche Wahlpartei der Unabhängigen

Bei den Nationalratswahlen 1949 durften ehemalige Nationalsozialisten wieder wählen. Das gab einer neuen politischen Gruppierung, die sich „Verband der Unabhängigen“ (VdU) nannte, Gelegenheit, sehr erfolgreich zu kandidieren. Sechzehn Abgeordnete der „Wahlpartei der Unabhängigen“ zogen in das Parlament ein – ein Schock für die beiden großen Parteien.

Verzicht auf Ideologie – Öffnen der Parteien

Die Konkurrenz durch die neue Gruppierung bestärkte in der ÖVP und in der SPÖ die Auffassung, dass es wahltaktisch klüger wäre, sich um ehemalige Nationalsozialisten zu kümmern, als sie beiseite zu schieben. Beide großen Parteien, die ÖVP und die SPÖ, verzichteten ferner immer mehr auf eine dogmatische (starrten Lehrsätzen entsprechende) Ideologie (Geisteshaltung) und öffneten sich Österreichern, deren Denken sich in ein starres Partei-schema nicht eingliedern ließ. Die ÖVP sieht die Freiheit des Einzelnen besonders durch die Festigung des privaten Eigentums und dessen breite Streuung gewährleistet, die SPÖ hält die Absicherung der Österreicher durch einen großzügigen Ausbau der Sozialgesetzgebung für die beste Garantie persönlicher Freiheit. Natürlich gibt es umso mehr Überschneidungen der Auffassungen, je offener die Parteien agieren. Von starren Lagern, die, sozusagen durch Wall und Graben getrennt, einander feindlich gegenüberstehen, kann man nach 1945 nicht mehr sprechen.

keine Lagermentalität mehr

Schwäche der KPÖ

Der Anteil der kommunistischen Stimmen ging kontinuierlich (beständig) zurück. Nur während der ersten zwei Jahre der Zweiten Republik stellten sie einen Minister. Der kommunistische Energieminister von damals sprach sich gegen die Beteiligung Österreichs am Marshallplan aus. Da Regierungsbeschlüsse einstimmig gefasst werden müssen, wertete die Bundesre-

große Koalition ÖVP–SPÖ

gierung diese Haltung als Demission (Rücktritt). Eine Koalition ÖVP/SPÖ folgte im Jahre 1947. Sie sollte fast zwanzig Jahre bestehen.

1955: WdU wird FPÖ

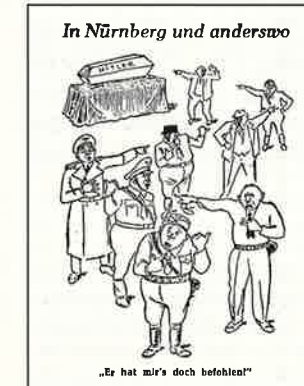
Aus der Wahlpartei der Unabhängigen ging 1955 die **Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)** hervor. Diese verfügte zwar über eine straffere Organisation und ein klareres Programm, konnte aber lange die Stimmen- und Mandatszahlen der WdU von 1949 nicht erreichen. Die FPÖ versuchte, die Grundsätze des Liberalismus mit einem deutschen Kultur- und Volksbewusstsein und dem Bekenntnis zur demokratischen Republik Österreich zu verbinden. Dadurch entsteht ein mindestens ebenso starkes Spannungsfeld wie in den weltanschaulichen Bandbreiten der auf Öffnung bedachten Großparteien.

Partei zwischen Liberalen und Nationalen

A

Arbeitsaufgaben:

- Vergleichen Sie das Diagramm „Prozentanteile der Parteien“ und die Tabelle „Mandatsstand im Nationalrat“ auf S. 110. Sie werden diese Seite in der Folge noch öfter benötigen!
- Beschreiben Sie ganz allgemein die Entwicklung der Stimmanteile bei den Nationalratswahlen. Wann ergaben sich andere Mehrheitsverhältnisse bei den Prozentzahlen als bei der endgültigen Mandatsverteilung?
- Wie wirkte sich das Jahr 1949 für die Großparteien aus?
- Betrachten Sie das Diagramm! Wodurch fallen die Prozentergebnisse 1966 und 1983 auf? Kann man daraus Vermutungen über den Wahlausgang für die verschiedenen Parteien ableiten?
- Stellen Sie eine Österreich-Karte der politischen Mehrheitsverhältnisse zusammen. Beginnen Sie mit Ihrem eigenen Landtag.



8.2 Die erste große Koalition

die große Koalition 1947–1966

Nach dem Ausscheiden der Kommunisten 1947 wurden alle österreichischen Regierungen bis zum Jahre 1966 von einer großen Koalition gebildet, also auf der Grundlage der politischen Zusammenarbeit der beiden großen Parteien in der Regierung.

ÖVP in Führung

1959, als die SPÖ die ÖVP um etwa 30.000 Stimmen übertraf, erhielt die ÖVP infolge der Wahlarithmetik (Schlüssel für die Verteilung der Mandate) dennoch im Parlament um ein Mandat mehr.

FPÖ als Opposition

Die Funktion der Opposition blieb nach dem Ausscheiden der Kommunisten aus dem Parlament ausschließlich der Freiheitlichen Partei vorbehalten. Mit ihren wenigen Mandaten konnte sie nur einen bescheidenen Einfluss nehmen.

Vorteil: Stabilität

Bruno Pittermann Julius Raab



Der Proporz aus der Sicht des Karikaturisten

Nachteil: Erstarrung

Der Vorteil der großen Koalition lag in der Geschlossenheit der politischen Willensbildung. Kein Abgeordneter konnte sich über den Willen des Koalitionsausschusses hinwegsetzen (Klubzwang).

Den von der ÖVP gestellten Bundeskanzlern Dipl.-Ing. Leopold Figl (1945 bis 1953), Ing. Julius Raab (1953–1961), Dr. Alfons Gorbach (1961–1964) und Dr. Josef Klaus (1964–1970) standen die von der SPÖ nominierten Vizekanzler Dr. Adolf Schärp (1945–1957) und Dr. Bruno Pittermann (1957–1966) zur Seite. Die Ministerien wurden zwischen den Parteien aufgeteilt. In einigen von ihnen wirkte neben dem Minister ein Staatssekretär, der jeweils der anderen Partei angehörte und die Tätigkeit des Ministers eher überwachen als ergänzen sollte (z. B. im Innenministerium, BM f. Handel u. Wiederaufbau, Außenministerium).

Der Nachteil dieses Systems bestand in einer so genannten „Hausherrenmentalität“. Jeder Minister betrachtete sein Ministerium als eine Domäne (Herrschaftsgebiet) seiner Partei. Diese Tendenz setzte sich in den Ämtern und verstaatlichten Betrieben fort. Aufstiegschancen wurden durch den Besitz des „richtigen“ Parteibuchs begünstigt.

Proporz als Ausgleich

Um Auswüchse zu vermeiden, bestand die jeweils andere Koalitionspartei auf einem „Proporz“, auf einer Auswahl der Bewerber um Stellen oder Beförderungen nach einem parteipolitischen Verhältnis, das etwa den Wählerentscheidungen entsprach. Der Proporz wirkte zwar ausgleichend, führte aber manchmal zu einer sachlich nicht begründeten Überbesetzung. Wenn eine Partei aufgrund des Proporzanspruches Anspruch auf einen Posten erheben konnte, verzichtete sie nicht gerne darauf, auch wenn ein „hervorragend qualifizierter Bewerber“ nicht zur Verfügung stand.

Proporz und Protektion

Viele Besonderheiten des österreichischen politischen Systems hängen damit zusammen, dass es im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sehr viele Staatsbürger gibt, die Mitglied einer politischen Partei sind.

geringe Entscheidungsbereitschaft

Neben dem unschätzbaren Vorteil des Zusammenstehens in schwieriger Zeit machten sich die Nachteile umso deutlicher bemerkbar, je gesicherter die Existenz Österreichs geworden war. Auch Freunde der großen Koalition konnten nicht leugnen, dass es zunehmend schwieriger wurde, rasche und fruchtbare Entscheidungen zu treffen. Der Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann machte es dem Kanzler der letzten Koalitionsregierung, Dr. Josef Klaus, nicht leicht, den Willen der größeren Regierungspartei durchzusetzen. Dr. Klaus ließ erkennen, dass er eine klare Entscheidung der Wähler für die eine oder andere Partei dem Weiterregieren im Korsett der großen Koalition vorziehen würde.

T 3

Es gibt so gut wie keine gesellschaftlichen Interessen, die nicht in die Magnetstrahlung der Parteien geraten; von den Sportvereinen bis zu den Wohnbaugesellschaften, von den Automobilklubs bis zu den alpinen Schutzhütten: alles ist parteipolitisch zuordenbar. Eng verbunden mit der Proporzdemokratie ist eine ausgedehnte Ämterpatronage und eine bis in den Privatbereich reichende Klientelversorgung. Immer muss gefragt werden, wohin jemand gehöre:

rot oder schwarz? Da die Parteipräferenz auch die Interessenvertretung einbezieht, liegt ein dichtes Netz von Klientelbeziehungen über der Gesellschaft. Der Staat gerät so fest in die Hände der politischen Parteien, die Administration verliert ihre Distanz. Der politischen Opposition (seit 1947 die KPÖ, seit 1949 der VdU) bleibt ein geringer Spielraum, ja sie wird dezidiert aus diesem politischen Spiel ausgeschlossen.

Quelle: Hanisch, E. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien 1994

T 4

Welche Grundmeinung drücken diese Pressezitate aus der Endphase der großen Koalition aus?

„All die großen Beteuerungen in den letzten Jahren haben nichts daran geändert, dass die große Koalition alten Stils immer steriler, immer unfruchtbarer, immer dürrer und immer trostloser geworden ist.“

Hubert Feichtlbauer in den „Salzburger Nachrichten“ (5. Februar 1966).

„Dass jetzt das Wort Koalition geradezu ängstlich vermieden wird, ist kein Zufall. Allzu sehr ist der bisher gebrauchte Ausdruck durch die Praxis des Koalitionspakts und durch die beherrschende Rolle des Koalitionsausschusses belastet. Dadurch wurde diese Tätigkeit

von Regierung und Parlament in bedenklicher Weise von verfassungsmäßig vorgesehenen Organen festgelegt und das Misstrauen der breiten Öffentlichkeit gegenüber der Koalition an sich hat darin eine seiner stärksten Wurzeln.“

Ernst-Werner Nußbaum in der „Presse“ vom 23. März 1966.

„Wenn allerdings der Kompromiss in totalen Proporz ausartet, fragt sich der, der keiner der großen Parteien angehört, wo wohl der Unterschied zur Diktatur ist.“

Karl-Heinz Ritschel in den „Salzburger Nachrichten“ am 14. August 1965.

T 5

„Im Proporz fand die Praxis der totalen Machtergreifung im Staat durch die Koalitionsparteien ihre Fortsetzung. Stellenbesetzungen, Subventionen, ja sogar Regierungs- und Beamtendelegationen, die ins Ausland reisten, mussten im Verhältnis 1:1 zusammengesetzt werden.“ Zum Proporz kam dann das Junktim, der „Zustimmungsausschweg“, wo völlig fremde Materien einfach dadurch zusammengekettet wurden, dass die eine Partei, dass der eine Minister seine Zustimmung nur dann zu einer Vorlage gab, wenn die

andere Partei oder der andere Minister ein gleichwertiges, sonst aber beeinspruchtes Anliegen erfüllt bekam. Wo das Junktim misslang, wurde das Veto angedroht oder ausgesprochen. Felix Ermacora, damals noch primär Verfassungs- und Verwaltungsjurist, meinte nach dem Ende der großen Koalition, in Österreich sei eine Art Volksrepublik entstanden, in der unter Ausschluss des Parlaments und der Regierung durch Nebenregierungen geherrscht worden sei.

Quelle: J. Klaus: Macht und Ohnmacht in Österreich. Wien 1971. Zit. nach Rauchensteiner, M. DIE ZWEL. Die große Koalition in Österreich 1945–1966

„Das Wirtschaftswunder“

Wirtschaftlich war Österreich in den 50er Jahren in eine lange Wachstumsphase, die bis in die späten 60er Jahre dauerte, eingetreten. 7 bis 8% Wachstum ließen die Industrieproduktion schon 1959 auf das Zweieinhalbfache von 1937 anwachsen und erreichten im verstaatlichten Bereich der Schwerindustrie, der Chemie und Investitionsgüterindustrie sogar Raten um das Drei- bis Vierfache!



In den 60er Jahren wurde ein Viertel des heutigen Wohnungsbestandes gebaut. Auch Arbeitern gelang es, ein eigenes Heim zu erwirtschaften. Der Bauboom (mit begleitenden Bauskandalen) und die Automobilisierung veränderten den Alltag (1949 entfielen auf 1.000 Einwohner 6 Pkw, 1969 bereits 151, 1983 sogar 320).

Beides kam auch dem Fremdenverkehr zugute. Als Mitte der 1950er Jahre die Deutschen wieder zu reisen begannen, zählte Österreich damals als Billigland zu den beliebtesten Zielen. Eine spezielle Form der damaligen Heimatfilme festigte werbewirksam Klischeevorstellungen.

T 6

Man stand sicherlich unter dem Legitimationsdruck, den Schlagworten vom Erfolg der nationalsozialistischen Beschäftigungs- und Konsumpolitik, die immer noch und immer wieder auftauchten, den Boden zu entziehen. Nur mit einer raschen Beseitigung der Arbeitslosigkeit, dem Ausbau der Industrie und Infrastruktur, dem Aufbau eines breit gefächerten Sozialsystems und der Einlösung der von den Nationalsozialisten so propagandawirksam eingesetzten Versprechen einer Wirtschaftswunderwelt konnte die Stabilität des neuen Staates dauerhaft gesichert werden.

Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft setzte sich durch. 1957 wurde die Paritätische Kommission gegründet. 1961 legten sich die Sozialpartner im Raab-Olah-Abkommen auf Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum fest. Die Zuwachsraten des Sozialprodukts verlagerten sich von der Investitionsgüterindustrie mehr auf den Konsumgüterbereich. Die Arbeitszeitverkürzung war vorerst kein Diskussionsthema. Ganz im

Gegenteil. Der Wiederaufbau und die Befriedigung des wirtschaftlichen Nachholbedarfs standen im Vordergrund. Die 60-Stunden-Woche blieb durch das Rechtsüberleitungsgesetz formal bestehen. Aber die ganzen fünfziger Jahre hindurch war die wöchentliche Arbeitszeit beträchtlich höher als in der Zwischenkriegszeit und lag im Durchschnitt über 50 Stunden. Erst als die Kriegsfolgen längst überwunden und das Wirtschaftswunder in vollem Gang war, wurde Mitte der fünfziger Jahre vom Gewerkschaftsbund die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wieder aufgegriffen und 1959 die Wochenarbeitszeit von 48 auf 45 Stunden verkürzt. Die Ausweitung der Produktion und das wirtschaftliche Wachstum standen im Vordergrund: Johann Böhm, den Maurerpolier und Präsidenten des Gewerkschaftsbunds, und Julius Raab, den Baumeister und Bundeskanzler, vereinte der Realitätssinn: „Bevor wir mehr konsumieren können, müssen wir mehr produzieren.“

Quelle: R. Sandgruber: Ökonomie und Politik – Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Wien 1995

8.3 Das Entstehen der Sozialpartnerschaft

T 7

Abgeordnete müssen auf Sozialpartner warten

Eigenbericht der „Presse“ Wien (red.). Über die Marktordnung werden nun endgültig nicht die Abgeordneten, sondern die Sozialpartner befinden: Die Mitglieder des Unterausschusses, welche sich deutlich frustriert zeigten, gingen nämlich bereits nach fünfzehn Minuten auseinander und verzichteten auch auf die nächste Sitzung am Freitag. Der eigens eingesetzte Unterausschuss hatte bisher zwei Sitzungen abgehalten, die aber ganz im Zeichen der Ungewissheit über die Beratungen der Sozialpartner standen. Nun haben die beiden Großparteien offenbar eingesehen, dass es besser ist, sich keine unnötige

Arbeit zu machen. Die FPÖ bekräftigte Mittwoch, dass mit dieser Verfahrensweise dem Parlament, aber auch den Interessen der Bauernschaft kein guter Dienst erwiesen werde.

Der Terminplan ist nun offenbar so: Am 12. Mai einigen sich die Sozialpartner, was der Unterausschuss am Tag darauf zur Kenntnis nehmen soll. Am 14. geben dann die Ausschüsse für Landwirtschaft und Handel ihre Zustimmung, und am 19. Mai geht die – ziemlich veränderte – Vorlage für Marktordnung und Preisgesetz im Plenum über die Bühne.

(6. Mai 1976)

Eigentlich, so müsste man sich beim Lesen dieser Zeitungsmeldung fragen, ist doch der Nationalrat für Gesetzesbeschlüsse zuständig, oder? Im Falle der oben angeführten Wirtschaftsgesetze sind jedoch die „Sozialpartner“ ausschlaggebend. Wer sind die Sozialpartner? Warum kritisiert die FPÖ diese Verfahrensweise? Darüber soll der folgende Abschnitt Auskunft geben.

Neben den Parteien bestehen in der österreichischen politischen Landschaft noch große und mächtige Verbände, die oft älter als die Parteien sind. Am ältesten sind die Handelskammern. Sie sind die gesetzlichen Vertreter der gewerblichen Wirtschaft und stammen aus der liberalen Ära um die Mitte des 19. Jahrhunderts. In der Ersten Republik entstanden mit gleichem Ziel, nach Bundesländern gegliedert, die Arbeiterkammern und Landwirtschaftskammern.

Neben diesen Körperschaften öffentlichen Rechts gibt es noch auf Vereinsbasis freiwillige Interessenverbände wie den Österreichischen Gewerkschaftsbund oder die Vereinigung Österreichischer Industrieller. Die Bindung an bestimmte Berufsstände spiegelt sich in der politischen Zusammensetzung der Interessenverbände wider.

A Arbeitsaufgaben:

- Stellen Sie eine Liste der oben genannten Verbände zusammen und ordnen Sie sie jeweils der ÖVP und SPÖ zu.
- Besorgen Sie sich ein Gliederungsschema des ÖGB mit seinen 15 Fachgewerkschaften. Reihen Sie diese nach ihrer Mitgliederzahl!
- Besorgen Sie sich ebenso eine Aufstellung der Fachgruppen der Kammern der gewerblichen Wirtschaft. Beide Informationen sollten in den Bezirksvertretungsstellen dieser Verbände erhältlich sein!
- Besuchen Sie die Stelle der Arbeiterkammer in Ihrem Bezirk. Informieren Sie sich über den unterschiedlichen Tätigkeitsbereich der Arbeiterkammer und des ÖGB!

Klassenkampf am „grünen Tisch“

persönliche Bindungen

Die Übersteigerung der natürlichen Gegensätze der Interessenverbände durch parteipolitische Bindungen und Zielsetzungen hätten zu einer Verschärfung des Klassenkampfes führen und die Wirtschaft lähmen können. Dies war jedoch nicht der Fall. Die führenden Funktionäre der Interessenverbände haben aus der Geschichte der Ersten Republik ebenso gelernt wie die Politiker des Staatsapparates: Sie suchen den Ausgleich. Persönliche Bindungen mögen mit einer Rolle gespielt haben: Der Präsident der Bundeswirtschaftskammer, der Bauunternehmer Ing. **Julius Raab**, und der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Baupolier **Johann Böhm**, standen schon vor dem Krieg in einem beruflichen Vertrauensverhältnis zueinander. Da die wichtigsten Spielregeln der Sozialpartnerschaft nicht gesetzlich festgelegt sind – so basiert die Paritätische Kommission ausschließlich auf einer Vereinbarung zwischen dem ÖGB und der Bundeskammer sowie einem diese Vereinbarung begleitenden Beschluss des Ministerrates –, funktioniert die Sozialpartnerschaft nicht, weil die Betroffenen Sanktionen zu befürchten haben, sondern weil die Betroffenen wollen, dass sie funktioniert.

ÖGB für Solidarität

In allen Fraktionen (Parteigruppen) der 15 Einzelgewerkschaften, die im Österreichischen Gewerkschaftsbund vereinigt sind, werden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Organisation nicht in einem Konkurrenzkampf ausgetragen. In Staaten, in denen Gewerkschaften verschiedener politischer Richtungen getrennt operieren, ist es schwierig, Forderungen in vernünftigen Grenzen zu halten, denn jede Gewerkschaft neigt dazu, besondere Härte zu demonstrieren.

Die Sozialpartnerschaft in Österreich ist von der Gewerkschaftsbewegung nicht nur mitgeschaffen worden, sie wird nicht nur von ihr getragen, sie wird auch von den beiden zentralen Einrichtungen der Arbeitnehmerseite, vom ÖGB und vom Arbeiterkammertag, bejaht und gewollt.

ÖGB und BWK entwickeln Wirtschaftspolitik

Das Grundsatzprogramm der Handelskammerorganisation ist, hier durchaus analog zum Grundsatzprogramm der Österreichischen Volkspartei, zur Sozialpartnerschaft ausdrücklich positiv eingestellt.

Preis- und Lohnfragen

gute Konjunktur

Die anhaltend gute Wirtschaftskonjunktur zwischen 1950 und 1973 kam dem sozialen Frieden sehr zugute. Kollektivverträge, also bindende Abmachungen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern und Angestellten, werden in Österreich zwischen der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und deren Sektionen einerseits und den Gewerkschaften und deren Sektionen andererseits abgeschlossen, also zwischen einer Körperschaft öffentlichen Rechts und einem Verein. Das Wirtschaftswachstum gestattet es, bei Tarifabschlüssen nicht nur den Wertverlust des Schillings durch die schleichende Inflation, sondern auch die gesteigerte Produktivität zu berücksichtigen. Löhne und Gehälter stiegen nicht nur nominell (dem Namen nach), sondern auch real (wirklich).

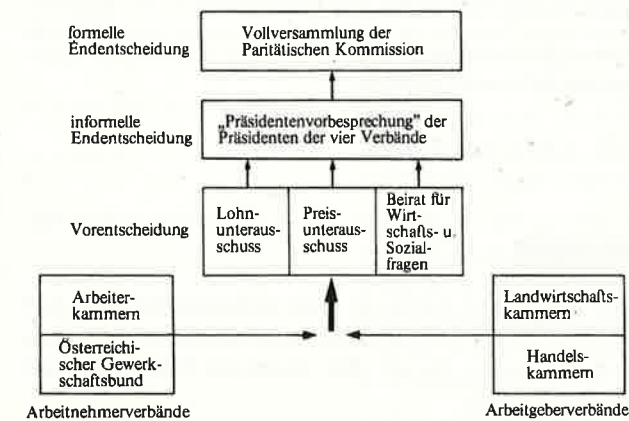
steigender Wohlstand

Paritätische Kommission seit 1957

Als Instrument der Koordinierung von Preis und Lohnbewegungen wurde in der großen Koalition eine „Paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen“ geschaffen, in der die Wirtschaftspartner (Sozialpartner) mit Hilfe ihrer Interessenvertretungen und die einschlägigen Ministerien gemeinsam beraten und entscheiden.

T 8

Struktur der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen



Quelle: Anton Pelinka, Politik und moderne Demokratie, 1976

Konflikte am „grünen Tisch“

seltene Streiks

Dieses für die österreichische Entwicklung der Zweiten Republik charakteristische Instrumentarium ermöglicht es, Interessengegensätze am „grünen Tisch“ auszutragen. Nur in seltenen Fällen brechen Konflikte offen aus und führen zu Streiks. Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU seit 1995 hieß aber auch, dass immer mehr grundsätzliche Entscheidungen für unser Land in Brüssel gefällt werden.

T 9

Aussagen über die Sozialpartnerschaft

1. „Es findet tatsächlich – unter den günstigsten ökonomischen Voraussetzungen zwar – eine friedliche Regelung des Spannungsverhältnisses von Kapital und Arbeit statt. Von diesem, vielleicht auch als ‚österreichische Lösung‘ zu bezeichnenden ‚Wunder‘ gehen die Kritiker des sozialpartnerschaftlichen Systems aus, wenn sie ihm vorwerfen, bei der Entpolitisierung der Öffentlichkeit mitgeholfen zu haben. Fraglos sorgen integrierte Gewerkschaften mit größerem Erfolg als Kampfgewerkschaften für die Sicherung und möglichst für die Erhöhung des Lohnanteils der Abhängigen. Sie überlassen jedoch den Unternehmen die Organisation der Arbeit und die Lenkung der Produktion. Dadurch wird das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit entpolitisiert: nicht mehr als Konfliktsituation verstanden, in der Herrschaft ausgeübt und gegen Herrschaft gekämpft wird.“ (Knoll/Mayer: Österreichische Konsensdemokratie, 1979)
2. „Zum Unterschied vom Parlament, wo die Mehrheit entscheiden könnte, gibt es in der ‚Paritätischen‘ nur einstimmige Beschlüsse oder keine. Parlamentarische Mehrheiten dürfen grundsätzlich nicht auf die Sozialpartnerschaftsebene übertragen werden. Wohl aber einstimmige Vereinbarungen der ‚Sozialpartner‘ auf die parlamentarische Ebene. Zwangsläufig verkümmert dadurch

in allen sozialpartnerschaftlich reglementierten Bereichen die ‚Volksvertretung‘. (E. Wimmer, 1979)

3. „Jenes ökonomische, soziale und politische Umfeld, das in den 50er und 60er Jahren die Herausbildung der Sozialpartnerschaft begünstigte, hat auch in Österreich einige ‚Risse‘ bekommen – mit unübersehbaren Auswirkungen auf die Sozialpartnerschaft. Österreichs Wirtschaft ist bei zunehmender Internationalisierung einem steigenden Wettbewerbsdruck und – nach der Öffnung der Ostgrenzen – einem Anpassungsdruck ausgesetzt. Der Handlungsspielraum der staatlichen Budgets ist enger geworden. Ein Ende der Arbeitsmarktprobleme ist nicht in Sicht. Damit wurden nicht nur Verteilungsprobleme zugespitzt, sondern der Problemdruck auf die Entscheidungsträger erhöht. Insbesondere im Frühjahr 1995 wurde deutlich, dass sich in die Beziehungen zwischen Sozialpartnern und den ihnen nahe stehenden Großparteien beträchtliche Irritationen eingeschlichen haben.

Nicht zuletzt hat das Vorgehen der Regierung im Frühjahr 1995 untermauert, was bereits seit einigen Jahren feststellbar war: Der politische Einfluss der Sozialpartnerschaft ist gesunken.“

Quelle: E. Talos in: Der Standard, 9. 9. 1995

A Arbeitsaufgaben:

- Stellen Sie die Unterschiede in den drei Aussagen fest.
- Wie sieht der Autor von T 10 das Problem?

Mittelfristig ist die Sozialpartnerschaft sowohl politisch als auch ökonomisch durchaus Gefährdungen ausgesetzt:

„– Der auch in Österreich allmählich wirksam werdende Wertwandel lässt eine Abkehr von den zentralen Werten der Sozialpartnerschaft – Stabilität, Wachstum, Wohlstand – mittelfristig immer wahrscheinlicher erscheinen. Die Sozialpartnerschaft ist ihrem Wesen nach den bestehenden Strukturen, dem bestehenden System verbunden. Und sie ist einer klassisch materialistischen Wertordnung verpflichtet, einer Wertordnung, die durch den Sozial- und Wohlfahrtsstaat am deutlichsten konkretisiert wird. Sobald jedoch Ökologie erfolgreich gegen Ökonomie ausgespielt werden kann, sobald die Maximierung des kollektiven und des individuellen Wohlstandes nicht mehr für sich allein überzeugt, kann die Legitimation der Sozialpartnerschaft ins Wanken geraten.“

– Die Möglichkeit, dass sich eine global verursachte Wirtschaftskrise verschärft, gefährdet die Sozialpartnerschaft ökonomisch. Die

Sozialpartnerschaft bedeutet die Aufschiebung von Verteilungskämpfen entlang den Konfliktlinien zwischen Arbeit und Kapital, eine Aufschiebung, die innerhalb der Verbände solange gut vertreten werden kann, solange die Gruppen auch ohne weitreichende Umverteilungsforderungen prosperieren. Wenn an die Stelle der ökonomischen Erfolgsbilanz – relativ günstiges Wachstum, relativ günstige Beschäftigungssituation – eine ökonomische Misserfolgsbilanz treten sollte, die länger andauernden Produktionsrückgang, länger andauernden Verlust von Massenkaufkraft und Massenarbeitslosigkeit bedeutet, ist nicht mehr zu erwarten, dass die sozialpartnerschaftlich bewirkte Stornierung eines umfassenden Verteilungskampfes noch möglich ist.“

Quelle: A. Pelinka: Windstille, 1985, S. 145

8.4 Die Einparteienregierungen

1966 absolute Mehrheit der ÖVP



1966 gehört nach den Jahren 1945 und 1955 zu den entscheidenden der Zweiten Republik. Denn erstmals kam es nicht nur zu einer wesentlichen Änderung der Mandatsverteilung, sondern durch die absolute Mehrheit der ÖVP auch zu einer ersten Alleinregierung.

Die tieferen Ursachen dafür lagen nicht nur in der Stärke der ÖVP, sondern eher in der Schwäche der SPÖ. Es gab hierfür mehrere Gründe, z. B. hatte die KPÖ nicht kandidiert, sondern ihren Wählern die Stimmabgabe zugunsten der SPÖ empfohlen. Dies erweckte den Verdacht einer geheimen Zusammenarbeit und veranlasste Wechselwähler, der SPÖ nicht ihre Stimme zu geben.

Die SPÖ hatte sich kaum von dieser Wahlempfehlung distanziert.

Die ÖVP zog aus der Gleichgültigkeit der SPÖ geschickt Nutzen und brachte das Gespenst einer „roten Volksfont“ ins Spiel. Bundeskanzler Klaus schrieb einen Brief an alle Pfarrer Österreichs, in dem er auf den Umstand der Wahlempfehlung hinwies:

„Ist die Sozialistische Partei so ohne weiteres für Katholiken wählbar, nachdem sie es für die Kommunisten geworden ist? Ich weiß,

dass ich für Sie, Hochwürden, diese Frage nicht zu beantworten brauche. Wissen es aber auch jene, die Ihnen anvertraut sind?“

Quelle: Kriechbaumer, R.: Österreichische Innenpolitik 1970–75. Österreichisches Jahrbuch für Politik, Sonderband 1, Wien 1981

Affäre Olah

Der entscheidende Grund für die SPÖ-Niederlage war jedoch die „Affäre Olah“ und der damit verbundene Skandal um die Kronenzeitung. Franz Olah, der ehemalige Präsident des ÖGB und spätere SP-Innenminister in der Koalitionsregierung, neigte zu eigenmächtigen Handlungen, die gegen die Parteidisziplin verstießen. Trotz seiner Popularität wurde er 1964 aus der SPÖ ausgeschlossen. Er gründete die Demokratische Fortschrittspartei, die bei den Nationalratswahlen zwar kein Grundmandat erreichen konnte, aber fast 150.000 (größtenteils Protest-)Stimmen erhielt.

„Franz Olah, aus der Partei ausgeschlossener Ex-Gewerkschaftsbundpräsident, war über Mittelsmänner und Gewerkschaftsgelder mit dem Boulevardblatt Kronenzeitung in Verbindung getreten. Dieses Blatt verwendete Olah schließlich als Sprachrohr der partei-internen Auseinandersetzungen mit Vizekanzler Pittermann und Justizminister Broda. Den nach seinem Parteiausschluss über die Kronenzeitung geführten Angriffen gegen die SPÖ und ihre führenden Funktionäre wurde durch einen Beschluss des Justizministers ein Ende bereitet. Er ließ zwei Ausgaben des missliebigen Blat-

tes einfach konfiszieren und die Redaktionsräume besetzen. Als Vorwand diente die ungeklärte Rechtslage über den Besitz der Zeitung . . .

Mit dieser Aktion einer offensichtlich übernervösen Parteispitze erreichte die SPÖ einen absoluten Tiefpunkt ihrer Popularität. Die unabhängige Presse verurteilte das Vorgehen gegen die Kronenzeitung einhellig.“

Quelle: Kriechbaumer, R.: Österreichische Innenpolitik 1970–75. Österreichisches Jahrbuch für Politik, Sonderband 1, Wien 1981, S. 8

Dieser zunehmenden Unattraktivität der SPÖ stand ein progressives, un-dogmatisches, d. h. an Sachentscheidungen orientiertes, Programm der ÖVP durch Bundeskanzler Klaus gegenüber. Das Programm hieß „Aktion 20“ und sprach vor allem Erstwähler und die Generation der 25–40-jährigen an. Erstmals wurde ein technokratisches Aktionsprogramm geboten, das von Wissenschaftlern ausgearbeitet worden war und sich, ohne an fixe Weltanschauungen gebunden zu sein, um Sachlösungen bemühte. Ähnliche Schritte in Richtung einer Auflösung der starren Klassenparteien bestimmten den späteren Reformkurs der SPÖ unter Bruno Kreisky.

SPÖ in Opposition

Die SPÖ ging in die Opposition. Vier Jahre lang trug die ÖVP unter Bundeskanzler Dr. Josef Klaus die Regierungsverantwortung allein.

Als weitere Folge der Niederlage brandete eine Woge der Kritik durch die Reihen der SPÖ-Mitglieder. Ihr Vorsitzender, Dr. Bruno Pittermann, zog die Konsequenzen und trat zurück. Auf dem Parteitag wählten die Bundesländerdelegierten Dr. Bruno Kreisky, den Staatssekretär zur Zeit der Moskauer Verhandlungen und späteren Außenminister, zum neuen Vorsitzenden.

SP-Reform Kreiskys

Mit der Wahl Bruno Kreiskys zum Parteivorsitzenden vollzog die SPÖ ihre bedeutungsvollste Weichenstellung zu einer Öffnung der Partei über ihre traditionellen Kernwählerschichten hinaus. Mit der Aufforderung, „ein Stück des Weges gemeinsam zu gehen“, wandte sich die Partei verstärkt an die immer breiter werdende Schicht der eher jüngeren Angestellten, die weniger an Ideologien als an Wirtschaftswachstum und Fortschritt glaubten.

In den so genannten „Programmen der 1.400 Experten“ befanden sich daher weniger Aussagen, die von Parteiideologie geprägt waren, als in den Programmen vergangener Jahre. Die SPÖ stellte sich 1970 als eine bessere, modernere, für jedermann wählbare Volkspartei mit einem liberalen Spitzenkandidaten dar.

Einbruch in die steigenden Wechselwählerschichten

Nach Kreiskys Umgestaltung der SPÖ verzeichnete die Partei hohe Stimmengewinne unter den Wechselwählern, den Jungwählern und den Angestellten. Aktionen zur 40-Stunden-Woche sowie die Forderung nach einer Bundesheerreform („6 Monate sind genug“) trugen wesentlich zu diesem Erfolg bei. Erfolge der SP bei den bereits vorher abgehaltenen oberösterreichischen und burgenländischen Landtagswahlen und bei Gemeinderatswahlen in Kärnten und Salzburg bewiesen den Anstieg der Popularität der Partei.

ÖVP-Alleinregierung muss unpopuläre Maßnahmen setzen

Umgekehrt wurde die Alleinregierung Klaus zu einer Reihe von unpopulären wirtschaftlichen Maßnahmen gezwungen, da sich Ende der 60er Jahre die Wirtschaftssituation verschlechterte und die Regierung Sondersteuern einführen musste. Erst im Jahre 1970, also unter der nächsten Regierung, stellte sich eine Belebung der Wirtschaft ein. Zum Verlust der Gunst der Wählerschaft trug auch bei, dass viele der aufgestellten Programmpunkte der ÖVP nicht erreicht werden konnten. Zusätzlich schlug die SPÖ, im Gegensatz zur früheren Koalitionszeit, einen harten Oppositionskurs gegen die Alleinregierung der ÖVP ein. Immer öfter setzte die Regierungspartei ihre absolute Mehrheit bei Abstimmungen im Parlament ein.

1970 SP-Minderheitsregierung durch FP-Duldung



„Der Bart muss ab . . .“: Bundeskanzler Bruno Kreisky in einer Karikatur von Ironimus, 1971

Die Ära Kreisky

In der Wahlnacht 1970 fanden zwei weittragende Ereignisse statt: Der ÖVP-Bundeskanzler Klaus verkündete noch am Wahlabend, mit der FPÖ keine Koalition eingehen zu wollen, und in derselben Nacht rief der SPÖ-Parteivorsitzende Kreisky den FPÖ-Obmann Friedrich Peter an.

Bundespräsident Franz Jonas konnte daher den Vorsitzenden der zwar stimmenstärksten Partei, die aber dennoch nur über die relative Mehrheit verfügte, mit der Bildung einer (Minderheits-)Regierung betrauen.

A Arbeitsaufgabe:

- Auf welchen Sachverhalt spielt die Karikatur an?

„Man vereinbarte die Zustimmung der FPÖ zum Budget 1971, gekoppelt mit der vorherigen Verabschiedung der Wahlrechtsreform, als zweites wurde vereinbart, dass die FPÖ einer vorzeitigen Auflösung des Parlaments zu dem von Kreisky gewünschten Zeitpunkt zustimmen werde. Das erschien für die kleine Oppositionspartei relativ gefahrlos; denn nach bisherigen Erfahrungen war durch die Wahlrechtsreform die Chance, eine absolute Mehrheit zu erringen, noch geringer geworden. . . Und Kreisky machte Andeutungen darüber, dass nach vorzeitigen Neuwahlen eine kleine Koalition mit den Freiheitlichen möglich sei. Der FPÖ waren freilich nicht die Wahlanalysen und Strukturuntersuchungen des Instituts für Empirische Sozialforschung bekannt. . .

Es sagte bereits zu diesem Zeitpunkt die Möglichkeit einer absoluten sozialistischen Mehrheit bei vorgezogenen Neuwahlen 1971 voraus und begründete dies mit drei Argumenten: Die Bevölkerungsumschichtung und die damit veränderte soziale Struktur, die gesteigerte Mobilität der Wähler und vor allem der jüngeren weiblichen Bevölkerungsgruppe, die bereit sein würden, zwar nicht die SPÖ, dafür aber Kreisky zu wählen. Dazu kam noch die gesamtösterreichische Wirkung der Massenmedien, die sich weniger zugunsten der SPÖ, dafür aber zugunsten Kreiskys als Persönlichkeit auswirken musste. Wichtig war dabei, dass die ‚Kronzeitung‘ der SPÖ nicht mehr wie 1966 negativ, sondern in neutraler bis zunehmend positiver Haltung gegenüberstand.“

Quelle: Alexander Vodopivec. Die Dritte Republik, 1976

Sozialrechtliche Stellung der Berufstätigen 1951–1991

(in Tausend:)	1951	1961	1971	1981	1991
Selbständige	588	533	428	376	359
mithelfende Familienangehörige.....	593	449	228	140	130
Angestellte, Beamte.....	–	872	1.099	1.409	1.670
Facharbeiter	409	453	596	–	–
sonstige Arbeiter	1.515	932	769	853	–
unselbständig Berufstätige (Gesamtzahl).....	2.166	2.387	2.442	2.632	3.118

Quellen: Handbuch der Republik Österreich 1956, 1964, 1980, 1982, 1992

„Die Menschen hatten sich daran gewöhnt, auf stabilem Boden zu stehen und den zuverlässig steigenden Wohlstand verteilen zu können. Es war damit die Zeit gekommen, neue Ideen in der Politik zu entwickeln, und es war möglich geworden, sich dem Experiment zuzuneigen, ohne existentiell wichtige Dinge in Frage stellen zu müssen. Die ÖVP-Kanzler waren gewissenhafte Staatsverwalter, aber Bruno Kreisky gelang es, die politische Phantasie der Menschen an-

zuregen und gleichzeitig all das außer Streit zu stellen, was die Menschen als wohltuend sicher empfanden. Man könnte auch mit anderen Worten sagen, dass der damals noch neue Vorsitzende der SPÖ den Menschen jene Angst vor dem Sozialismus nahm, die noch immer vielen Bürgern in den Knochen steckte. Kreisky trat als bürgerlicher ‚sozialer Demokrat‘ auf, der nicht nur niemandem etwas wegnehmen, sondern eigentlich allen etwas dazugeben wollte.“

Quelle: Herbert Kohlmaier (ehem. ÖVP Generalsekretär): Mehr als ein Koalitionswechsel. In Europ. Rundschau 4/1983, S. 122

wirtschaftlicher Aufwind für die folgenden SP-Regierungen

In der wirtschaftlichen Wachstumsperiode Anfang der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde das österreichische Wirtschaftsniveau an das europäische angeglichen: 1973 wurde das Zollabkommen mit der EG (heute EU) abgeschlossen und die in Westeuropa übliche Mehrwertsteuer auch in Österreich eingeführt. Im Inland florierte die Wirtschaft, die Arbeitslosenrate erreichte einen Tiefstand (nur 1,5%). Die Regierung schuf eine Vielzahl neuer Sozialleistungen, wie z. B. die Schülerfreifahrten, das Gratisschulbuch etc. Noch nie wurden – besonders in den Bundesländern – so viele neue Schulen errichtet.

1975 wurde für Frauen, die ungewollt schwanger werden, der Schwangerschaftsabbruch durch die Fristenlösung gesetzlich geregelt.

Kreisky setzte auch außenpolitische Initiativen wie im Nahostkonflikt.

Reformprojekte

Die Reformprojekte Kreiskys wurden und werden aber auch kritisiert. Vor allem seine Budget- und Finanzpolitik ist umstritten. Kreisky war der Meinung, dass ein paar Milliarden Schilling Schulden weniger bedenklich seien als hunderttausend Arbeitslose mehr. Die Gegner seiner Budgetpolitik hingegen meinen, dass der ausufernde Sozial- und Wohlfahrtsstaat nicht nur unbezahlbar sei, sondern auch die unternehmerische Initiative und das wirtschaftliche Wachstum lähmen würde. Langfristig hätte das zu einem niedrigeren Wachstum, steigender Arbeitslosigkeit und zu einem hohen Budgetdefizit geführt.

„Mein ganz persönlicher Eindruck ist der, dass die sozialistische Wirtschaftspolitik seit 1970 eindeutig pragmatisch gewesen ist. Jahre hindurch haben ideologische Faktoren überhaupt keine Rolle gespielt. Im Gegenteil. Zeitweilig hat die sozialistische Wirtschaftspolitik Maßnahmen gesetzt, die eine bürgerliche Regierung gegen den Widerstand einer sozialistischen Opposition nie hätte wagen können, wie z. B. einige steuerpolitische Entscheidungen zugunsten der Industrie. In der späteren Folge hat natürlich der ideologische

Streit zugenommen, weil die sozialistische Politik aus der Phase der Geschenkverteilung in die Periode der würgenden Budgetdefizite eingetreten ist. Jedenfalls haben aber ideologische Fragen in anderen Bereichen der Politik eine wesentlich größere Rolle gespielt als in der Wirtschaftspolitik.“

Quelle: Stephan Koren, Universitätsprofessor, ehemaliger ÖVP-Finanzminister, danach Nationalbankpräsident 1978. (Zitiert in: Kriebbaum, R.: Österreichische Innenpolitik 1970–75. Sonderband 1, Österreichisches Jahrbuch für Politik, Wien 1981)

A Arbeitsaufgaben:

- Anhand der Darstellungen (T 13 und Tabelle „Berufsstruktur“) kann man auch feststellen, welche Wählerschichten die ÖVP verloren hatte! Die politisch stärksten Gruppen in der ÖVP waren der Wirtschaftsbund und der Bauernbund. Zusätzlich zeigen die Ausführungen, wodurch politische Entscheidungen wesentlich beeinflusst werden.
- Welche Standpunkte stellt Koren einander gegenüber?
- Welche große Arbeitnehmerorganisation billigte Maßnahmen einer SP-Regierung eher als die einer bürgerlichen?

Die Politik der 70er Jahre wurde stark von der Persönlichkeit Kreiskys geprägt. Manche strukturellen Probleme wurden dadurch zuge deckt. Seine Gewohnheit, sich den Journalisten zu stellen, und seine Fähigkeit, Konfrontationen mit ihnen zum Vorteil der eigenen Positionen auszunutzen zu können, trugen erheblich dazu bei. Sein Stil wurde mit dem Ausdruck „Journalistenkanzler“ treffend bezeichnet. Hingegen vermochten die Spitzenfunktionäre der großen Oppositionspartei während dieses Jahrzehnts nie mehr die Popularität ihrer Vorgänger der Koalitionsära zu erlangen. Dazu kam noch, dass Kreisky die Fernsehdiskussionen der Spitzenmandatäre vor den Wahlen zu dominieren pflegte und Wähler ließen ihre Entscheidungen zunehmend von der medialen Wirkung beeinflussen.



TV-Diskussion zwischen Spitzenpolitikern: Schleinzner (ÖVP) gegen Kreisky (SPÖ) und Peter (FPÖ). Die Eindrücke solcher Medienereignisse wirken sich stark auf das Wählerverhalten aus. Umfragen nach solchen Fernsehauftritten bestätigen immer wieder, dass Gesten und die Art der Präsentation stärkere Eindrücke und Empfindungen beim Publikum hinterlassen als der Inhalt der vorgebrachten Argumente: Politik via TV als Medienereignis.

In der zweiten Phase von 1975 bis 1983 war der Reformelan weitgehend erloschen. Die Ölkrise 1973, die Krise von 1975 mit der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ließen nur mehr ein einziges Ziel hervortreten: das Beschäftigungsniveau zu halten und Arbeitslosigkeit um jeden Preis zu verhindern. Auch um den Preis eines rasch steigenden Budgetdefizites und eines wahlwerbenden Sozialgarantismus. Was als Problemlösung erschien, war in Wahrheit oft eine Problemverschiebung: weniger Arbeitslose, aber dafür mehr Frührentenisten (1979: 59 000; 1983: 99 000; 1993: 113 000; 1996: 175 000) Die SPÖ an der Macht wandelte sich zur Staatspartei. Das bedeutete die endgültige Versöhnung der Sozialdemokratie mit Österreich; das bedeutete gleichzeitig auch, den Versuchungen der Macht preisgegeben zu sein. Eine neue politische Klasse entstand, die, smart und fähig, gezeichnet von der Arroganz der Macht, nun der Korruption erlag. Ab Ende der 1970er Jahre brachen Korruptionsskandale wie Geschwüre auf – Androsch¹⁾, Allgemeines Krankenhaus Wien²⁾, Seka-

nina³⁾, Lucona⁴⁾, Noricum⁴⁾. . . Ein Mann aus den eigenen Reihen, der Gewerkschaftler und langjährige Sozialminister Alfred Dallinger, sprach ein bitteres Urteil: „Der Partei scheint die Kraft der Vision, der Mut zur Utopie abhanden gekommen zu sein [. . .]. Aus einer Partei, deren zentrale Anliegen soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität mit den Benachteiligten waren, ist in den Augen vieler eine Großlobby zur Verteidigung eigener Besitzstände und Interessen geworden, [. . .] weithin gefühllos auch gegenüber Skandalen und Entartungen in den eigenen Reihen.“

Quelle: E. Hanisch: Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien 1994

¹⁾ ehem. Finanzminister und sein Steuerhinterziehungsfall
²⁾ Schmiergeldzahlungen
³⁾ Bautenminister, dem Manipulationen mit Geldern aus der Kasse seiner Gewerkschaft nachgewiesen wurden
⁴⁾ Versicherungsbetrugsaffäre und das Neutralitätsgesetz verletzende Waffengeschäfte verstaatlichter Firmen

Direkte Mitsprache des Bürgers ist in Österreich keineswegs Ausdruck einer tief verwurzelten politischen Kultur. Vielmehr ist sie einmal Ausdruck der Unsicherheit der Regierenden, ein andermal Ergebnis des Zorns und der Unzufriedenheit einer kleinen, politisch bewussten Schicht von Bürgern. Direkte Demokratie findet in diesem Land statt, wenn – erstens – die Regierenden Angst vor der eigenen Courage bekommen und



Probleme der innerparteilichen Willensbildung

So schreibt Alfred Stirnemann über die Basisorganisationen der ÖVP: „Die Sektionen spielen keine Rolle in der Meinungsbildung, da diesen Mitgliederversammlungen ausschließlich über geschäftsordnungsmäßige Punkte abgestimmt (Entlassung und Bestellung von Funktionären) und nicht etwa über politische Inhalte geredet wird.“

nicht mehr weiter wissen. Die Mandatare des Volkes in dieser repräsentativen Demokratie schrecken vor möglicherweise folgenschweren Entscheidungen zurück, aber nicht, weil sie die sachlichen Folgen fürchten – wie es im Fall des Atomkraftwerkes Zwentendorf die Radioaktivität oder das Problem des Atommülls wären –, sondern aus Angst vor den politischen Auswirkungen, aus Furcht vor dem Verlust von Wählerstimmen. Diese Angst lähmt unsere Politiker gerade im Fall Zwentendorf und lähmt sie offenbar auch noch heute. Zweitens findet hierzulande direkte Demokratie statt, wenn die Opposition oder eine starke Gruppe verantwortungsbewusster Menschen keinen anderen Weg sieht, die jeweilige Regierung zu etwas zu zwingen, sei es nun zu einer Handlung oder zu einer Unterlassung. Man denke an das Rundfunkvolksbegehren der unabhängigen Zeitungen und an das Volksbegehren von Sozialisten und Gewerkschaftern zur Arbeitszeitverkürzung in den späten 60er Jahren. Jetzt, beim Konrad-Lorenz-Volksbegehren, haben wir es mit der dritten Variante direktdemokratischer Regungen in Österreich zu tun: nicht die Opposition, nicht eine starke Gruppe, wie die Zeitungen, hat dieses Volksbegehren auf die Beine gestellt. Vielmehr entspringt es einer breiten Bewegung. Dieses Volksbegehren hat schon seit langer Zeit eine sehr große Zahl an Anhängern, die recht leicht zur Unterschrift zu motivieren sind.

Quelle: Victor Reiman in den „Salzburger Nachrichten“ vom 2./3. März 1985

Allenthalben ist eine Entleerung der politischen Diskussion festzustellen. Allgemein werden nicht politische Fragen behandelt, sondern Probleme sekundärer und tertiärer Natur. Fragen der Strategie und der Parteilinie werden fast nur in Form von Raunzereien behandelt. Vor dem Entschluss wohnt bereits die Resignation, dies ‚denen da oben‘ zu überlassen.“

Quelle: Alfred Stirnemann, Innerparteiliche Politik in der ÖVP (1980)

Durchaus ähnlich äußern sich auch Cap/Pelinka zur Situation in der SPÖ:

„Mit Ausnahme einiger wirklich gut funktionierender ‚Mustersektionen‘ in einzelnen Bezirken leiden unsere Parteisektionen an Diskussionsunwilligkeit, Überalterung und reinem Pragmatismus . . . Die Sektionen haben strukturell einfach zu wenig Attraktivität: Ohne große Mitbestimmungsmöglichkeiten – oft nicht einmal im unmittelbaren Wohnbereich –, ohne die Praktizierung einfachster gruppenspezifischer Erkenntnisse laufen die Abende oft nach Schema F ab . . .“

Die Sektionen können so nicht mehr sensible ‚Tastarme‘ für die Stimmung der Bevölkerung sein, geschweige denn ‚Greifarme‘, um sozialistische Grundsätze zu verankern. Jede Infragestellung einer Linie (die dann auch noch oft wechselt) wird als störend empfunden, Diskutanten gelten als Querulanten.“

Quelle: Joser Cap/Peter Pelinka, Sechs Thesen zur Situation der Wiener SPÖ (1982)

A **Arbeitsaufgaben:**

- Vergleichen Sie die beiden Texte, die von „Insidern“ verfasst wurden. Überlegen Sie dann, welche Vor- und welche Nachteile die politische Praxis in der Zweiten Republik gebracht hat.
- Finden Sie die beschriebenen Zustände bedenklich? Begründen Sie, warum!
- Sehen Sie sich die Homepages der österreichischen Parteien an. Finden Sie dort nur Selbstdarstellung und „Reklame“ oder auch Informationen und Möglichkeit für Rückmeldung durch den Wähler? (Einstieg über www.parlinkom.gv.at)

www-Tipp

8.5 Von „Rot/Blau“ über „Rot/Schwarz“ zu „Schwarz/Blau“

Koalition SP-FP

Im Frühjahr 1983 verlor die SPÖ die absolute Mehrheit im Nationalrat. Die Koalitionsverhandlungen für das daraus entstandene Kabinett Sinowatz/Steger führte noch Kreisky. Erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik entstand somit eine rot/blau „Kleine Koalition“.

Hainburg

Eine schwere Belastungsprobe für die rot/blau Koalition bildeten die Bemühungen grün-alternativer Gruppen, ein im letzten unberührten großen Auegebiet Europas geplantes Kraftwerksprojekt bei Hainburg zu stoppen. Nach einer großen Polizeiaktion gegen die Aubesetzer rief die Regierung kurz vor Weihnachten 1984 zu einer „Nachdenkpause“ für den Bau auf. In diesem Konflikt zeigten sich deutlich starke Meinungsunterschiede zwischen Regierung, E-Wirtschaft und ÖGB einerseits und Grüngruppierungen, die starken Widerhall in der Bevölkerung fanden, andererseits.

Probleme der Verstaatlichten Industrie

In der wirtschaftlichen Rezession der 80er Jahre löste die verstärkte Konkurrenz auf den Weltmärkten neuen Rationalisierungsdruck aus. Auch in der Verstaatlichten Industrie Österreichs, die bis dahin kaum Arbeitsplätze in Krisenregionen abgebaut hatte, führte eine immer schwierigere Situation zu einem Umdenken. Neben Entlassungen sprachen Politiker von möglichen Privatisierungen.

erstmalig ÖVP-Kandidat Bundespräsident

Bei den Präsidentschaftswahlen 1986 waren in der Vorphase viele unbewältigte Vergangenheitsprobleme in Zusammenhang mit dem ÖVP-Kandidaten Dr. Kurt Waldheim zutage getreten. Seine Rolle als Offizier der deutschen Wehrmacht im 2. Weltkrieg und die Schuldfrage, ob und in welcher Form er von Kriegsverbrechen gewusst hatte – was Waldheim in Abrede stellte – wurde zum Wahlkampfthema, das auch international Beachtung fand. Trotz der Vorwürfe, die gegen Waldheim erhoben wurden, gewann er die Wahl zum Bundespräsidenten.

Eine Historikerkommission wurde bestellt, um die Involvierung Kurt Waldheims in Maßnahmen, die dem Kriegsrecht widersprechen, zu untersuchen. Als Bundespräsident war Kurt Waldheim auf diplomatischer Ebene isoliert.

T 20 Fallbeispiel: Vergangenheitsbewältigung mit innenpolitischen Folgen

Die bald darauf folgenden Auseinandersetzungen um die Kriegsvergangenheit von Bundespräsident Kurt Waldheim belasteten nicht nur Österreichs Innenpolitik, sondern auch seine internationale Position: Als Kurt Waldheim nach seiner UNO-Karriere 1985 von der ÖVP als Präsidentschaftskandidat nominiert wurde, nachdem er schon 1971 für die ÖVP einmal in den Präsidentschaftswahlkampf gegangen war, wurden Dokumente und Daten über seine Wehrmachtvergangenheit lanciert und der internationalen Öffentlichkeit zugespielt, die er in seiner offiziellen Biographie nicht angeführt hatte. Die internationale Stimmung wurde sehr aufgeheizt. Vertreter des World Jewish Congress drohten Österreich mit Sanktionen, sollte Waldheim gewählt werden. Die Anschuldigungen gegen Waldheim waren zwar teilweise grotesk überzogen und es konnte ihm keinerlei Involvierung in Kriegsverbrechen angelastet werden. Aber seine Verantwortung, er habe „nur seine Pflicht getan“, war verhängnisvoll, widersprach sie doch diametral der langjährigen Regierungslinie von Österreich als erstem Opfer der Hitler-Aggression und vom Zwangscharakter des Hitler-Staates. Waldheim gewann die Präsidentschaftswahlen, die USA setzten

ihn am 27. April 1987 auf die so genannte Watchlist und verhängten ein Einreiseverbot. Waldheim selbst geriet in eine zunehmende Isolierung. Mit ihm setzte der verhängnisvolle Niedergang der Reputation des Präsidentenamtes ein, eine Entwicklung, die sich unter seinem Nachfolger noch weiter verstärkte. Und die Geister, die man gerufen hatte, nämlich über ausländische Stimmen die österreichische Innenpolitik zu beeinflussen, wurde man nicht mehr los, von der Präsidentschaft Kurt Waldheims bis zu den so genannten Sanktionen, die von den EU-Staaten 2000 gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ verhängt wurden. Auch Bundeskanzler Fred Sinowatz selbst geriet in den Strudel der Waldheim-Affäre, hatte er doch nach Aufzeichnungen der parteiinternen enttäuschten ehemaligen Clubobfrau der SPÖ Burgenland, Otilie Matysek, bereits im Oktober 1985 SPÖ-intern davon gesprochen, dass man die „braune Vergangenheit“ Kurt Waldheims aufdecken werde, selbst aber als Zeuge in einem Presseprozess ganz anders ausgesagt, was ihm 1992 eine rechtskräftige Verurteilung wegen falscher Zeugenaussage einbrachte.

Quelle: Sandgruber, Das 20. Jahrhundert, 2003

www-Tipp

www.nationalsozialismus.at → Themen → Umgang mit der NS-Vergangenheit → Waldheim Affäre

Mahnmal gegen Krieg und Faschismus



Alfred Hrdlicka: Mahnmal gegen Krieg und Faschismus, Albertinaplatz, Wien.

1989 wurde das von Alfred Hrdlicka gestaltete Mahnmal gegen Krieg und Faschismus auf dem Platz vor der Albertina in Wien fertig gestellt. In mitunter sehr emotionalen öffentlichen Diskussionen ging es wieder einmal um die Frage, ob für bestimmte Themen überhaupt ein angemessener künstlerischer Ausdruck gefunden werden kann oder ob nicht die Ungeheuerlichkeit des tatsächlichen Geschehens sich der bildhaften Vermittlung grundsätzlich entzieht. Ob das von Hrdlicka gewählte Bild des von seinen Mitbürgern zum Waschen der Straße gezwungenen Juden primär Erschütterung und Trauer auslöst, oder sich doch darauf beschränkt, die Erniedrigung eines Menschen zu zeigen, wird bis heute diskutiert.



T 21

Zum Thema „unbewältigte Vergangenheit“:

Noch der heutige Sprachgebrauch macht die seinerzeitige bewusste oder unbewusste Identifikation vieler Österreicher mit dem nationalsozialistischen Regime und dem Angriffskrieg an der Seite Hitler-Deutschlands deutlich. 1938 wurden ‚wir‘ angeschlossen, in das Dritte Reich ‚eingegliedert‘. 1945, nicht 1938 war das Jahr des ‚Zusammenbruchs‘. Den Krieg haben ‚wir‘ verloren. 1945, nicht 1938 wurde Österreich von fremden Mächten besetzt. Befreit wurde Österreich nicht 1945, sondern 1955 mit dem Abzug der Alliierten Truppen. In zahllosen Ortschaften werden Kriegerdenkmäler und Soldatenfriedhöfe gepflegt, es wird jener Viertelmillion

Österreicher, die an allen Fronten als Soldaten der Hitler-Armee gefallen sind, nicht als Opfer eines verbrecherischen Regimes und eines verbrecherischen Krieges gedacht, sondern als Helden, die für das Vaterland gefallen sind. Ehemalige Widerstandskämpfer sind zum Teil noch heute stigmatisiert, auf den Steintafeln mit den Namen der Opfer des Zweiten Weltkriegs fehlen die Namen jener, die für ihren heroischen Widerstand gegen diesen Krieg ihr Leben lassen mussten.

Quelle: Karl Ucakar, Zur Entwicklung der österr. Demokratie, in: Politische Bildung 1990/2

SPÖ wechselt Bundeskanzler

Bei diesen Präsidentschaftswahlen verlor erstmals in der Geschichte der 2. Republik der SPÖ-Kandidat gegen den von der ÖVP unterstützten. Auch die Spitze der großen Regierungsparteien wechselte daraufhin: Dr. Franz Vranitzky wurde neuer Bundeskanzler. Mit einer stärkeren Orientierung ihrer Politik an den Persönlichkeiten der Parteispitze versuchte die SPÖ, deren traditionelle Wählerschichten aufgrund demographischer Veränderungen schwinden, zumindest bei bürgerlichen Wählern Stimmen zu gewinnen. Innenpolitisch folgenreichtiger war jedoch der Umstand, dass in diesem Präsidentschaftswahlkampf erstmals die verschiedenen aufgesplitterten Alternativ- und Grüngruppierungen zusammenfanden. Dies war, wie sich später herausstellte, eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Nationalratskandidatur im darauf folgenden November.

Fraktionskonflikte innerhalb der FPÖ, die letztlich zu einem Obmannwechsel und einem Zurückdrängen der liberalen Kräfte in dieser Partei führten, ließen die SPÖ aus der schwierig gewordenen Kleinen Koalition aussteigen und vorzeitige Neuwahlen ausschreiben.

Grün-Alternative als 4. Nationalratspartei

FPÖ verzeichnet starke Wählergewinne

Erstmals seit 1959 kam im November 1986 mit den „Grün-Alternativen“ eine vierte Partei in den Nationalrat. Beide Großparteien hatten Stimmenverluste zu verzeichnen, jedoch behielt die SPÖ die relative Mehrheit. Unter dem neuen Obmann, Jörg Haider, konnte die FPÖ die Anzahl ihrer Wähler nahezu verdoppeln. Durch sein werbewirksames Auftreten in der Öffentlichkeit, von den Medien teilweise auf seine populistische Rhetorik zurückgeführt (populistisch: Rhetorik, die sich eher an der Zustimmung der Massen als an mitunter auch unpopulären Sachentscheidungen orientiert), schöpfte er aus einem steigenden, großteils jungen Protestwählerpotential.

1987 wieder eine „Große Koalition“ SPÖ/ÖVP

Anfang des folgenden Jahres wurde die neue „Große Koalition“ als Regierung Vranitzky/Mock vom Bundespräsidenten angelobt. Neben der Senkung des Budgetdefizits hatte die SPÖ/ÖVP-Koalition zwei Problembereiche vor sich:

Debatte um ein EG-Beitrittsansuchen

Außenpolitisch forderten Kreise der Unternehmer sowie der Bundesparteiobmann der ÖVP, dass ein Ansuchen um Beitritt zur EG (spätere EU) abgegeben werden müsse. Dagegen kam es zu Widerstand aus Kreisen, die wegen einer möglichen Entwicklung der EG zu einer politischen Union Neutralitätsbedenken äußerten. Andere Gruppen fürchteten um den innenpolitischen Spielraum bei der Lösung von Österreich betreffenden Fragen, wie Bergbauern-, Transit- und Umweltproblematik, aber auch um Gesetzgebungsrechte der Bundesländer.

der „Lucona“-Ausschuss

Innenpolitisch wurde ein seit mehr als zehn Jahren anhängiger Kriminalfall des mit einer größeren Anzahl von Spitzenpolitikern bekannten Geschäftsmannes Udo Proksch zu einem immer größeren Kreise ziehenden Skandal (Lucona-Skandal). Die Arbeit eines erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik öffentlich tagenden parlamentarischen Untersuchungsausschusses brachte einerseits zahlreiche Hinweise und Verdachtsmomente auf kriminelle Hintergründe eines Schiffuntergangs mit darauf folgendem Versicherungsbetrug sowie auf mangelnde demokratische Kontrolle der Staatspolizei, Waffengeschäfte verstaatlichter Firmen, die gegen das Neutralitätsgesetz verstoßen haben, mögliche Beeinflussung der Justiz durch Politiker etc. zutage.

Drei ehemalige Regierungsmitglieder wurden fünf Jahre nach Ende des Iran/Irak-Krieges angeklagt, durch Kenntnis und Unterstützung von durch die Neutralität nicht erlaubten Kanonenlieferungen gegen österreichische Verfassungsgesetze verstoßen zu haben. Andererseits zeigte das Agieren dieses Ausschusses auch die Notwendigkeit parlamentarischer Kontrolle in einer funktionierenden Demokratie auf.



Karikatur zur Nationalratswahl 1994

Wahlanalyse nach Landtagswahlen 1989:

Die mobilen Wähler

„Es war tatsächlich ein historischer Tag, was die Wählerbewegung betrifft“, stellt Franz Birk vom SP-nahen Meinungsforschungs-Institut „IFES“ fest. Am Sonntag wurde sichtbar, meint er, was sich dem Trend nach in allen westeuropäischen Demokratien beobachten lässt.

Unter Meinungsforschern sorgten die Landtagswahlen übereinstimmend für wenig Überraschung. Peter Ulram vom „Fessel“-Institut umreißt eine seit zwanzig Jahren anhaltende Entwicklung: Ende der 60er Jahre erklärten sich 75 Prozent der Wähler einer Partei nahe stehend, 65 Prozent wählten ausschließlich „ihre Partei“. 1976 lag dieses Verhältnis bei 63 und 56 Prozent, 1984 bei 61 und 47 Prozent.

Im Jahr 1988 meinten nur noch 54 Prozent der Befragten, sie würden einer Partei nahe stehen, nur noch 31 Prozent wählten ausschließlich eine Partei. Am mobilsten, meint Ulram, sind dabei die Gruppen „Junge Wähler“ und „Angestellte und Beamte“. Zwei Drittel aller Wähler seien heute „am Markt“, Birk stellt fest: „Die ‚Goldenen Zeiten‘ der Großparteien sind endgültig vorbei.“

„Vom Demokratieverständnis aus gesehen ist das eine gute Entwicklung“, sagte Fritz Karmasin von „Gallup“, wobei die hohe Wahlbeteiligung (Tirol 89,5%, Kärnten 89%, Salzburg 76,9%) für ihn ein Signal ist. „Die Leute sind entscheidungsfreudiger und offener geworden. Nach der schlechten Beteiligung bei der letzten Wiener Wahl glaubte man, die Politikverdrossenheit führte zu einem Rückzug der Bürger. Jetzt zeigte sich, dass man wählen geht, wenn man es für notwendig hält.“

Haiders FPÖ wurde sowohl von Nationalen als auch von Liberalen gewählt, von Antifaschisten als auch von faschistoiden Menschen. Vom Typ her zeige sich bei allen ein Phänomen, welches er als „P-Wähler“ bezeichnet habe, jene, die auf Befragung nach ihrer Wahlmotivation die Wörter „Privilegien, Protest, Politikereinkommen etc.“ nennen würden.

In einem Punkt, so ein Meinungsforscher, zeichnen sich die FPÖ-Wähler besonders aus: Sie sind, durch alle Schichten, überproportional starke Leser der „Kronenzeitung“, es scheine, dass „Haider sie am besten verstanden hat“.

Quelle: „Der Standard“ vom 14.3.1989

Tendenzen des österreichischen Parteiensystems

Unzweifelhaft ist es, dass die Parteien in zunehmendem Maß lernen, sich den ideologischen Standpunkten und den Meinungen der Wähler auf dem „Markt der Stimmen“ anzupassen. Die Entideologisierung geht nicht vom Wähler, sondern von den Parteien selbst aus. Von einer völligen Angleichung der politischen Standpunkte kann allerdings keine Rede sein. Die SPÖ gilt noch immer als links und steht für Ausdehnung des Staates und Modernisierung.

Die ÖVP wiederum trägt die Etikette „rechts“ und hat den Ruf, für die Privatisierung der verstaatlichten Unternehmen und für die Bewahrung der Tradition einzutreten. Aber schon beim Gegensatz Tradition und Modernisierung vermischen sich die Unterschiede, wenn man die Anhänger über ihre eigene Partei fragt. Eine solche

Flexibilität der Parteien im Buhlen um die Wechselwähler dürfte die politische „Landschaft“ besser erklären als die Annahme, dass die Wähler von den Medien in Trends, Wellen und Ruck-Zuck hin- und hergetrieben werden. Die Wertmuster und Ideologien wie auch die Vorurteile der Menschen erweisen sich doch als sehr stabil, sogar über die Generationen hinweg – insbesondere, solange es nicht grundlegende Identitätskrisen der Gesellschaft gibt.

Parteien können hingegen ihre Standpunkte viel leichter ändern, durch neue Spitzenleute (wie etwa beim Wechsel von Steger zu Haider in der FPÖ oder von Sinowatz zu Vranitzky in der SPÖ) oder einfach aus Taktik (wie etwa der „Rechtsruck“ der ÖVP im Waldheim-Wahlkampf).

Quelle: Pelinka/Plasser: Das österr. Parteiensystem Wien 1988, S. 122

Anfang der 90er Jahre beherrschte die internationale Situation in Europa auch stark die österreichische Innenpolitik: Die Beitrittsverhandlungen zur EG traten in ein konkretes Stadium. Andererseits war Österreich durch den stärkeren Zusammenschluss der EG-Staaten in Bezug auf die große welt- und europaweite Wanderungs- und Flüchtlingsbewegung zum Land an der EG-Außengrenze und somit zum „Wartesaal“ geworden.

EG-Mitgliedschaft

Liberaler als neue, fünfte Partei

Innerparteilich hatte die Kampagne des Volksbegehrens die Abspaltung des liberalen Flügels der FPÖ zur Folge. Im Nationalrat konstituierte sich eine fünfte Partei (Liberales Forum). Bei Wahlen im Frühjahr 1993 in Niederösterreich errang sie ihren ersten Wahlerfolg und konnte als 5. Partei auch in einen Landtag einziehen.

Gerade wer Haider aber für so extrem gefährlich hält, muss trachten, die vielen Zehntausenden Mitläufer dieses Wählerfängers aufzuwecken, die nicht aus Ideologie sondern als Protest gegen die etablierte Politik ein Stück des Weges mit ihm marschieren. Und das ist sicherlich die überwältigende Mehrheit seines Anhangs und nicht jene Fanatiker, die gerade in den letzten Tagen wieder in Wort und Untat beängstigend an die Methoden der Nazis in den 30er Jahren erinnerten. Jene andere große Mehrheit der Haider-Anhänger empfindet die Abgrenzung von Haider als bloße

Verteidigung von Positionen und Privilegien. Als Versuch, den Unbequemen mundtot zu machen, der ihnen so recht nach dem Mund und ihren (Vor-)Urteilen spricht.

Wer Haider wirklich klein halten will, muss die Probleme lösen und die Fehler im politischen System ausschalten, von denen der große Populist seit Jahren profitiert. Sehr viele Wähler meinen zu Recht, dass Haider hohe Treffsicherheit im Erkennen von Missständen hat und nicht bloß ein großes Mundwerk.

Quelle: Peter Rabl im „Kurier“ vom 24.4.1994

Eine Umfrage zur Wahlentscheidung vor der Nationalratswahl vom Oktober 1994 ergab:

Was für den Erfolg einer Partei besonders wichtig ist (in %)	
Überzeugender Spitzenkandidat	49
Sparsamer Umgang mit Steuermitteln	49
Wirtschaftliche Kompetenz	48
Soziales Verständnis	45
Eintreten für Recht und Ordnung	45
Eintreten für politische Sauberkeit	40
Bekämpfung von Kriminalität und Drogensucht	36
Einsatz für Umweltschutz	35
Klares Programm	35
Leistungen der Vergangenheit	34

Quelle: IMAS

Auf die Frage, wovon der Erfolg einer Partei bei den Wählern abhängt, antworten 49 Prozent: ob sie einen überzeugenden Spitzenkandidaten hat. Genau so viele messen aber auch dem sparsamen Umgang mit den Steuermitteln Bedeutung zu. Die weitere Reihung: Mit 48 Prozent knapp dahinter rangiert Wirtschaftskompetenz; 45 Prozent geben an, dass die Partei soziales Verständnis haben muss und viel „für den kleinen Mann“ tun soll. Hingegen geben nur 13 Prozent an, dass sich eine bei den Wählern erfolgreiche Partei für den Schutz von Asylanten und Minderheiten einzusetzen hat. Der Wahlwerbung messen nur 18 Prozent der Befragten Bedeutung zu.

Quelle: Die Presse, 27.8.1994

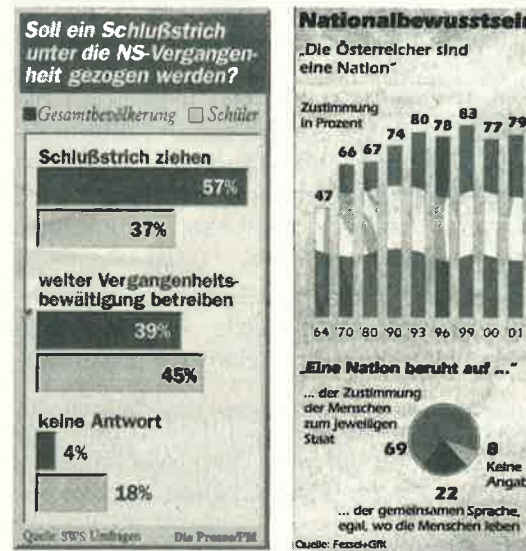


Image der Politiker?

Freilich: Die Abgeordneten der Regierungsparteien könnten sich gegen dieses Zerrbild zur Wehr setzen. Aber allzu viele von ihnen hoffen, noch Karriere zu machen. Und der Karriere könnte es schaden, einem Regierungsmitglied zu widersprechen. Natürlich ist man Vertreter des Volkes, aber das Volk ist weniger nah als der Parteisekretär. Dazu kommt, dass die Parteien gerne Abgeordnete an eine wählbare Stelle setzen, die sich schon bisher mehr durch Gehorsam als durch Persönlichkeit ausgezeichnet haben. So bleiben die meisten Volksvertreter der großen Parteien bei einem Tauschge-

schäft: Sie überlassen die Verantwortung für die Gesetze der Regierung, ihrer Partei und den Ministerien, schlucken trotzdem allfällige Kritik, werden aber dafür wieder aufgestellt. Jene Abgeordneten aber, die sehr wohl arbeiten, die tatsächlich Vertreter des Volkes sein wollen, kennen auch eine Schranke: ihre Partei in den Rücken fallen, wenn die Medien daraus einen „parteiinternen Streit“ machen, bei dem womöglich nicht über die Inhalte der Auseinandersetzung, sondern nur mehr über die handelnden Personen berichtet wird?

Quelle: Oberösterreichische Nachrichten, 28.8.1994

Zu den Ursachen einer steigenden Protesthaltung in den Wählergruppen schreibt der Politikwissenschaftler H. Dachs:

Meinungsforscher weisen auf die vielfältigen Ursachen von Protesthaltungen hin und sie warnen vor eindimensionalen und vor schnellen Urteilen und Zuschreibungen (wie Neofaschismus o. Ä.) gegenüber diesen verstärkt sichtbar werdenden Einstellungsmustern hin. Verantwortlich dafür können Motive sein wie:

- Eine tiefe Politik- und Parteiverdrossenheit, genährt von Skandalen, Privilegien, Machtmissbrauch usw.
- Die parteipolitische „Übersteuerung“ der österreichischen Gesellschaft (mit den bekannten Phänomenen Protektion, Parteibuchwirtschaft usw.)
- Das Thema „Ausländer“, in das eine Reihe von Ängsten und Vorurteilen hineinverlagert werden (um Wohnung, um Beruf,

wegen Kriminalität, wegen Gefährdung der Identität usw.).

- Die Angst vor der raschen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung und davor, als „Modernisierungsverlierer“ auf der Strecke zu bleiben. Man fühlt sich allein gelassen.
- Ideologie im engeren Sinne spielt eine geringe Rolle.
- Eine Art von antizyklischem Wahlverhalten gegen den Umstand, dass die beiden Parteien SPÖ und ÖVP nicht nur auf Bundesebene dominieren, sondern auch in den Ländern, bei den Verbänden, in der Sozialpartnerschaft und nach wie vor in vielen weiteren Bereichen der Gesellschaft wie Erziehungswesen, Bürokratie usw.

Quelle: H. Dachs, in: Burger/Morawek, Entwicklungslinien der Zweiten Republik, 1945-1995, hrsg. vom BMUK 1995, S. 30

Die Nationalratswahl 1994...

Die Nationalratswahl vom Oktober 1994 brachte einen politischen Erd-rutsch, der sich schon vorher in Meinungsumfragen abgezeichnet hatte. Die beiden Parteien der großen Koalition (ÖVP und SPÖ) verloren erstmals in der Geschichte der Republik die Zweidrittelmehrheit (wichtig für Verfas-sungsgesetze). Eine fünfte Partei, das Liberale Forum, konnte sich endgültig im Nationalrat etablieren.

... führte zu einer Änderung des politischen Systems

Beobachter und Kommentatoren sprechen daher auch von einem Ende des seit der Nachkriegszeit bestehenden politischen Systems, das durch die Do-minanz zweier Parteien und ihre vorgelagerten Verbände (Interessenvertre-tungen, Sozialpartnerschaft) gekennzeichnet war. Nun entstanden durch eine sich verschärfende wirtschaftliche Situation neue gesellschaftspoliti-sche Spannungsfelder, die sich durch folgende Stichworte kennzeichnen lassen: Arbeitslosigkeit, Konjunkturabschwächung, infolge von Budgetdefi-ziten Abbau von Sozialmaßnahmen, unterschiedliches Reagieren auf neue internationale Wanderbewegungen.

FPÖ wird zur Mittelpartei

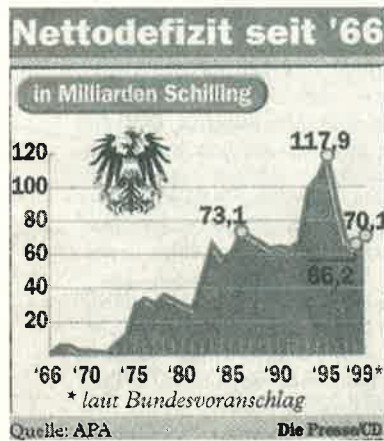
In dieser Situation griff die oppositionelle Wahlkampflinie der zur Mittelpartei anwachsenden FPÖ unter Jörg Haider. Besonders in ehemaligen Arbeiter-gemeinden konnte sie den Sozialdemokraten entscheidende Stimmenver-luste zufügen. Im städtischen Bereich bei den dort lebenden besser ausge-bildeten Wählern waren „Grüne“ und zunächst auch „Liberale“ erfolgreich. Umgekehrt belasteten die beiden großen Parteien das schon vor der Wahl bekannt gegebene Festhalten an der Großen Koalition und in den Parteien aufgedeckte Skandale und Privilegien (Spitzengehälter im Bereich der Arbei-terkammer). Die Machtstellung der beiden Großparteien in der von ihnen jahrzehntelang proporzmäßig beherrschten Verwaltungsbürokratie blieb je-doch erhalten.

Budget sprengt Regierung 1995

Die großkoalitionäre Zusammenarbeit von SPÖ und ÖVP gestaltete sich aber mühsam. Waren grundlegende Meinungsverschiedenheiten schon bei der ersten gemeinsamen Budgeterstellung sichtbar geworden, so verstärkte sich der Druck der lange aufgeschobenen und nicht gelösten Fragen im Laufe des Jahres 1995. Ausschlaggebend war das schnell wachsende Budgetproblem, dem wachsende Mindereinnahmen, aber steigende Sozialkosten sowie die Beitragszahlungen an die EU zugrunde lagen. Gleichzeitig erzwingen die EU-Kriterien für die Teilnahme an einer zukünftigen Europäischen Währungs-union („Maastricht-Kriterien“) geringere Staatsschuldenstände. Da im Herbst keine Budgeteinigung in der Koalition erreicht werden konnte, stellte die ÖVP, die sich auch unter ihrem neuen Obmann Wolfgang Schüssel Stimmenge-winne versprach, einen Neuwahlantrag für Dezember 1995.

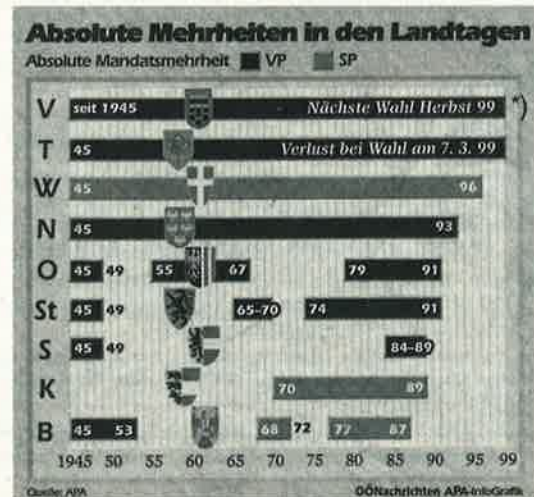
Während des Wahlkampfes zeigte sich aber, dass den Sicherheit verspre-chenden Argumenten der SPÖ der Vorzug gegeben wurde. Wieder wurde eine große Koalition als „Vernunfttehe“, diesmal als „Sanierungspartner-schaft“, eingegangen.

Immer öfter gingen auch in den Ländern nun absolute Mehrheiten der Lan-deshauptmannpartei zurück. Koalitionsregierungen mit dem Wechselspiel einer nicht in die Regierungstätigkeit eingebundenen Opposition werden zu-nehmend die Regel.



*) seit der Wahl 1999 keine absolute Mehrheit mehr

Quelle: ÖÖN, 19. 5. 1999



Aus den Wahlen im Oktober 1999 ging die SPÖ trotz Verluste als stärkste Partei hervor. Die FPÖ wurde mit einigen hundert Stimmen Vorsprung auf die ÖVP zweitstärkste Partei, während das LIF nicht mehr in den Nationalrat einziehen konnte. Bundespräsident Klestil ordnete zunächst „Sondierungs-gespräche“ zwischen den Parteien an. Die nach vier Monaten schließlich aufgenommenen Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP platzten – es kam erstmals zu einer Koalition zwischen ÖVP und FPÖ.

Diese Koalitionsentscheidung entfachte eine bis dahin in Österreich noch nie erlebte Polarisierung und internationale Ablehnung. Österreich wurde be-wusst, dass seit 1995 nationale Innenpolitik in der EU (nicht nur was die Budgetzielvorgaben betrifft) als EU-Angelegenheit betrachtet wird.

A Arbeitsaufgaben:

- Stellen Sie die gemeinsamen Stimmenanteile der SPÖ und ÖVP bei den Nationalratswahlen von 1962, 1975, 1990, 1994, 1995, 1999 und 2002 fest (vgl. Übersicht S. 110). Versuchen Sie, aus den Diagrammen und Quellentexten wesentliche Probleme der Parteien im Wandel des politi-schen Systems der Zweiten Republik herauszuarbeiten (vgl. www.bmi.gv.at/Wahlen).
- Versuchen Sie für die Zweite Republik ein Ablaufdiagramm (wie S. 59) zu-sammenzustellen!
- Versuchen Sie, aus den folgenden Quellentexten zur VP/FP-Koalition da-hinter liegende Denkmuster bzw. unterschiedliche Interpretationen der politischen Wirklichkeit herauszuarbeiten.
- Nehmen Sie sich ein politisches Thema der letzten Zeit vor. Versuchen Sie, dieses anhand der Berichterstattung in unterschiedlichen Tageszei-tungen zu dokumentieren. Sie können die Inhalte ca. eine Woche zurück auch aus den **Internetseiten** der Tageszeitungen (evtl. auch anderer Organisationen) herauskopieren. – Z.B. suchen Sie aus den Zeitungs-archiven die Kommentare kurz vor und nach der NR-Wahl im Oktober 1999 oder zur Neutralität oder zum Thema „Wählen ab 16“ heraus.

www-Tipp

Einstieg dazu über die Adressenliste in:
<http://www.zis.at/linksfr.html>
 bzw. www.oen.at/archiv (diese gibt es als Tageszeitung virtuell ab dem Jahr 1986)
 bzw. www.demokratiezentrum.org/

T 29

Der Bundeskanzler und der stellvertretende SPÖ-Chef blicken zurück:

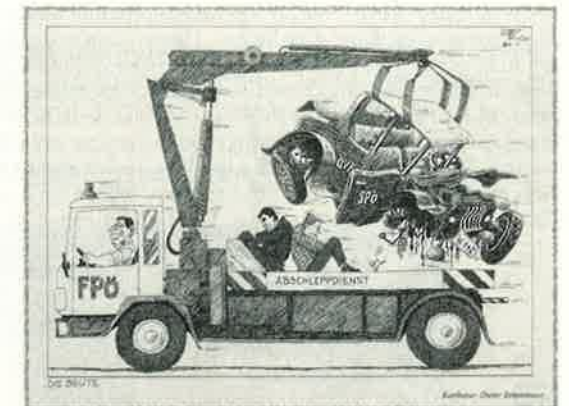
W. Schüssel: In der Woche vor der Angelobung ist die Republik führungslös dahingetrieben. Da gabs niemanden mehr, der bereit war, Verantwortung zu übernehmen, Schutz zu garantieren. Eine sehr kritische Situation.

Wir machen nicht alles zu 100 Prozent richtig. In der Vorbeitung, im Ablauf hätte manches verbessert werden können. Manche In-halte hätten von Anfang an mutiger formuliert werden müssen. Parteien, die eine gewisse Größe aufweisen, sind Volksparteien im weiteren Sinn. Damit haben sie eine gewisse ideologische Breite. Die Sozialdemokraten haben die frühere Breite deutlich reduziert, sind nach links marschiert, konzentrieren sich auf die Stammwähler und versuchen, die Parteikirche geschlossen zu halten, um zu über-leben.

Die Freiheitlichen sind in einer tiefgreifenden Strukturänderung: von der Grundsatzopposition hin zu einer verantwortlichen Regie-rungspartei. Vor allem die Führung der FPÖ steht voll auf dem Bo-den der Zweiten Republik, hat aber aus rebellischeren Tagen einen Veränderungswillen bewahrt.

Quelle: Die Presse 3. 2. 2001

H. Fischer: Nach den gescheiterten Verhandlungen mit der ÖVP haben wir die Minderheitsregierung angedacht. Klima war am



21. Jänner beim Bundespräsidenten und hat dies besprochen. Ihr sollten auch Fachleute aus anderen Parteien angehören. Klima hat mit den Vorsitzenden der anderen Fraktionen darüber gesprochen. Die Grünen haben gesagt, sie könnten sich das vorstellen. Die ÖVP hat glatt Nein gesagt. Haider hat gesagt, darüber müsste man reden, ‚aber ich will einen schriftlichen Pakt‘. Das haben wir verweigert.

Die Regierung ist auf die Mitarbeit der Opposition angewiesen, weil sie keine Verfassungsmehrheit hat.

Quelle: Der Standard 10, 2. 2001

Der unter der Devise „Machtwechsel“ stehenden Sicht des ÖVP-Obmanns stellt die Sozialwissenschaftlerin Sonja Puntischer-Riekmann eine andere Argumentation gegenüber:

Die Österreicher gehörten zu den großen Enthusiasten des europäischen Einigungsprojektes. Der aktuelle Konflikt zwischen 14 EU-Partnern und der österreichischen Bundesregierung fördert Missverständnisse zu Tage. Europäische Normalität seit 1945 ist es, mit mehr oder weniger Glück, Radikalismen zu widerstehen, die das Fundament der europäischen Einigung beschädigen könnten. Übersehen wird außerdem, dass die gemeinsame Außenpolitik auch die Emanzipation von den USA anvisiert. Das bleibt aber so lange prekär, als die USA das Monopol als Hüter der westlichen Wertegemeinschaft halten.

Verkannt wurde weiters, dass die Union politische Entscheidungen niemals zurücknimmt, sondern bestenfalls aufschiebt. Die Beschlüsse zur Osterweiterung sind gefallen. Ihre Realisierung ist im Namen der geopolitischen Stabilität Europas dringend notwendig. Nun geht es um schwierige Verhandlungen in den einzelnen Materien und um die Anpassung der Institutionen der Europäischen Union an die neue Mitgliederzahl.

Die FPÖ lebt vom Nein zu dem, was die Union ausmacht: Die EU gründet sich auf die Entscheidung, unterschiedliche politische ökonomische und rechtliche Ordnungen zu einer einzigen zu verknüpfen. Ein noch größeres Missverständnis offenbart sich in der Kritik von Jörg Haider am Euro. Der Preis, der dafür in Form von Sparpaketen gezahlt wurde, war hoch. Der Preis seiner Infragestellung wäre aber noch höher. Es ist auch der Einbruch dieses Irrealismus in die europäische Politik, der die Partner in der Union erschreckt hat. Sie sind so lange nicht zu beruhigen, als alle Beschwichtigungen durch die ÖVP in Aussagen der FPÖ konterkariert werden.

Quelle: Kurier 13. 3. 2000

Der Versuch muss unter dem Motto „Hineinwachsen der FPÖ in die Rolle einer seriösen Regierungspartei“ stehen. Einen „Laborversuch“ nannte Barbara Coudenhove-Kalergi ein solches Experiment. Ist es chancenlos?

Nein, meinen viele. Regieren zwingt automatisch zu mehr Selbstdisziplin, größerer Zurückhaltung bei Versprechungen, seriöserer Argumentation, sensibleren Formulierungen. Wer so etwas nie geübt hat, hat Anlaufschwierigkeiten. Die Grünen hätten sie auch,

Peter Ludlow, Gründer des Centre for European Policy Studies in Brüssel: „Der externe Druck hat die Position von Schüssel in Österreich gestärkt, vor allem gegenüber Haider.“ Die Maßnahmen der EU-14 seien ein „auf Schlagzeilen ausgerichteter Scharfschuss“ gewesen, der nach hinten losgegangen sei. „Insgesamt war es eine lehrreiche Erfahrung. Die EU hat daraus gelernt, dass sie nicht ohne anständige multilaterale Konsultation handeln kann, dass es nicht gehen kann, dass der portugiesische Premierminister seine Kollegen einzeln anruft.“

(Anmerkung: Portugal hatte im 1. Halbjahr 2000 den EU-Ratsvorsitz inne.)

Man mag vieles ungünstig finden in diesem Land. Aber in der aktuellen Diskussion sind der Kritik die Maßstäbe abhanden gekommen: Es gibt wohl kein anderes Land in Europa, das sich dagegen so wenig wehren würde, wie Österreich das in den vergangenen Tagen getan hat.

Wenn etwa in „Le Monde“ auf Seite eins ein Cartoon erscheint, in dem Österreich als eine idyllische Modelleisenbahnlandschaft dargestellt wird, in der die Züge unterm „Arbeit macht frei“-Schild ins Konzentrationslager fahren, ist das eine Geschmacklosigkeit, die eigentlich Proteststürme hervorrufen müsste.

Und wenn 14 EU-Staaten beschließen, Österreich unter politische Quarantäne zu stellen, weil ihnen die neue Regierung aus den verschiedensten innen- und europapolitischen Gründen nicht genehm ist, dann stellt das Europas politische Ordnung auf den Kopf. Regierungen haben nach den demokratischen Regeln des jeweiligen Landes zustande zu kommen, nicht nach den Wünschen der anderen Mitgliedsstaaten. Ein simples Gedankenspiel zeigt, warum: Angenommen, es gibt irgendwann einmal in 14 EU-Staaten konservative Regierungen. Wird im fünfzehnten eine sozialdemokratische gewählt, können die anderen, wenn sie so handeln wie im Fall Österreich, einfach beschließen, mit dieser nicht zu reden – mit der Begründung, ihre Politik entspreche nicht dem europäischen Wertekonsens. Nur zur Illustration: Ausländische Journalisten erkundigten sich vergangene Woche, wo denn in Kärnten die Gefängnisse seien, in denen die Slowenen eingesperrt sind. Sorry, möglicherweise bin ich naiv. Aber ich gestehe: Ich habe derartige Fragen nicht erwartet.

Jede Art von ungerechtfertigter Kritik an der Regierung spaltet in der gegenwärtigen Situation dieses Land noch weiter, das haben die vergangenen Tage überdeutlich gezeigt. Dasselbe gilt für jede Form von Pauschalverurteilung freiheitlicher Wähler als Nazis.

Man wird diese Regierung weder wegemonstrieren noch weg-schreiben können, auch wenn beides aus ehrenhaften Motiven versucht wird. Stattdessen sollte man sie tatsächlich, wie Wolfgang Schüssel das verlangt, daran messen, was sie tut.

Quelle: Reinhard Christel in: profil 14. 2. 2000

wenn sie plötzlich in der Regierung säßen. Prinzipielles Dagegen-sein lernt man viel schneller.

Aber das seriöse Auftreten und Nachrechnen von Wahlversprechungen wird nicht genügen, um die FPÖ aus der Käseglocke des Weltverdachts herauszuholen. Was bleibt, ist die Erkenntnis: Die FPÖ muss zu ihrer Selbstreinigung einen entscheidenden Eigenbeitrag leisten.

Quelle: Hubert Feichtlbauer in: Die Presse 29. 3. 2000

Otmar Höll, Leiter des Österreichischen Instituts für Internationale Politik: „Nach 1986 musste sich Österreichs Außenpolitik im Jahr der Maßnahmen gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ zum zweiten Mal in kurzer Zeit damit beschäftigen, negative Auswirkungen hintan zu halten. Das hat nach den ersten Jahren der EU-Euphorie das Verhältnis zu Brüssel in ein normaleres, aber auch desillusionierteres Verhältnis gebracht. Bei aller Gefahr für das Ansehen Österreichs und für die europäische Integration haben die meisten Beteiligten ihr Gesicht wahren können.“

Quelle: Die Presse, 2. 2. 2001

„Nulldefizit“

Die Regierungskoalition von ÖVP und FPÖ unter Bundeskanzler Dr. Schüssel war auch mit großen wirtschaftspolitischen Problemen konfrontiert. Als der anfängliche internationale Druck langsam abebbte und eine „Normalisierung“ der Regierungsarbeit eintrat, erhielten diese umso größere Aufmerksamkeit. Im Besonderen sind dabei folgende Probleme zu nennen:

Die Regierung beabsichtigte, den Budgethaushalt durch ein „Nulldefizit“ nach den EU-Maastricht-Kriterien zu sanieren. Da das „Nulldefizit“ jedoch nur durch Steuererhöhungen und Belastungen der Bevölkerung im Sozial- und Bildungsbereich (z. B. Ambulanzgebühr, Studiengebühr) erreicht werden konnte, wurde es von der Opposition abgelehnt.

Die angespannte Budgetsituation führte auch zu Konflikten innerhalb der Regierungspartei FPÖ. Der als Parteiobmann der Freiheitlichen zurückgetretene Landeshauptmann von Kärnten, Dr. Jörg Haider, forderte von seiner eher gemäßigten Regierungsmannschaft im Sommer 2002 ultimativ eine Steuerreform. Als die FPÖ-Regierungsmannschaft unter der gemäßigten agierenden Vizekanzlerin Rieß-Passer aber dazu nicht bereit war, wurde sie innerparteilich auf einer FPÖ-Konferenz in Knittelfeld gestürzt – und damit auch die erste „Regierung Schüssel“.

In der folgenden Wahlauseinandersetzung gelang es dem Bundeskanzler, Dr. Schüssel, die ÖVP als Garanten für eine Weiterarbeit zu präsentieren. Bei den Nationalratswahlen im Herbst 2002 erlitt daher die ehemals gleich starke FPÖ massive Verluste zugunsten der Bundeskanzlerpartei ÖVP. Die sich schon vorher als Rot-Grün-Alternative präsentierende Opposition konnte sich nicht profilieren – u. a. wurden von ÖVP und FPÖ Parallelen zwischen Problemen der Rot-Grün-Koalitionsregierung in Deutschland und Perspektiven einer möglichen Rot-Grün-Koalitionsregierung in Österreich gezogen. Trotz der durch den Bruch in der FPÖ vorzeitig hervorgerufenen Regierungsauflösung kam es nach langwierigen Koalitionsverhandlungen wieder zu einer ÖVP-FPÖ-Regierung. Der gestärkte Bundeskanzler konnte sich nun auf eine geschwächte und von internen Machtkämpfen geschüttelte FPÖ stützen.

Pensionsreform 2003

Am Anfang von Regierungsperioden versuchen Parteien (die ja primär wieder gewählt werden wollen) so genannte „harte Sanierungsmaßnahmen“ durchzuführen. 2003 betraf das in Österreich das nicht mehr finanzierbare Pensionssystem. Das Pensionssystem war im Laufe der letzten 100 Jahre als „Umlagesystem“, d. h. die gegenwärtig arbeitende Bevölkerung finanziert mit ihren Beiträgen die Pensionen der im Ruhestand befindlichen Bevölkerungsgruppe, gewachsen. Seit Mitte/Ende der 60er Jahre war jedoch die Geburtenrate um ein Drittel gesunken und zeitlich mit dem Pensionseintritt der Bevölkerungsgruppe, die in geburtenstarken Jahren geboren worden war, zusammengefallen. Aufgrund dieses Ungleichgewichts von Ein- und Ausgängen der Pensionskasse waren Reformmaßnahmen und drastische Einschnitte in die Pensionsregelung notwendig.



Demonstration des ÖGB gegen die Regierung

Die Wichtigkeit der Reform wurde von keiner Parlamentspartei bestritten, die von der Regierung geplanten Durchführungsbestimmungen führten jedoch zu einer heftigen politischen Diskussion zwischen Regierung, Opposition und Interessenvertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Im Frühjahr 2003 wurde der in Österreich hochgehaltene, fast schon traditionelle Weg der Sozialpartnerschaft verlassen. Es kam – wie auch in Frankreich, Deutschland u. a. europäischen Ländern mit gleichen Problemen – zu einer massiven Streikwelle im ganzen Land.

Streikwelle



Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer und Fritz Verzetnitsch, Präsident des österreichischen Gewerkschaftsbundes

A **Arbeitsaufgaben:**

Rufen Sie ein Zeitungsarchiv im Internet auf. Versuchen Sie, anhand der verlinkten Zeitungsartikel folgende Fragen zu beantworten.



- Welche politischen Positionen sind erkennbar? Stellen Sie diese politischen Positionen und deren Vorschläge einander gegenüber?
- In welcher Form wird Sie die Pensionsreform betreffen?
- Vergleichen Sie die Wählerstromanalyse beider Wahlgänge anhand www.sora.at/wahlen.
- Wer konnte die stärksten Gewinne verzeichnen?
- Haben die Medien Haider erst groß gemacht? Diskutieren Sie darüber.

Das Frühjahr 2004 brachte wichtige Veränderungen in der politischen Landschaft Österreichs: Bei den Landtagswahlen in Salzburg gewann die SPÖ-Spitzenkandidatin, Gabi Burgstaller, stark. Sie bildete danach eine Große Koalition mit der geschlagenen ÖVP.

In Kärnten konnte die FPÖ unter Landeshauptmann Haider so viele Stimmprozent erlangen, dass eine geschwächte SPÖ ihm aus taktischen Gründen zur Wiederbestellung als Landeshauptmann verhalf. In beiden Ländern zeigte sich ein Trend zu den jeweils beiden großen Parteien – die dritt- und viertplatzierten Parteien blieben klein. In Oberösterreich wurde erstmals eine „schwarz/grüne“ Regierungskoalition ausprobiert.

Bei den Bundespräsidentenwahlen 2004 entstand eine weitere Herausforderung für die „schwarz/blau“ Bundesregierung. Der langjährige Nationalratspräsident und SPÖ-Spitzenkandidat Dr. Heinz Fischer siegte über die Außenministerin und ÖVP-Spitzenkandidatin Dr. Benita Ferrero-Waldner. Fischer folgte Klestil als Bundespräsident.

Tragischerweise verstarb der gesundheitlich schwer angeschlagene Bundespräsident Dr. Thomas Klestil zwei Tage vor der Amtsübergabe an seinen Nachfolger Dr. Heinz Fischer.

Zum Staatsbegräbnis von Dr. Thomas Klestil kamen zahlreiche Politiker aus der ganzen Welt, wie z. B. Russlands Präsident Wladimir Putin und der Gouverneur von Kalifornien, Arnold Schwarzenegger.

Der Erosionsprozess des kleineren Koalitionspartners FPÖ setzte sich seit den Ereignissen nach „Knittelfeld“ (siehe Seite 131) fort. Laufend wurden FPÖ-Regierungsmitglieder ausgetauscht, um Neuerungen zu signalisieren. Die Taktik des Bundeskanzlers, Dr. Schüssel, den ehemaligen Regierungskritiker in Regierungsverantwortung einzubinden, zeitigte Erfolg. Bei den Europawahlen im Juni 2004 wurde die FPÖ vom Wähler auf einen Stimmenanteil von der Größe der 80er Jahre geschrumpft.

Fischer folgt Klestil

FPÖ verliert Wählerstimmen



Dr. Thomas Klestil (Bundespräsident 1992–2004)



Heinz Fischer (Bundespräsident 2004–)



Regierungssitz (Karikatur von Ironimus)

Die Presse, 2. 6. 2004

A **Arbeitsaufgabe:**

- Welche innenpolitischen Ereignisse waren in diesem Schuljahr von Bedeutung?

9 Die Teilung der Welt



Nach dem Sieg über das Deutsche Reich kamen zwischen den Alliierten bald Spannungen aufgrund ihrer verschiedenen weltanschaulichen Positionen und ihrer Machtbestrebungen auf. Die beiden Supermächte USA und UdSSR beherrschten politisch und wirtschaftlich das Weltgeschehen. Ausgehend von der Teilung Deutschlands und Europas erfolgte in den Jahren nach 1945 weltweit eine Abgrenzung der Einflusssphären der Supermächte. Sie waren direkt oder indirekt an sämtlichen weltpolitischen Krisensituationen beteiligt (z. B. Vietnam, Afghanistan, Mittlerer Osten, Mittelamerika usw.). Die synoptische (= in einer Übersicht angeordnet) Weltübersicht für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg am Buchende weist daher neben einer Spalte für die Geschehnisse in Österreich eine Zweiteilung entsprechend den Einflusssphären der beiden Supermächte auf. – Vergleichen Sie mit den Karten S. 19 und S. 158.

www-Tipp

www.kssursee.ch/schuelerweb/kalter-krieg/index.htm

9.1 Die Teilung Deutschlands

Bald nach dem Sieg der Alliierten über Deutschland und Japan traten die Gegensätze zwischen der Sowjetunion und den Westmächten deutlich zutage.

Gegensätze zwischen Politik der Sowjetunion und der USA

SU fordert Reparationen auch aus dem Westen

US-Interessen in Deutschland

Reparationsperre

gemeinsamer alliierter Gerichtshof in Nürnberg

zwölf Todesurteile

Entnazifizierung durch Alliierte

Einheitspartei in der Sowjetzone

Die Regierungen in Moskau und Washington verfolgten sowohl in Europa als auch in Asien andere Ziele. Der Sowjetunion kam es darauf an, möglichst rasch Entschädigung für die durch den Krieg zerstörten Werte zu erhalten. Der industriell wichtige, westliche Teil der europäischen Sowjetunion war durch den Krieg verwüstet worden. Reparationen sollten mithelfen, den Wiederaufbau zu beschleunigen. Aus diesem Grund beanspruchte die Sowjetunion nicht nur Leistungen aus der von ihren Truppen besetzten Zone, sondern auch aus dem Westen Deutschlands.

Die Amerikaner erkannten bald, dass eine Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft ohne die deutsche Industrie schwer erreichbar sein würde. Außerdem widersprach die Eindämmung der deutschen Produktion amerikanischen Wirtschaftsinteressen, da viele amerikanische Konzerne Anlagen in Europa und auch in Deutschland besaßen. Sie bangten um deren Rentabilität.

Im Mai 1946 sperrten zunächst die Amerikaner ihre Zone für Reparationstransporte nach Osten. Im Juni folgten die Briten und Franzosen diesem Beispiel.

Zwar traten die Alliierten in einem Prozess gegen 24 deutsche Hauptkriegsverbrecher als Ankläger und Richter gemeinsam auf, aber dies war nur noch ein Nachspiel zum Zweiten Weltkrieg. Der gemeinsame internationale Gerichtshof verhandelte in **Nürnberg** über Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit. Zwölf der Angeklagten, darunter Dr. Seyß-Inquart, wurden zum Tode verurteilt, elf hingerichtet. Hermann Göring, einst Reichsmarschall und Stellvertreter des Führers, beging Selbstmord.

Dem Übergang zur Demokratie sollte nach dem Willen der Alliierten ein Reinigungsprozess vorangehen. Über sechs Millionen Deutsche mussten sich wegen ihrer Zugehörigkeit zu nationalsozialistischen Organisationen oder wegen ihres Verhaltens in der Zeit des Hitlerregimes vor Kommissionen verantworten. In 98 Prozent der Fälle endete die Prozedur mit der „Entnazifizierung“, der Wiederherstellung aller staatsbürgerlichen Rechte.

In der Sowjetzone wurde die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) zur führenden Kraft. Sie war aus einer unter sowjetischem Druck erfolgten Vereinigung der KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) und SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) hervorgegangen. In den

CDU im Westen in Führung

ab 1947: Beginn der Teilung Deutschlands

Alliierter Kontrollrat funktionslos

Geldentwertung

Juni 1948: Währungsreformen

Währungen als Zankapfel

die Blockade Berlins

westlichen Zonen lehnten die Sozialdemokraten unter ihrem Vorsitzenden Kurt Schuhmacher eine solche Verschmelzung ab. Schuhmacher strebte einen selbständigen politischen Kurs Deutschlands zwischen den großen Machtblöcken an.

Sein politischer Gegenspieler, der Vorsitzende der CDU (Christlich-Demokratische Union) Konrad **Adenauer**, hielt ein besonders enges Verhältnis zu den Westmächten für den sichersten Weg eines raschen Wiederaufstiegs, zumindest für die Wirtschaft. Von der Industrie unterstützt, gelang es der CDU, die Führung der westdeutschen Politik zu übernehmen. Gleichzeitig mit dieser innenpolitischen Entwicklung vollzog sich die tatsächliche Teilung Deutschlands in zwei Staaten mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systemen: Während die Sowjetunion auf der Außenministerkonferenz der „Großen Vier“ in London Ende 1947 noch an der Fiktion eines Gesamtdeutschlands festhielt und daher auch Reparationen aus dem Westen verlangte, lehnte der amerikanische Außenminister, George C. **Marshall**, ein Reparationsprogramm aus der laufenden Produktion ab.

Im Frühjahr 1948 einigten sich die Westmächte auf die Errichtung eines föderativen Staates, bestehend aus den drei Westzonen. Der **Alliierte Kontrollrat**, damals die oberste Autorität in Deutschland, war somit seiner Funktion enthoben.

Die Reichsmark hatte nach dem Krieg ihren Wert weitgehend eingebüßt. Die Bevölkerung war zum Teil zum Tauschhandel zurückgekehrt, wobei amerikanische Zigaretten das begehrteste Tauschmittel darstellten.

Um die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen, war es notwendig, stabilere Währungsverhältnisse zu schaffen. Im Juni 1948 verkündeten die westlichen Alliierten neue Währungsgesetze für ihre Zonen, einige Tage später folgte die sowjetische Militärregierung für die Ostzone und Großberlin diesem Beispiel. Die alte Reichsmark wurde in sehr beschränktem Umfang im Verhältnis 10 : 1 umgetauscht. Auf diese Weise entstanden zwei verschiedene Währungen, die Westmark und die Ostmark. Da sich die Kommandanten der Westsektoren Berlins gegen die Regelung der sowjetischen Militärregierung wandten, sperrte diese die freie Durchfahrt durch ihre Zone und isolierte Westberlin von den westlichen Besatzungszonen.

Die Zonengrenze. Im Vordergrund der andernorts schon vielfach verfallene so genannte „Zaun in erster Linie“, dahinter der an manchen Stellen nicht mehr erkennbare Kontrollstreifen aus den fünfziger Jahren und dann die höheren Pfähle des Doppelzaunes mit dem verminten Gelände („Zaun in zweiter Linie“). Dahinter befindet sich erst der zweite Kontrollstreifen von 6 m Breite. An dieser Stelle aber sieht man im Vordergrund Grenzsteine aus älterer Zeit. Es ist der Ort, an dem früher das Königreich Bayern (linker Grenzstein) mit den Herzogtümern Sachsen-Coburg-Gotha (mittlerer Grenzstein) und Sachsen-Meiningen zusammenstieß.





Die Amerikaner beschlossen daraufhin, die mehr als zwei Millionen Bewohner Westberlins auf dem Luftweg zu versorgen. Als etwa elf Monate später die Blockade aufgegeben wurde, befanden sich die Vorbereitungen zur Gründung zweier Staaten bereits in vollem Gange.

Im Westen arbeitete ein parlamentarischer Rat unter dem Vorsitz Konrad Adenauers ein Grundgesetz aus. Im August wurde der erste deutsche Bundestag gewählt, der den CDU-Politiker Adenauer zum Bundeskanzler der BRD wählte. Die SPD ging in Opposition. Im Oktober konstituierte sich unter Führung der SED die „**Deutsche Demokratische Republik**“.

Von Ende 1949 bis Ende 1990 gab es also de facto zwei deutsche Staaten mit den Hauptstädten Berlin (Ostberlin) für die DDR und – als provisorische Hauptstadt gedacht – Bonn für die BRD. Westberlin genoss einen Sonderstatus. Um die Fluchtbewegungen der Ostdeutschen zu stoppen, errichtete die DDR 1961 die „**Berliner Mauer**“.

In den beiden Teilen Deutschlands entwickelten sich unterschiedliche politische und wirtschaftliche Systeme. In der DDR wurde nach sowjetischem Vorbild eine kommunistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgebaut; die Bundesrepublik Deutschland orientierte sich am Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika. Die privatkapitalistische Marktwirtschaft wurde in der Bundesrepublik durch ein umfangreiches Sozialgesetzwerk zur „**Sozialen Marktwirtschaft**“ abgemildert.

Adenauer wirkte gemeinsam mit **de Gaulle** an der 1963 zustande gekommenen „**Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich**“ wesentlich mit. Durch die dauerhafte Beseitigung dieser jahrhundertealten innereuropäischen Spannungslinie an der Rheingrenze wurde ein wesentlicher Beitrag für die zukünftige Integration Europas geleistet.

Die Aussöhnung durch eine neue Ostpolitik erfolgte erst in den siebziger Jahren unter den sozialliberalen Koalitionsregierungen (SPD/FDP) **Brandt/Scheel** und **Schmidt/Genscher**. Die „**Ostverträge**“ führten zur faktischen Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze.

A ● Vergleichen Sie diese Quelle mit den Aussagen in T 12/Kap. 6.3.2.

seit 1949 mit DDR:
zwei deutsche Staaten...

... mit zwei politischen
Systemen

„Aussöhnung“ zwischen
Deutschland und
Frankreich

Ostpolitik in den 70ern

T 1

Aus einer Denkschrift zur sowjetischen Außenpolitik des Moskauer „**Instituts für Wirtschaft des soz. Weltsystems**“, abgefasst als Rückblick im April 1989, dem Jahr des Aufbruchs in Osteuropa – ein Jahr später bestand wieder ein deutscher Staat:

„Auch als die Spaltung nach Entstehen der BRD Tatsache geworden war, strebte die Sowjetunion noch einige Jahre lang eine Wiedervereinigung Deutschlands an. . . .“

Die negative Reaktion auf die sowjetische Note seitens der Westmächte und Adenauers wird von vielen als „**verpasste Chance**“ gesehen, Deutschland auf der Grundlage eines Kompromisses wieder-zuvereinen. . . .“

Die Idee eines einheitlichen neutralen Deutschlands schien damals den Westmächten ebenso wie politischen Kreisen Westdeutschlands unannehmbar und gefährlich zu sein angesichts der über Osteuropa errichteten sowjetischen Herrschaft. . . .“

Ein Teufelskreis entstand: Während die Spaltung Deutschlands zu einem ständigen Faktor der militärischen und politischen Konfrontation zwischen der Sowjetunion und dem Westen wurde, trug diese Konfrontation ihrerseits dazu bei, die Spaltung und Verschärfung der Lage in Mitteleuropa zu zementieren. . . .“

Diese Konzeption erwies sich schon sehr bald als ungeeignet und in sich widersprüchlich. Wie sich herausstellte, konnte die deutsche Frage nicht durch Konfrontation gelöst werden. Die Einbeziehung der BRD in die westeuropäische Integration ließ den Abstand zwischen BRD und DDR immer größer werden.“

Quelle: Der Spiegel 1990/6, S. 146

die Sieger prägten die
Gesellschaftsordnung
nach dem Weltkrieg

Rumänien	90%
Griechenland	90%
Jug. Slawen	50/50
Ungarn	50/50
Bulgarien	75%

Jalta-Konferenz
(Feb. 1945) hatte
auch politische Systeme
festgelegt

Kommunisten scheitern
in Griechenland

starke KP-Positionen im
sowjetischen
Machtbereich

die „**Salamitaktik**“

Übergang zur
Einparteienherrschaft

Sowjetunion als Vorbild

9.2 Das sowjetische Herrschaftssystem

9.2.1 Methoden des Machtgewinns in den Volksdemokratien

Stalin hielt es für selbstverständlich, dass die Regierungen der Großmächte in den von ihnen verwalteten oder kontrollierten Gebieten jene Gesellschaftsordnung einführen würden, die den eigenen Traditionen und Wertvorstellungen entsprach.

Der berühmte Notizzettel Churchills über die Aufteilung des Balkans in einen britischen und in einen sowjetischen Einflussbereich (Rumänien: 90% russisch, 10% britisch; Griechenland: 90% britisch, 10% russisch; Jugoslawien: 50% russisch, 50% britisch; Ungarn: 50% russisch, 50% britisch; Bulgarien: 75% russisch, 25% britisch)

T 2

Bei einem Gespräch mit Milovan Djilas, einem jugoslawischen Partisanenführer, erklärte Stalin im Frühjahr 1945:

„Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.“

Die Sorge der Westmächte, besonders der USA, bestand zunächst darin, die wirtschaftliche und politische Macht Deutschlands zu brechen und zu verhindern, dass sie in kurzer Zeit wieder entstehen könne. Da Churchills Versuch, Roosevelt 1944 für eine Invasion in Südosteuropa zu gewinnen und dadurch den Sowjetarmeen den Vormarsch nach Mitteleuropa abzuschneiden, gescheitert war, einigte er sich mit Stalin auf die Festlegung von Einflusszonen.

Für Polen und die Tschechoslowakei, die ja Opfer der deutschen Aggression waren, erhofften sich die Westmächte demokratische Regierungen auf der Basis parlamentarischer Wahlen.

Tatsächlich konnten die Briten in Griechenland die nach dem Abzug der Deutschen operierenden kommunistischen Partisanenverbände zerschlagen. Auch in einem neu aufflammenden Bürgerkrieg 1947/48 unterstützte Stalin die griechischen Kommunisten nur mit großer Zurückhaltung.

In den von Sowjettruppen besetzten Ländern nahmen die Kommunisten aufgrund ihrer führenden Rolle im Widerstand zunächst die Schlüsselpositionen innerhalb der Regierungen ein: Die Innenministerien, die ihnen die Polizeigewalt sicherten, die Unterrichtsministerien, die ihre Propaganda begünstigten, und die Landwirtschaftsministerien, die für die Aufteilung des Großgrundbesitzes zuständig waren, um dadurch bei den Pächtern und Kleinbauern Sympathien zu gewinnen.

Unter moralischem und physischem Druck auf die Bevölkerung und die Politiker gelang es, Sozialdemokraten in eine Einheitspartei mit den Kommunisten zu zwingen und bürgerliche Parteien gleichzuschalten. Die kommunistischen Regierungsmitglieder drängten den Einfluss politischer Gegner in kleinen, aber unablässig gesetzten Schritten zurück. (Für diese Methode kam die Bezeichnung „**Salamitaktik**“ auf. Man schneidet von der Macht der Gegner jeweils nur dünne Scheiben ab, so dass der Machtverlust kaum auffällt. Dennoch ist eines Tages auch der letzte Rest verschwunden.)

Bis zum Frühjahr 1948 war in allen von den Sowjettruppen besetzten Staaten, aber auch in der unbesetzten Tschechoslowakischen Republik die kommunistische Einparteienherrschaft gesichert: Der rumänische König war zur Abdankung gezwungen worden, der tschechische Präsident **Benesch** hatte unter dem Druck der starken Kommunistischen Partei (38% der Wählerstimmen) und lebhafter Straßendemonstrationen den Kommunisten **Gottwald** mit der Regierungsumbildung betraut und war bald danach unter Druck zurückgetreten. Bulgarien und Albanien waren schon 1946 Volksrepubliken, in Ungarn besaßen die Kommunisten alle einflussreichen Positionen. In all diesen zwischen Ostsee und Schwarzem bzw. Ionischem Meer liegenden Staaten wurden Wirtschaft, Gesellschaft und Politik nach sowjetischem Vorbild geformt, der „**Ostblock**“ gebildet.

9.2.2 Der Kommunismus in Asien

In Ostasien waren in das nach der Niederlage Japans entstandene Machtvakuum sowohl die USA als auch die Sowjetunion vorgedrungen.

China wird zur Volksrepublik



In **China**, das schon vor dem Ersten Weltkrieg unter Dr. Sun Yat-sen und seiner „Volkspartei“ (Kuo-min-tang) zur Republik geworden war, herrschte in weiten Teilen des Landes in der Zwischenkriegszeit ein blutiger Bürgerkrieg. Nach dem Ende der japanischen Besetzung der Mandschurei konnten sich die seit den 30er Jahren bewaffnet kämpfenden Kräfte der kommunistischen Partei unter **Mao Tse-tung** und **Lin Piao** durchsetzen. Dies vor allem, weil sie sich in den von ihnen „befreiten“ Gebieten um die Lösung der sozialen Probleme bemühten und vor allem die Verteilung des Ackerlandes an die landlosen Bauern betrieben. Am 1. Oktober 1949 konnte nach dem Einmarsch in Peking von Mao die kommunistische **Volksrepublik China** ausgerufen werden. Die Kuo-min-tang-Truppen flüchteten auf die Insel Formosa und schufen den westlich ausgerichteten Staat Taiwan.



Mit sowjetischer Hilfe wurden der Aufbau einer zeitgemäßen Infrastruktur und ein Industrialisierungsprogramm begonnen. In groß angelegten Massenkampagnen versuchte man, diesen Entwicklungsprozess zu beschleunigen und das Volk gemäß einem neuen kommunistischen Menschenbild umzuerziehen. Die Zahl der Opfer dieser Kampagnen schätzt man heute auf ein bis fünf Millionen Menschen. Ende der 50er Jahre entschied sich die kommunistische Führung Chinas durch gleichzeitige Entwicklung der Landwirtschaft (in Volkskommunen) und dezentralisierte Industrieentwicklung zu einer eigenständigen Politik, die sich von der verbündeten Sowjetunion unterschied. Der so entstehende Bruch zwischen den Regierungen in Moskau und Peking führte zum Rückzug der sowjetischen Hilfe.

Bruch mit der Sowjetunion

„Aus eigener Kraft“ versuchte die Regierung des bevölkerungsreichsten Staates der Erde, die Entwicklung trotz großer Fehlschläge zu einer Gesellschaft gleicher, vom Kollektiv bestimmter Menschen voranzutreiben. Massenkampagnen wie die „Kulturrevolution“ sollten dazu beitragen. Auch außenpolitisch geriet die VR China immer stärker in Gegensatz zur ehemals verbündeten Sowjetunion.

Nach dem Tod Maos 1976 kam es zu einem Machtkampf zwischen einer stärker marxistisch-maoistisch ausgerichteten, die Ideologie der absoluten Gleichheit betonenden Gruppe und der Gruppe um **Deng Hsiao-Ping**, die einen pragmatischen Kurs der Wirtschaftsentwicklung anstrebte und sich schließlich durchsetzen konnte. Eine Öffnung gegenüber dem Westen wurde eingeleitet und in der Folge kamen nicht nur westliche Waren und Touristen nach China, sondern es erfolgte auch eine gewaltige wirtschaftliche Liberalisierung des Landes: Private Landwirtschaft, Handel und Produktion ließen das Konsumniveau über das seines einstigen Vorbildes Sowjetunion steigen. Die VR China ist heute einer der Staaten mit dem höchsten Wirtschaftswachstum. Ökonomen sprechen schon von der Wirtschaftssupermacht des nächsten Jahrhunderts!

Wirtschaftlicher Liberalisierung...

... steht KP-Herrschaft politisch gegenüber.



Wirtschaftliche Liberalisierung wird aber von den derzeit Regierenden nicht mit politischer Liberalisierung gleichgesetzt. 1989, nach einem Besuch des russischen Reformers Michail Gorbatschow, wurden in Peking am „Platz des Himmlischen Friedens“ Demonstrationen, die „Freiheit und Demokratie“ forderten, blutig mit Panzern niedergeschlagen. „Säuberungen“ und Hinrichtungswellen, ganz im Stile der Stalinzeit, beherrschten die folgenden Monate. Die westliche Welt protestierte zunächst. Bald jedoch wogen wirtschaftliche Interessen stärker – die USA und Japan begannen als Erste den Abbau der zunächst beschlossenen Sanktionen. In Österreich verbot die Bundesregierung 1994 Menschenrechtsgruppen öffentliche Protestaktionen anlässlich des Staatsbesuchs des Regierungschefs Li-Peng. 1996 setzte China militärische Drohungen gegen Taiwan ein, um seinen Anspruch auf diese Insel zu dokumentieren. Die Wiedereingliederung der britischen Kronkolonie Hongkong von 1997 wird in den nächsten Jahren zeigen, wie die Regierenden der VR China wirtschaftlichen und politischen Freiheiten in Zukunft gegenüberstehen werden.



Welches Bild, das die USA von der sowjetischen Politik hatte, vermittelt diese Karikatur der 50er Jahre?

Teilung Koreas

A Arbeitsaufgabe:

- Versuchen Sie, aus den Kenntnissen Ihres Geographie- und Wirtschaftskundeunterrichts die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen, aber auch die Risiken der derzeitigen Wirtschaftsentwicklung in der VR China zu nennen. Welche Regionen profitieren von der zurzeit ablaufenden wirtschaftlichen Öffnung?

Das im Zweiten Weltkrieg von den Japanern besetzte **Korea** wurde gegen Kriegsende im Norden von sowjetischen Truppen und im Süden von US-amerikanischen Truppen besetzt und entlang des 38. Breitengrades geteilt. Wahlen erfolgten unter UN-Aufsicht im Süden. Daraufhin wurde im Norden – ähnlich wie im Osten Deutschlands – eine Volksrepublik errichtet. Nach Abzug der Besatzungstruppen nahmen die Spannungen zwischen den beiden Staaten zu. 1950 fielen nordkoreanische Truppen im Süden ein und versuchten, das Land unter kommunistischer Herrschaft zu vereinen. Die Koreafrage wurde vor den Sicherheitsrat der UN gebracht. Da die Sowjetunion im Gefolge des „Kalten Krieges“ damals gerade dieses Weltgremium boykottierte, kam es zur UNO-Unterstützung für den Süden. Bis Mitte 1953 wurde von amerikanischen und anderen Militärkontingenten im Rahmen einer UN-Mission gekämpft. Auf seiten des Norden griffen „chinesische Freiwillige“ in die Kämpfe ein. In Waffenstillstandsverhandlungen einigte man sich schließlich wieder auf die Grenze entlang des 38. Breitengrades, der ein zerstörtes Land (3,5 Mio. Tote) weiter trennte.

Die Teilung der Welt in Einflusssphären der beiden Atom- und Supermächte USA und UdSSR blieb auch noch Jahre danach das Grundmuster der internationalen Politik. Südkorea ist heute einer der stark wachsenden jungen Industriestaaten Asiens! Strukturprobleme der kommunistischen Planwirtschaft, gepaart mit Naturkatastrophen, ließen die Regierung N-Koreas 1998 direkte Verhandlungen mit dem Süden beginnen.

Teilung Vietnams

Im ebenfalls von den Japanern im Krieg eroberten **Französisch-Indochina** kam es nach 1945 zu einem von China unterstützten Unabhängigkeitskrieg. Er endete mit dem Rückzug der Franzosen und einer Teilung des Landes in ein kommunistisches **Nordvietnam** und ein westlich ausgerichtetes **Südvietnam**. Im Süden unterblieben im Unterschied zum Norden soziale Reformen. In den sechziger Jahren wurden die US-Regierungen im Zuge ihrer Politik der Eindämmung des Kommunismus immer stärker in den Konflikt in Südostasien verwickelt. Der Vietnamkrieg wurde von beiden Seiten mit größter Härte und Grausamkeit gegenüber der Zivilbevölkerung geführt. Letztlich konnten aber die mit höchstem technischen Einsatz operierenden US-Truppen gegen den einen Guerillakrieg im Dschungel führenden Vietcong nicht erfolgreich sein. Es zeigte sich, dass in diesem modernen Krieg die Zivilbevölkerung zehnmal mehr Opfer zu beklagen hatte als das Militär. Innenpolitisch sah sich die amerikanische Regierung in der durch das Fernsehen täglich informierten Öffentlichkeit einem immer stärker werdenden Widerstand gegenüber. Schließlich zogen sich die US-Truppen aus Südvietnam erfolglos zurück. Vietnam wurde unter kommunistischer Staatsform wieder geeint. Bis heute leiden große Regionen noch an den Auswirkungen der damals eingesetzten chemischen Kampfstoffe. Mit dem Wandel in der kommunistischen Welt Anfang der 90er Jahre ist heute auch in Vietnam eine Öffnung und Veränderung des Wirtschaftssystems zu beobachten.

Vietnamkrieg der USA



Steine gegen Panzer 1953

www.Tipp
www.kssursee.ch/schuelerweb/kalter-krieg/entspannung/
www.bildungsservice.at/faecher/e_a_a/vietnam.htm

9.3 Vergebliche Befreiungsversuche im Ostblock

In einigen der von der Sowjetunion abhängigen, diktatorisch verwalteten Volksdemokratien gab es Revolten gegen die Staatsführung. Sie scheiterten an den in Jalta vereinbarten politischen und militärischen Realitäten.

Hatten schon die Machtkämpfe im Kreml nach dem Tod Stalins die Aufstandsbewegung in der DDR vom Juni 1953 begünstigt, so löste die große

die Fehler Stalins

Rede **Chruschtschows** am XX. Parteitag der KPdSU 1956 eine Kettenreaktion aus. Chruschtschow bekannte freimütig Fehler Stalins, ja sogar Verbrechen ein. Wahrscheinlich rächte er sich dadurch für erlittene Demütigungen; vielleicht glaubte er, in Zukunft auf die Gewaltmethoden Stalins verzichten zu können.

Rehabilitierung der Säuberungsoffer

Die hohen Funktionäre des Sowjetblocks fühlten sich verunsichert. Sie rehabilitierten (= das Ansehen wiederherstellen) die Kommunisten der alten Garde, welche den Säuberungswellen Stalins zum Opfer gefallen waren. Die Lebenden wurden aus den Gefängnissen entlassen. Die Hingerichteten konnten zwar nicht mehr zum Leben erweckt werden, wohl aber wurde ihre Ehre wiederhergestellt.

Juni 1956 Aufstand in Polen

Der Unmut über die wirtschaftlichen Missstände, die unerträgliche Bevormundung durch die Bürokratie und nicht zuletzt auch gegen die russische Fremdherrschaft entlud sich zuerst in **Polen**. In einer gigantischen Massendemonstration vor dem Kulturpalast in Warschau erzwangen die Polen die Wiedereinsetzung Ladislaw **Gomulkas**, eines der Säuberungsoffer, zum Ersten Sekretär der Partei. Gomulka versprach mehr Freiheit, warnte aber klugerweise vor einem Affront (hier: Kampfstellung) gegen die Sowjetunion.

Diskussionsfreiheit, aber Treue zur SU

Die geistige Unfreiheit innerhalb des Sowjetblocks wurde von Intellektuellen, insbesondere von Schriftstellern, am drückendsten empfunden. In **Ungarn** ging die Bewegung gegen das stalinistische Regime von Schriftstellern und Studenten aus. In einer Demonstration in Budapest im Oktober 1956 marschierten sie vom Denkmal Petöfis, des ungarischen Freiheitsdichters von 1848, zum Denkmal Bems. (Dieser polnische General hatte die Ungarn gegen die dem österreichischen Kaiser zu Hilfe eilenden Truppen des russischen Zaren angeführt.) Beim Funkhaus fielen Schüsse. Dies löste eine Revolution aus, der sich auch das ungarische Heer anschloss.

Oktober 1956: Aufstand in Ungarn

T 3

Zeitungsbericht von Carl Gustav Ströhm vom 15. November 1956:

„... Nie werde ich den Tag vergessen, an dem ich die Ankunft einer österreichischen Rotkreuzkolonne in einer kleinen Stadt auf dem Weg nach Budapest erlebte. Die modernen Wagen waren mit Verbandszeug und Medikamenten beladen und sofort von Hunderten von Menschen umringt. Aber diese Menschen, die wussten, dass sowjetische Truppen nur wenige Kilometer weit entfernt standen, interessierten sich nicht für Arzneien. Mit Tränen in den Augen baten sie um Waffen und Munition. „Schickt uns doch lieber Panzerfäuste als diesen Kram da!“, schluchzte ein Arbeiter, „sonst werden wir die Russen niemals los.“ Ich beneidete den Kolonnenführer des österreichischen Roten Kreuzes nicht, der von der Menge am heftigsten bedrängt wurde und doch nichts anderes zu sagen wusste als: „Bitte schön, wir sind erstens nur vom Roten Kreuz und zweitens als Österreicher neutral!“ ...“

Die Einfahrt in die Straßen von Budapest am 30. Oktober abends wird mir unvergesslich bleiben. Auf den Bürgersteigen loderten die Feuer, in denen kommunistische Literatur, Transparente und Propagandamaterial verbrannt wurden. Soeben war zwischen den Freiheitskämpfern und den Sowjets Waffenstillstand geschlossen worden. Wir fuhren an der Margarethenbrücke mitten durch die Front: auf der einen Seite eine sowjetische Panzersperrstellung, wo man uns nach Waffen durchsuchte, keine 200 Meter weiter drei umgestürzte Eisenbahnwagen, hinter denen junge Burschen und breitschultrige Arbeiter mit Maschinenpistolen und Handgranaten in Bereitschaft lagen ...“

Russische Panzer in Budapest. Am 30. Oktober 1956 sah es am Ende der zweiten Phase des Ungarnaufstandes so aus, als ob es gelungen wäre, die russischen Panzer endgültig aus der Stadt zu jagen. Im Bild zwei T 34, die von den Aufständischen mit Molotow-Cocktails (Brandflaschen) bezwungen worden waren.



Doch am 4. 11. 1956 (5.19 Uhr) gingen folgende Worte über Radio Budapest: „Hier spricht Ministerpräsident Imre Nagy. Sowjetische Truppen haben im Morgengrauen zum Angriff auf unsere Hauptstadt angesetzt in der eindeutigen Absicht, die demokratische Regierung der Ungarischen Volksrepublik zu stürzen ... Ich bringe diese Tatsache, unserem Land und der Welt zur Kenntnis.“

Austritt aus Warschauer Pakt

Die neue Regierung unter dem jüngst rehabilitierten Imre **Nagy** gab dem Druck extrem sowjetfeindlicher Kreise nach und proklamierte den Austritt aus dem Warschauer Pakt und die Neutralität Ungarns nach dem Muster Österreichs.

Eingreifen der Sowjetarmee

Hatten sich die in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen zunächst in den Kampf nicht eingemischt, so entschloss sich die Kremelführung jetzt zum Eingreifen. Sowjetpanzer kämpften in wenigen Tagen den Aufstand nieder. Die Führer der Bewegung wurden hingerichtet.

Der neue KP-Führer Janos **Kadar** zeigte sich als politisch treuer Verbündeter der UdSSR. Dadurch erreichte er in der Folge stärkeren innenpolitischen Spielraum, der für Ansätze von Änderungen in der Wirtschaft genützt wurde.

1968: der „Prager Frühling“

Die **Tschechoslowaken** (ČSSR) versuchten auf andere Weise die Diktatur zu überwinden. Die Entstalinisierung war langsamer erfolgt als in den Nachbarländern. Im Frühjahr 1968 wurde, von der Stimmung der Bevölkerung getragen, Alexander **Dubček** Partei- und Regierungschef. Er versuchte, einen „Kommunismus mit menschlichem Antlitz“ zu entwickeln, indem er die Freiheitsbeschränkungen aufhob, aber ein kommunistisches Wirtschaftssystem beibehielt. Allerdings sollten die Bürokratien eingengt und den Unternehmen größere Entscheidungsbefugnisse zuerkannt werden.

Demokratie und Kommunismus schwer vereinbar

Ein großer Teil der Bevölkerung begrüßte diese Reformen. Dogmatische Kommunisten fürchteten allerdings wahrscheinlich mit Recht, dass Freiheit und Kommunismus unvereinbar seien. Eine Demokratie würde das kommunistische Herrschaftssystem zerstören.

Auch die Kremelführung betrachtete Dubčeks „Kommunismus mit dem menschlichen Antlitz“ als eine Phantasterei. Im August ließ sie überfallsartig Truppen der Staaten des Warschauer Pakts in das Land einrücken und eine neue Staats- und Parteiführung installieren. Hingerichtet wurde niemand. Dubček arbeitete danach im Straßenbau und in öffentlichen Parkanlagen.

1989/1990 – nach dem Auseinanderbrechen der kommunistischen Systeme in Osteuropa (siehe Kapitel 11.2) – wurde er Parlamentspräsident.

T 4

Die „Breschnew-Doktrin“ über die begrenzte Souveränität der osteuropäischen Satellitenstaaten:

„... Und wenn die inneren und äußeren, dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu wenden versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem einen

Land, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des betreffenden Landes, sondern ein Problem, um das sich alle sozialistischen Staaten kümmern müssen.“

Quelle: „Prawda“ am 13. November 1968



21. August 1968: Der Einmarsch von Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR bringt das Ende des „Prager Frühlings“: ausgebrannte Busse, die man den Panzern der „befreundeten Bruderstaaten“ als Barrikaden entgegengestellt hatte.

Solidarność – erste freie Gewerkschaft im Ostblock

In **Polen** verursachten die katastrophalen Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik eine Krise des gesamten politischen Systems. Die starken Preiserhöhungen für Lebensmittel und der Mangel an Konsumgütern lösten in den Jahren 1970/71, 1976 und 1980 Streikbewegungen aus. Die bereits schlechte wirtschaftliche Lage wurde noch verschlimmert, als Polen Ende der 70er Jahre seine Verbindlichkeiten im Westen nicht mehr begleichen konnte. Während der Streiks in der Danziger Leninwerft im Sommer 1980 entstand eine unabhängige Gewerkschaft, „**Solidarność**“ (Solidarität), ein bis dahin unvorstellbares Ereignis innerhalb eines Ostblockstaates, in dem die Kommunistische Partei das politische und öffentliche Leben dominierte. Die neue Gewerkschaft wurde von der katholischen Kirche Polens unterstützt und erhielt starken Zulauf von Arbeitern und Intellektuellen. Die kommunistische Staatsführung sah ihre Autorität immer mehr schwinden, als es zu weiteren Streikwellen kam und „Solidarność“ immer stärker auf Mitsprache bei der Gestaltung der innenpolitischen Verhältnisse pochte. Das Beispiel der polnischen Situation wurde von den so genannten volksdemokratischen Regierungen des Ostblockes als Bedrohung ihres politischen Systems betrachtet. Die Zahlungsunfähigkeit der polnischen Wirtschaft und ihre unerfüllten Verpflichtungen im Rahmen des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, auch unter der Bezeichnung COMECON bekannt) ließen Polen auch wirtschaftlich zu einer besonderen Belastung für den Ostblock werden.

Kriegsrecht, um einer Sowjetinvasion vorzubeugen



Als die Gewerkschaft „Solidarność“ im Dezember 1981 einen Generalstreik ankündigte, verhängte der Armeegeneral Jaruzelski das Kriegsrecht und bildete eine Militärregierung mit dem Ziel, das seit dem Zweiten Weltkrieg in Polen herrschende politische System zu erhalten. „Solidarność“ wurde verboten, viele ihrer Mitglieder wurden inhaftiert und andere wichen in den Untergrund aus.

Auf Dauer war es aber auch in einem kommunistisch regierten, entwickelten Industrieland Osteuropas nicht möglich, derart gegen die überwiegende Mehrheit des Volkes zu regieren oder dringend nötige Wirtschaftsreformen aufzuschieben. Ab 1986 fand langsam ein Aufweichen der starren Regierungshaltung statt. Anfang 1989 billigte dann das Zentralkomitee der KP „gewerkschaftlichen und politischen Pluralismus“ – die starren Fronten in Osteuropa zerbröselten. In der Folge kam es zu Gesprächen mit den Regimegegnern um den Solidarność-Führer Lech Walesa am so genannten „Runden Tisch“. (Kap. 11)

9.4 Von Titos selbständigem Weg zum Krieg in Jugoslawien

Während andere kommunistische Politiker nach 1945 unter dem Schutz der Sowjettruppen an die Macht gekommen waren, war es den Führern erfolgreicher Partisanenarmeen, in Jugoslawien **Tito** sowie **Hodscha** in Albanien, allein gelungen, die deutschen Besatzer zu besiegen. Sie traten daher mit ganz anderem Selbstbewusstsein gegen den unbedingten politischen Führungsanspruch der KP der Sowjetunion auf. Tito betrieb eine Politik zur Vereinigung von Albanien mit Jugoslawien; auch die kommunistischen Partisanen in Griechenland unterstützte er. Beides wurde von Stalin als Verstoß gegen seine Vormachtstellung im kommunistischen Lager gewertet. Da Jugoslawien (seit Jalta) auch von Großbritannien unterstützt wurde, führte der sowjetische Druck zum politischen Bruch zwischen Tito und Stalin.

Stalin fürchtete Titos Beispielswirkung. Deshalb ordnete er so genannte „Säuberungen“ an, denen viele führende kommunistische Funktionäre zum Opfer fielen. Nach Schauprozessen wurden sogar stellvertretende Ministerpräsidenten und andere Regierungsmitglieder zu langjährigen Haftstrafen oder zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Diese Demonstration der Macht Stalins bewog die jugoslawischen Kommunisten jedoch nicht, ihren selbständigen Weg zu verlassen. Sie entwickelten ein elastischeres Wirtschaftssystem, das den einzelnen vergesellschafteten Unternehmungen größeren Handlungsspielraum gewährt. Privaten war die Führung von Familien- und Kleinbetrieben gestattet. Innenpolitisch versuchte man den komplizierten Beziehungen der einzelnen Nationalitäten durch ein förderalistisches System von Teilrepubliken Raum zu bieten.



Säuberungen in den Ostblockstaaten

elastischeres Wirtschaftssystem in Jugoslawien

unabhängige Außenpolitik („Blockfreiheit“)

In der Außenpolitik gelang es Tito, die Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten auszunutzen, um seinem Land die Unabhängigkeit zu sichern und einen wirtschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen. Der persönliche Mut und die meisterhafte Kunst des Balancierens haben Tito im Westen und im Osten, aber auch in der Dritten Welt (unter den ehemaligen Kolonialvölkern) sowie im eigenen Land ein hohes Maß an Ansehen eingebracht. 1971 anerkannte die UdSSR Jugoslawiens Unabhängigkeit.

Titos Prestige

Innenpolitisch wurde Jugoslawien immer wieder von nationalistischen Unruhen erschüttert. Gegen das in der Verfassung festgeschriebene Prinzip der Selbstverwaltung erhoben sich immer wieder Ansprüche einzelner Nationen: Der alte Gegensatz zwischen Kroaten und Serben wurde durch politische und wirtschaftliche Faktoren noch vertieft. Nach Titos Tod 1980 verstärkten sich diese Kräfte noch. Die Krise in Jugoslawien ist weiters durch die Unwilligkeit der politischen Führung entstanden, gemeinsam mit der Wirtschaftskrise fertig zu werden.

nationale Konflikte in Südjugoslawien

1989 schränkten nationalistische serbische Politiker die **Autonomie** (Eigenständigkeit) der Provinzen Kosovo (mehrheitlich von Albanern bewohnt) ein. Auf dem darauf folgenden KP-Kongress kam es wegen der serbischen Vormachtsansprüche zum Auszug slowenischer und kroatischer Delegierter. Als Resultat von Wahlen in diesen beiden wirtschaftlich am weitesten entwickelten Teilrepubliken kommt es dort dann 1990 erstmals zu nichtkommunistischen Republikregierungen, später zu solchen auch in Bosnien-Herzegowina. Umgekehrt lösen die serbischen KP-Führer das autonome Kosovo-Parlament auf und in der kroatischen Krajina, wo die Serben die Bevölkerungsmehrheit stellten, erklären diese sich von Kroatien für unabhängig.

kritische wirtschaftliche Lage

Verschärfung des Konfliktes im Kosovo

Die mit großen Mehrheiten ausgegangenen Volksabstimmungen für staatliche Unabhängigkeit im Mai 1991 in Slowenien und Juni 1991 in Kroatien brachten als Reaktion schwere Gefechte zwischen der serbisch dominierten jugoslawischen Bundesarmee und den slowenischen Territorialverteidigungskräften. Unmittelbar an der österreichischen Grenze herrschte Krieg! Unter internationalem Druck wurde für Slowenien noch eine Lösung gefunden.

Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens

Der Konflikt verlagerte sich in das ethnisch gemischte Kroatien. Ab Sommer 1991 besetzten die Bundesarmee und serbische Tschetnikverbände etwa 40% Kroatiens, im Oktober wurde Dubrovnik belagert.

Im September versuchte die UNO, mit einem Waffenembargo (= Lieferverbot) gegen Jugoslawien den Konflikt zu beenden. Auch die EU beschloss Wirtschaftssanktionen. Deutschland anerkannte diplomatisch die Eigenstaatlichkeit Sloweniens und Kroatiens, kurz darauf auch die EU.

Daten der letzten Volkszählung 1991

YU ges.	23,5 Mio Ew.
Bosnien-Herzegowina	4,36 Mio Ew.
Muslime 43,7%, Serben 31,4%,	
Kroaten 17,3%, „Jugoslawen“ 5,5%	
Kroatien	4,76 Mio Ew.
Kroaten 77,9%, Serben 12,2%,	
Muslime 1,0%	
Mazedonien	2,03 Mio Ew.
Mazedonier 64,6%, Albaner 21,0%,	
Türken 4,8%, Roma 2,7%, Serben 2,2%	
Montenegro	0,61 Mio Ew.
Montenegriner 61,8%, Muslime 14,6%,	
Serben 9,3%, Albaner 6,6%,	
„Jugoslawen“ 4,0%	
Slowenien	1,95 Mio Ew.
Slowenen 87,7%, Kroaten 2,7%,	
Serben 2,4%, Muslime 1,4%	
Serbien gesamt	9,72 Mio Ew.
(davon Kosovo 1,9 Mio Ew.,	
Vojvodina 2,0 Mio Ew.)	
Serben 65,8%, Albaner 17,2%,	
Madjaren 3,5%, „Jugoslawen“ 3,2%,	
Muslime 2,4%, Kroaten 1,1%,	
Montenegriner 1,4%, Roma 1,4%	



aus: Fischer Weltatlas 1992, S. 95

Krieg in Bosnien

Im Frühjahr 1992 griffen die Kämpfe auf das bisher friedliche Bosnien über und entwickelten sich unter den Augen der offenbar hilflos zusehenden Europäer und der UNO zur größten und gefährlichsten kriegerischen Auseinandersetzung in Europa seit 1945!

Als Folge der Kämpfe und Kriegsgreuel, wie Hungerlager, organisierte Massenvergewaltigungen muslimischer Frauen, gezielte Vertreibungen der jeweils anderen Volksgruppe (trotz UN-Schutzzonen), entstand eine Flüchtlingswelle von fast 2 Millionen Menschen. Wie immer sind Frauen und Kinder die häufigsten Opfer. Millionen von Minen sind überall vergraben und werden noch Jahrzehnte nach der Beendigung dieses Krieges eine ständige Bedrohung bleiben.

Eingreifen der NATO in Abstimmung mit Russland

Erst im Februar 1994, nach wiederholten serbischen Artillerieangriffen auf die Zivilbevölkerung der schon monatelang belagerten Stadt Sarajewo, wurde im Auftrag der UNO unter der Führung der USA und damit der NATO militärisch mit Flugzeugen eingegriffen und eine Sicherheitszone errichtet. Frühere UN-Sicherheitszonen, wie in der ostbosnischen Stadt Srebrenica, sind von den bosnisch-serbischen Truppen überrannt und die männliche Bevölkerung liquidiert worden.

USA bringt Verhandlungslösung für Bosnien

Nach einer erfolgreichen kroatischen Offensive im Sommer 1995 entschloss sich die NATO zu Luftangriffen auf serbische Stellungen, die sich noch immer in der Sperrzone um Sarajewo befanden. Durch US-Druck konnte im Herbst im amerikanischen Ort Dayton ein Friedensabkommen für Bosnien erreicht werden. Die inzwischen als Kriegsverbrecher angeklagten serbischen Führer waren die Unterzeichner.

T 5

In einer großen humanitären Hilfsaktion spendete die österreichische Bevölkerung für die von diesem sinnlosen Konflikt am stärksten Betroffenen.

Zwei Zeitungsausschnitte aus dem Winter 1992/93:

Fünfundzwanzig LKWs und sieben Personenkraftwagen rollen Richtung Bosnien. . . .

Nun stehen wir in Ploče auf dem Gelände der Militärpolizei. Vor der Heckscheibe drei kroatische Polizisten mit der Kalaschnikow im Anschlag. Die Uniformierten geben uns zu verstehen, dass unsere Papiere nicht in Ordnung wären. Über die Weiterfahrt müsse der Kommandant persönlich entscheiden. . . .

Der Kommandant nimmt sich, was ihm gefällt. Internationaler Konvoi, CARE, größte Hilfsorganisation der Welt, internationale Presse, das alles schert ihn einen Dreck.

Dann erklärt der Mann mit den stahlgrauen Schläfen und den stahlgrauen Augen, was mir später aus Regierungskreisen bestätigt wird: Bereits in Zagreb kassieren die Kroaten von jeder Waffen- oder humanitären Hilfslieferung die Hälfte der für die Bosnier bestimmten Güter. In Herzeg-Bosna bedient sich die kroatische Militärpolizei nochmals und stets reichlich. Hinzu kommen achtunddreißig bosnische und kroatische Kontrollposten bis zum Bestimmungsort. Man könne daher durchaus von Glück sprechen, wenn ein Viertel der Lieferung Rahić erreiche.

Die Menschen hier an der Front sind auf die Reste angewiesen, die ihnen die Kroaten und Serben zum Leben lassen.

Auch wenn von 10 Schilling, die ein großzügiger Österreicher spendet, nur 2,50 Schilling ankommen.

Quelle: Bericht von R. Geher in der Kronenzeitung, 28. 2. 1993

T 6

„Die Konfliktlösungen der UNO sind am Balkan gescheitert“

Graz – Zögerlichkeit, Ratlosigkeit, Ohnmacht: Es war keine freundliche Diagnose, die Österreichs Botschafter bei den Vereinten Nationen, Peter Hohenfellner, am Wochenende in Graz bei einem Vortrag der UNO und dem Sicherheitsrat attestierte.

Hohenfellner mahnte, dass die klassischen Konfliktlösungen der UNO angesichts der neuen Gewalttherde nicht mehr ausreichen. Zum ersten Mal sei der Sicherheitsrat nach der „Ost-West-Lähmung“ zwar in der Lage zu handeln, es stelle sich aber immer mehr heraus, dass er nur „verzögert“ reagiere.



Der Standard vom 8. 5. 1999

Suchen Sie weitere Informationen zu Jugoslawien auf: <http://www.einsatz.bundeswehr.de>

Im Gegenzug wachse die Bedeutung des Sicherheitsrates ständig, weil sich noch keine regionalen Sicherheitssysteme etabliert hätten. Die zentrale Frage, ob der Sicherheitsrat überhaupt auf die neuen nationalstaatlichen Konflikte adäquat reagieren könne, bleibe offen. Hohenfellner zieht als Beispiel den Krieg in Bosnien heran, wo die klassische Methode des „peace-keeping“ nicht mehr greife. Bis heute werde, mehrheitlich von den einflussreichsten Staaten, eine gewaltvolle Friedensmission als „Einmischung in innere Angelegenheiten“ interpretiert.

Quelle: Der Standard, 11. 1. 1993

Eskalation im Kosovo

Kosovokrieg und Nato

Im „Daytonvertrag“ war, um wenigstens eine Teillösung zu erreichen, die Frage des Kosovo ausgeklammert worden. Dieses Gebiet beanspruchten die serbischen Nationalisten als „historisches Kernland“. Die albanische Mehrheitsbevölkerung war dort systematisch entrechtet worden. Die jahrelang pazifistisch (gewaltlos) tätige albanische Opposition wurde trotz ihrer Hilfsansuchen in Westeuropa nur verdrängt. 1997 begann sich die Situation zu radikalisieren. Eine albanische Befreiungsbewegung – UCK – trat immer stärker auf und die wachsende Zahl serbischer Sicherheitskräfte verstärkte ihre Unterdrückung und Vertreibungsaktionen trotz Anwesenheit von Beobachtern der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Im Unterschied zu den früheren Krisen in Jugoslawien zeigten die EU-Politiker diesmal Einigkeit und Entschlossenheit. Eine internationale Kosovokonferenz in Paris scheiterte jedoch. Eine bewaffnete UN-Aktion wurde durch ein Veto (Einspruch) von Russland und China im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen blockiert. Nach weiteren serbischen Greueln und systematischen Vertreibungen startete die NATO einen Luftkrieg gegen Milošević's Jugoslawien: Einem „Hightech-Luftkrieg des 21. Jahrhunderts“ stand am Boden ein Krieg im Stil des Dreißigjährigen Krieges im 17. Jahrhundert mit Massakern und Vertreibungen primär an der Zivilbevölkerung gegenüber. Im ersten Monat kostete die NATO-Aktion mehr Geldmittel, als in fünf Jahren die internationale Gemeinschaft in Bosnien für den Wiederaufbau aufgewendet hatte! Mit Fortdauer der Kampfhandlungen und einer Dreiviertelmillion Vertriebenen in den wirtschaftlich überforderten Nachbarstaaten Albanien und Mazedonien zeigte sich immer stärker die Notwendigkeit, Russland für eine Friedenslösung zu gewinnen und die vorher blockierte UN einzubeziehen.

Erst im Jahr 2000 gelang es der Opposition, so viele Stimmen zu erringen, dass Milošević die politische Bühne verlassen musste. 2001 kam er vor ein internationales Kriegsverbrechertribunal in Den Haag.

T 7

Zur Mitverantwortung Westeuropas beim Krieg im ehemaligen Jugoslawien heißt es im Leitartikel der „Stuttgarter Zeitung“:

„... So leicht werden die Europäer dem Hexenkessel Balkan indes nicht mehr entkommen. Sie müssen sich vielmehr sogar fragen lassen, ob sie nicht Mitverantwortung dafür tragen, dass es überhaupt so weit gekommen ist. Ihre Ohnmacht hat die Aggressoren ermuntert, ihre Zurückhaltung die Eroberer geradezu beflügelt. . . . Doch, schlimmer noch, die Europäer haben auch ihre hehren Prinzipien verraten. Auf der Londoner Konferenz im Herbst vergangenen Jahres gelobten sie feierlich, die Souveränität Bosniens bleibe unantastbar, militärisch geschaffene Tatsachen würden nicht hingenommen. Und auch der deutsche Außenminister Kinkel erklärte vollmundig, man werde die ‚ethnischen Säuberungen‘ niemals akzeptieren. Auf der Genfer Konferenz war davon schon keine Rede mehr. Kein Wort fiel dort über die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen. Die Kriegsverbrecher, die man vor Gericht zu stellen ge-

droht hatte, lud man an den Konferenztisch. Vielleicht ging es ja auch nicht anders. Damit aber nicht genug: Der Plan von Vance und Owen, Bosnien-Herzegowina in ethnische Provinzen aufzuteilen, spricht den Zielen hohn, die im vergangenen Jahr verkündet wurden. Die Unterhändler haben dabei den Weg des geringsten Widerstands gewählt und sind den militärisch starken Parteien, den Serben und Kroaten, weitgehend entgegengekommen. Diejenigen aber, die in diesem Krieg vor allem die Leidtragenden gewesen sind, macht der Plan zum zweitenmal zu Opfern: Den Muslimen, der größten Volksgruppe Bosniens und der einzigen, die sich für einen gemeinsamen bosnischen Staat gleichberechtigter Nationen ausgesprochen hatte, wird nicht viel mehr als ein Ghetto in Zentralbosnien zugedacht. . . .“

Quelle: Stuttgarter Zeitung, 28. 1. 1993

T 8

Szenenwechsel nach Ostbosnien, das mit Ausnahme der ebenfalls jahrelang eingekesselt gewesenen Stadt Gorazde mehrheitlich moslemisch war und besonders brutal serbisch gemacht worden ist. Vorn auf der Straße kurvt immer wieder ein UNO-Laster vorbei, in dem sicher kein UNO-Fahrer sitzt.

Später erfahren wir dann, dass sich das Café an der Ul. Marsal Tito 13 der berühmte und vom Den Haager Kriegsverbrechertribunal wegen 400 massakrierter Menschen dringend gesuchte Tschetnikführer Milan Lukic unter den Nagel gerissen hat. Die eigentliche Eigentümerin des Cafés lebt als Bosnienflüchtling in Österreich und es ist nicht daran zu denken, dass sie heimkehren oder vom Kriegsverbrecher Lukic gar ihr Eigentum zurückfordern kann. Derweil wird Milan Lukic ohnehin von der UNO „gesucht, um ihn nach Den Haag zu bringen“. Dass er in Visegrad Ul. Marsal Tito 13 Cafeteria spielt, seine freundlichen Kellner Leibwächter sind und er noch immer seinen Tschetnik-Trupp (auch in gestohlenen UNO-Lastern) dirigiert, wüssten eigentlich alle. Aber das ehemals zu zwei Dritteln der Bevölkerung moslemische Visegrad ist eben eine letzte Hochburg der Tschetniks.

Quelle: OÖN, 14. 4. 1998

T 9

Eine dänische Zeitung beschäftigt sich mit den Sanktionen der Internationalen Kontaktgruppe gegen Belgrad:

Die bescheidenen diplomatischen und wirtschaftlichen Sanktionen, die nach den Massakern in der Kosovo-Provinz von der Internationalen Kontaktgruppe gegen Serbien-Montenegro verhängt wurden, dürften auf Präsident Slobodan Milošević kaum Eindruck machen. Er hat auch keinen Grund zu größeren Sorgen, solange die Blockade der Bundesrepublik Jugoslawien ohne jede Hemmung von Russland und Griechenland gebrochen wird. Da muss man sich schon freuen, dass die beiden Länder wenigstens nicht genug Geld haben, um die schwache serbische Wirtschaft zu stützen. Dafür kann Milošević, wenn er auch an der Heimatfront derzeit leicht geschwächt wirkt, mit dem fanatischen Nationalismus der Serben rechnen.

Quelle: Politiken, 12. 3. 1998

„Belgrad bombardiert Dörfer im Kosovo: Washington und London planen Natoeinsatz“

Quelle: Schlagzeile aus „Die Presse“, 8. 6. 1998

Im März 1999 erfolgte dann ein 11-wöchiges Natobombardement . . .

Kalter Krieg und Teilung

9.5 Rüstungswettlauf und Abrüstungsbemühungen

In der ersten Phase des Kalten Krieges ist die wirtschaftliche Teilung Europas vollzogen worden: Der marktwirtschaftlichen Ordnung im westlichen Einflussbereich wurde die Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Modellen entgegengesetzt. Zur Koordinierung der US-amerikanischen Wiederaufbauhilfe (ERP, nach seinem Initiator auch „Marshallplan“ genannt) ist die OEEC (Organization for European Economic Cooperation) gegründet worden (siehe Kapitel 10.2). Stalin verbat seinen östlichen Satellitenstaaten die Teilnahme an diesem Programm. Als östliches Gegenstück sollte der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ die Zentralverwaltungswirtschaften der neuen Volksdemokratien Osteuropas koordinieren und stärken.

Militärblöcke

Die militärische Blockbildung erfolgte im Zuge der Blockade West-Berlins 1948/49. 1949 wurde daraufhin das militärische Bündnis des Westens, die „Nordatlantische Verteidigungsorganisation“ (**NATO**), gegründet. Im Osten schloss die Sowjetunion zunächst Freundschafts- und Beistandsverträge, ehe sie als Reaktion auf den Nato-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland 1955 den „Warschauer Pakt“ unter Einbeziehung der DDR gründete. Vergleiche Kapitel 9.1, Die Teilung Deutschlands.

Rüstungswettlauf

Die auch in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg vorangetriebene Entwicklung von Atomwaffen beendete den Alleinanspruch der USA auf diese furchtbare Waffe. Die Rüstungsspirale begann sich immer schneller zu drehen. Bei Atomtests sowohl in den USA als auch in der Sowjetunion wurden bis Anfang der 70er Jahre Hunderte von Soldaten und Zivilisten bewusst (zu Versuchszwecken) aufgrund fehlender Sicherheitsvorkehrungen oder durch nicht vorhergesehene Ereignisse von radioaktiver Strahlung geschädigt. Ganze Landstriche wurden radioaktiv verseucht.

Kubakrise bewirkt erstes Umdenken

Erwogen US-amerikanische Militärs schon im Koreakrieg, Atomwaffen einzusetzen, so stand die Welt 1962 anlässlich der Kubakrise am Rande eines Atomkrieges: Auf der Karibikinsel **Kuba** war einige Jahre zuvor eine Partisanenbewegung unter dem Rechtsanwalt **Fidel Castro** an die Macht gekommen. Castro führte Boden- und Wirtschaftsreformen durch. Das berührte Interessen amerikanischer Kapitalgesellschaften. Der wirtschaftliche und diplomatische Druck der USA trieb Castro in das Lager der Sowjetunion. Der sowjetische Parteichef Chruschtschow nützte die Beziehungen zu Kuba, um dort Raketenabschussrampen bauen zu lassen. Der US-Präsident Kennedy forderte gegenüber dieser Bedrohung der USA den Abbau der Raketenbasen und drohte mit militärischen Maßnahmen. Chruschtschow ließ daraufhin die Rampen wieder entfernen.



„Einverstanden, Herr Präsident, wir wollen verhandeln . . .“



Am 8. November 1960 gewann der Kandidat der Demokraten, John Fitzgerald Kennedy, die US-Präsidentenwahlen und leitete eine Periode dynamischer, aber auch risikenreicher amerikanischer Außenpolitik ein.

www-Tipp

<http://www.kssursee.ch/schuelerweb/kalter-krieg/kk/kubakrise.htm>

1962 „heißer Draht“

Die Entspannung zwischen den beiden Supermächten begann mit einer Vereinbarung über einen so genannten „heißen Draht“. Dieser wurde als das wichtigste Ergebnis eines Treffens zwischen den Spitzenpolitikern der USA und UdSSR, Kennedy und Chruschtschow, und deren Lehren aus der Kubakrise Anfang der sechziger Jahre installiert.

Zwischen 1962 und dem nächsten wichtigen Meilenstein der Entspannung und Abrüstungspolitik lagen mittlerweile bereits zehn Jahre Abrüstungsverhandlungen in Genf.

1972 atomare Rüstungs-obergrenzen

Der amerikanische Präsident Richard Nixon und Leonid Breschnew einigten sich schließlich 1972 auf atomare Rüstungsobergrenzen, was zwar das Wettrüsten nur bremste, aber atmosphärisch den so genannten Entspannungsprozess einleitete.

Baumeister der neuen US-Außenpolitik war Amerikas Außenminister Henry **Kissinger**. Er beendete nicht nur den Vietnamkrieg, sondern lud auch beide Militärblöcke ein, ein Grundsatzabkommen zu vereinbaren. 1975 unterzeichneten in Helsinki alle Nato- und Warschauer-Pakt-Staaten sowie die blockfreien und neutralen Staaten Europas die „KSZE-Schlussakte“, die die Grundsätze für Menschenrechte, sichere Grenzen und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa festschrieb.

1975 KSZE

Militärisch sollte das Vertrauen gestärkt werden, bevor man abrüsten wollte. Auf dieser Basis unterzeichneten Präsident Carter für die USA und Breschnew für die UdSSR 1979 in Wien einen neuen Vertrag zur Begrenzung der strategischen Rüstung (der Interkontinentalraketenarsenale) – **SALT II**.

SALT II

Im Prinzip gab es bald Bedenken, ob denn noch die Voraussetzungen stimmten, denn in Nato-Kreisen in Europa vermutete man mit Sorge, dass die beiden Supermächte einander schonten, Mitteleuropa aber von einem neuen Typ sowjetischer Waffen bedroht würde, den SS-20-Mittelstreckenraketen. Die Sowjets hatten diese bereits vor den Verhandlungen mit den USA zu entwickeln begonnen.

Nachrüstung in Europa

Die Nato reagierte im Jahr der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrages mit dem Brüsseler Doppelbeschluss: Nachrüsten mit Pershing-II-Mittelstreckenraketen bei gleichzeitigem Bemühen, die Abrüstungsverhandlungen in Europa fortzusetzen.

Friedensbewegung

Der Rüstungswettlauf, der nun wieder begonnen hatte, fand jedoch in den demokratisch regierten Staaten Westeuropas massive Gegner. Wenn Raketen-truppen von den USA kommend landeten, dann in den folgenden Jahren nie ohne große Protestdemonstrationen einer wachsenden Friedensbewegung.

Anfang der 80er Jahre waren ganz Westeuropa und die Warschauer-Pakt-Staaten bis Moskau Zielgebiete der neuen Mittelstreckenraketen. Die Angst vor einem atomaren Krieg beunruhigte die Westeuropäer in ihrer täglichen politischen Diskussion immer mehr.

Amerikas neuer Präsident Ronald Reagan versuchte als Antwort die Entwicklung von SDI, einem „Schutzschild“ gegen sowjetische Raketen im Weltraum, als Druckmittel gegen die Sowjets bei den Genfer Abrüstungsgesprächen einzusetzen.

Abrüstungsverhandlungen

In Moskau kam 1985 ein neuer Mann an die Macht – Michail Gorbatschow. Gorbatschow vertrat die Ansicht, dass ein weiteres Wettrüsten die Sowjetunion wirtschaftlich zugrunde richten würde. Aus ökonomischen und pazifistischen Gründen schlug Gorbatschow bei Verhandlungen vor, alle Atomraketen zu verschrotten.

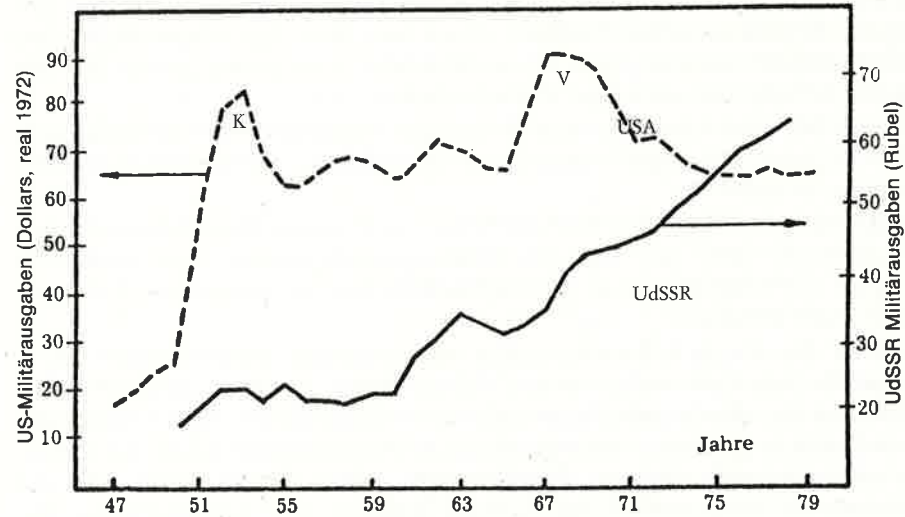


Michail Gorbatschow
Ronald Reagan

Auch der Präsident der USA stand unter wirtschaftlichem Druck, bei Rüstungs- und Verteidigungsausgaben zu sparen. Die Supermächte einigten sich schließlich auf die weltweite Beseitigung der Mittelstreckenraketen. Seit 1988 werden sie im Beisein von Kontrolloren der jeweils anderen Seite zerschnitten und gesprengt.

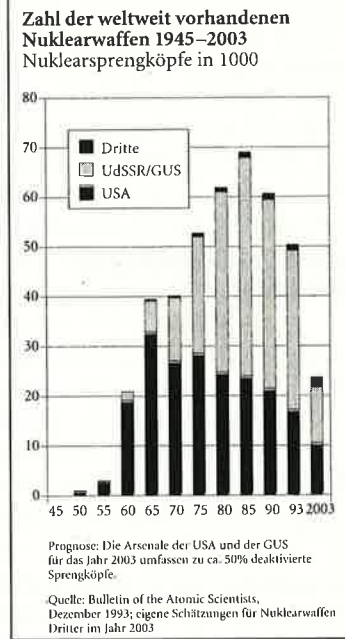
Gorbatschows Außenpolitik gegenüber den USA und Westeuropa, der Zusammenbruch der osteuropäischen Staatengemeinschaft im Laufe der Jahre 1989/90 und die Vereinigung Deutschlands ermöglichten auch Fortschritte der Abrüstung. Beim KSZE-Gipfeltreffen in Paris wurde eine „**Charta für ein vereintes Europa**“ unterzeichnet. Seit 1995 bildet die KSZE als OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) eine regionale Einrichtung der UNO.

Militärausgaben der Supermächte



Anmerkung: Hinweise zu den verwendeten Daten S. Nincic 1982.
K = Koreakrieg, V = Vietnamkrieg.

Quelle: SIPRI Jahrbuch.



Prognose: Die Arsenale der USA und der GUS für das Jahr 2003 umfassen zu ca. 50% deaktivierte Sprengköpfe.
Quelle: Bulletin of the Atomic Scientists, Dezember 1993; eigene Schätzungen für Nuklearwaffen Dritter im Jahr 2003

T 16

Eine der schlimmsten Hinterlassenschaften der modernen Kriegsführung

Die kleinsten und billigsten Minen wiegen gerade ein Kilogramm, sind nicht größer als eine Grapefruit, kosten nur ein paar Mark und können von Leuten in einem Hinterhof produziert werden, die wissen, wie man Feuerwerkspulver und eine Zündkapsel zusammenbauen kann. Viele Länder Asiens und Afrikas sind von Millionen Landminen – Schätzungen reichen von 60 bis 100 Millionen – übersät. Die meisten Minenopfer in der Dritten Welt sind Zivilisten, die Hälfte Frauen und Kinder. Ungefähr alle dreißig Minuten tritt irgendwo in der weiten Welt ein Mensch auf eine Mine und wird dabei lebensgefährlich verletzt. Ungefähr tausend Opfer pro Monat, so haben Fachleute internationaler Organisationen errechnet. Monat für Monat, Jahr für Jahr, ohne ein Ende in Sicht.

In fast 40 Prozent der Fälle von Minenverletzungen, mit denen es Mitarbeiter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in den Jahren 1991 und 1992 in ihren Kliniken zu tun hatten, wurden Amputationen an beiden Beinen nötig. Nur in

18 Prozent der Fälle konnte die Amputation auf ein Bein beschränkt werden.

In ordentlichen Armeen sind Minen hauptsächlich zu dem als legitim geltenden Zweck vorgesehen, vor Panzerangriffen zu schützen. Aber solche Minen sind auch entsprechend teuer – tausend Mark und mehr pro Stück.

In den Ländern, in denen die Konflikte in der Art des Kleinkrieges mit irregulären oder halbregulären Kämpfern geführt werden, gibt es weder ordentliche Minenpläne, noch Vermessung und Markierung der Minenfelder, noch Minen mit Selbstzerstörung, noch viel Respekt für das Kriegsvölkerrecht – und nach dem Krieg auch kein Geld für die systematische Minenräumung. Es kostet dann im Durchschnitt vierstelligen Dollar-Beträge, um eine einzige dieser nicht kartographierten Minen, die zum Preis von wenigen Dollar erworben wurde, aufzuspüren und zu entschärfen. Die ärmsten Länder leiden am meisten unter dem Fluch dieser Art Kriegsführung.

Quelle: FAZ, 24. 1. 1994

T 17

Bis zum Jahr 2007 sollen C-Waffen von der Erde gebannt sein; in Den Haag wurde die erste Konferenz zur Umsetzung der Chemiewaffenkonvention eröffnet.

Bisher haben 88 Staaten, darunter auch Österreich, dieses UNO-Abkommen ratifiziert. Die USA und China bestätigten den Vertrag in letzter Minute. Russland, das über eines der größten Chemie-

waffenarsenale der Welt verfügt, hat diesen Schritt noch nicht gesetzt. Auch Nordkorea, Libyen, Syrien, der Iran und der Irak, Länder, die vermutlich allesamt über chemische Kampfstoffe verfügen, haben den Vertrag bisher nicht angenommen.

Quelle: Die Presse, 7. 5. 1997

T 18 Bis 430.000 Krebsopfer als Folge der oberirdischen Atomtests

Bis zum Jahr 2000 werden insgesamt bis zu 430.000 Menschen an einer Krebserkrankung leiden oder gestorben sein, die durch den radioaktiven Niederschlag oberirdischer Atombomben-Versuche verursacht worden ist. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der „Internationalen Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges“ (IPPNW). Die Wahrscheinlichkeit, an einem durch radioaktiven Fallout bedingten Krebsleiden zu erkranken, ist, so die Forschergruppe weiter, besonders hoch in Zentraleuropa, den USA und weiten Teilen der UdSSR und Chinas. In diesen Regionen liegt das Risiko bei 0,018 Prozent, 180 Fälle auf 1 Mio. Einwohner. Die IPPNW-Studie weiter: Gehe man von dem erwarteten Anstieg der Weltbevölkerung aus und „legt eine lineare Dosis-Wirkungs-Beziehung zugrunde, können bis zum Ende dieses Jahrhunderts sogar über 2 Mio. Menschen weltweit an einem durch den Fallout oberirdischer Atomtests ausgelösten Krebsleiden erkrankt sein“. Die größte dauerhafte radioaktive Belastung für die Gesundheit der Menschen geht, so die elfköpfige Forschergruppe weiter, von dem Isotop Carbon-14 aus. Etwa 85 Prozent der gesamten Strahlenbelastung werden durch dieses Isotop verursacht, das eine Halbwertszeit von 5.730 Jahren hat. Dieses bei Kernkraft-Tests freigesetzte Element wird die Weltbevölkerung der Studie zufolge noch einige tausend Jahre gesundheitlich beeinträchtigen und Krebserkrankungen auslösen.

Quelle: Frankfurter Rundschau, 12. 1. 1991

T 19 Am Höchststand der Aufrüstung zwischen den Blöcken

Der Punkt in der Mitte repräsentiert die gesamte Sprengkraft aller Waffen des 2. Weltkrieges, die übrigen Punkte stellen die gesamte atomare Sprengkraft, die 1984 verfügbar war, dar: 18.000 MT (Megatonne = 1.000.000 Tonnen) TNT (Trinitrotoluol = traditioneller Sprengstoff) oder 6.000-mal der 2. Weltkrieg; dies entspricht einer 70fachen Overkill-Kapazität – Overkill ist jene Menge an Zerstörungskraft, um einmal das gesamte Leben auf der Erde auszulöschen!

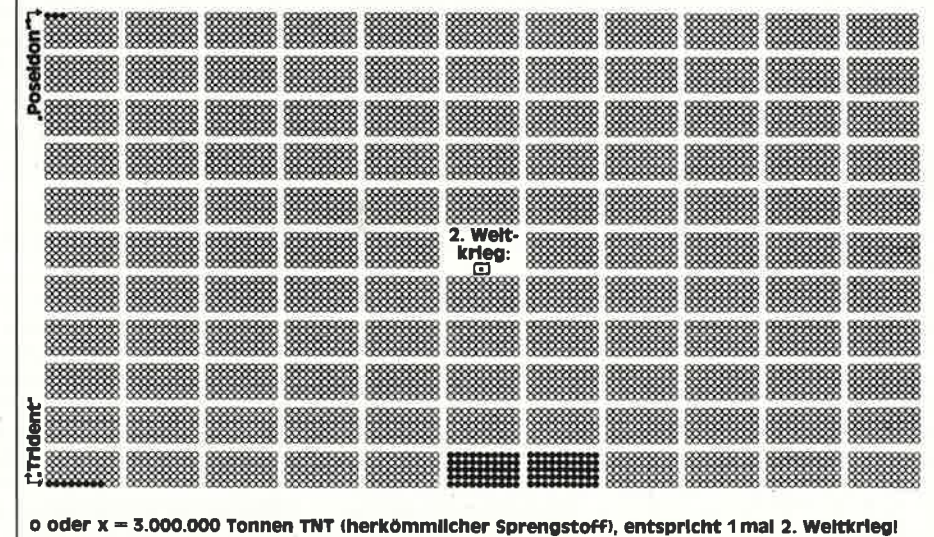
Jeder Block umfasst 50 Punkte. Ein Punkt entspricht 3 Megatonnen TNT.

Die 3 Punkte links oben entsprechen der Zerstörungskraft eines einzigen Poseidon-U-Bootes (9 Megatonnen oder 3-mal 2. Weltkrieg, die 8 Punkte links unten der eines einzigen Trident-U-Bootes (24 Megatonnen oder 8-mal 2. Weltkrieg). Damit könnte man jede Stadt der nördlichen Hemisphäre zerstören, was unmittelbar (d. h. ohne Folgeschäden) 440 Millionen Tote bedeuten würde. Nur zwei Blöcke dieser Tafel unten Mitte – entsprechen 300 Megatonnen – genügen, um alle großen und mittelgroßen Städte der Erde auszulöschen.

Die atomare Zerstörungskraft der USA und der Sowjetunion halten sich in etwa die Waage. Ist es trotzdem „sinnvoll“, atomar aufzurüsten?

Quelle: Medienmappe Frieden 2, ÖBV

Das derzeitige nukleare Waffenpotential (Stand 1984):



o oder x = 3.000.000 Tonnen TNT (herkömmlicher Sprengstoff), entspricht 1 mal 2. Weltkrieg!

T 20

Triumph der Geopolitik

Die Mailänder Zeitung „Corriere della Sera“ beschäftigt sich am Montag mit dem Konzept der USA für eine neue Weltordnung: „Amerika will die einzige Supermacht auf der Welt bleiben und die Phase nach dem Ende des Kalten Krieges auf eine Weise kontrollieren, dass mögliche Widersacher wie Japan oder Europa die hegemoniale Rolle der USA nicht in Frage stellen. Also wird abgerüstet, aber nicht zu viel, und es wird Interventionen zum Schutz der Interessen der Alliierten geben, um die eigene Vormacht unter Beweis zu stellen (...)

Dieses Konzept der neuen Weltordnung weist damit die Vorstellung eines kollektiven Internationalismus zurück, wie sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstanden ist. Die UNO wird kaum erwähnt. Und die NATO bleibt ein Instrument zur Beeinflussung Europas, wo die USA die Entstehung eines autonomen militärischen Pols verhindern wollen. Es ist der Triumph der geopolitischen Tradition, die auf militärischer Vorherrschaft basiert, über das geo-ökonomische Konzept, das von der Dominanz der Welt der Wirtschaft ausgeht.“

Quelle: Luxemburg-Wort, 9. 3. 1992

T 21

Das Ende der alten Ordnung – Das Gleichgewicht des Schreckens hat ausgedient

Die Entscheidung Washingtons, ein Raketenabwehrsystem zum Schutz gegen „begrenzte“ Angriffe zu entwickeln und aufzustellen, beendet die Ära der großen Abrüstungsverträge zwischen Washington und Moskau. Auch wenn US-Kongress und Präsident versichern, dieses Abwehrsystem sei nur gegen „Schurkenstaaten“ wie Nordkorea oder Iran gerichtet, ist nicht zu übersehen, dass der künftige Abwehrschirm sich auch gegen Moskaus atomare Restkapazitäten und Chinas stetig wachsendes Atomarsenal richtet. Das heilige Prinzip des Kalten Krieges, die atomare Abschreckung, wird damit außer Kraft gesetzt.

Aus Sicht der USA ist dies verständlich. Warum sollte die einzig verbliebene Weltmacht auch weiter Rücksicht auf ein Russland nehmen, dessen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf die der Niederlande geschrumpft ist, das am Tropf westlicher Finanztransfusionen hängt und dessen militärische Kapazität vom Rost zernagt wird?

Der Untergang der UdSSR und der Verfall Russlands reduzieren zwangsläufig auch das Gewicht jenes Forums, in dessen Rahmen der Ost-West-Konflikt politisch ausgetragen wurde: die UNO. Der Bedeutungsverlust der Weltorganisation tritt immer deutlicher zutage. Spielte sie im Konflikt mit dem Irak zunächst noch eine Schlüsselrolle, ist sie heute weitgehend auf jene eines Zuschauers reduziert. Ganz ähnlich die Entwicklung auf dem Balkan. Spielte die UNO bei den Versuchen, die Folgen des blutigen Zerfalls Jugoslawiens zu begrenzen, zunächst noch eine dominierende Rolle, wurde sie aufgrund ihres völligen Versagens zunehmend beiseite geschoben, um schließlich in der Kosovokrise ebenfalls auf den Zuschauerrängen zu landen. Die USA sind trotz ihres wirtschaftlichen Erfolgs, ihrer technologischen und militärischen Ausnahmestellung nicht in der Lage, allein alle weltpolitischen Bürden zu schultern. Daher ihr Versuch, die Europäer via Nato stärker in die internationale Pflicht zu nehmen.



Quelle: Die Presse: 25. 3. 98: ... ein B-23 Stealth-Bomber („Tarnkappenbomber“). Kosten: 2 Milliarden US \$ pro Stück

10 Auf dem Weg zu einem vereinten Europa?

Von den europäischen Mächten waren in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwei Katastrophen mit weltweiten Folgen ausgegangen. Mit der Teilung der Welt in zwei Blöcke in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelten europäische Politiker die Idee einer Integration. Durch dieses Friedensprojekt wurde ein wirtschaftlicher Aufschwung sondergleichen erzielt und in Folge dessen im Raum Westeuropas eine bisher in seiner Geschichte noch nie erreichte dauerhafte Friedensphase eingeleitet.

- Achten Sie beim Ausarbeiten des folgenden Kapitels darauf, wie politische Ideen – nämlich in kleinen Schritten – zuerst wirtschaftlich durchgesetzt wurden und werden.
- Lassen Sie dabei auch immer wieder einfließen, was Sie bisher in anderen Fächern, wie etwa Geografie, über die europäische Integration gelernt haben – beachten Sie auch die aktuellen Medienberichte!
- Zur Vertiefung empfehlen wir Ihnen folgende Links:
www.wienerzeitung.at/frameless/eu.htm
www.europa-digital.de

www-Tipp

10.1 Die Idee des Europarates und die Wirtschaftshilfe des Marshallplanes

Beeinflusst von einigen Intellektuellen, die von der Idee eines gemeinsamen, übernationalen Europa, von „Vereinigten Staaten Europas“ träumten, hielt Winston Churchill im September 1946 an der Universität Zürich eine viel beachtete Rede, in der er zur Überraschung der Zuhörer forderte, Deutschland nicht (wie 1919) niederzuhalten, sondern politisch wieder aufzurichten. Deutschland müsse mit Frankreich versöhnt werden. Um diesen künftigen Freundschaftsbund sollten sich alle jene europäischen Staaten scharen, die daran mitarbeiten wollten. Auf diese Weise würde ein demokratischer Friedensblock von 300 bis 400 Millionen Menschen entstehen, „und (der) innerhalb von wenigen Jahren Europa so frei und glücklich machen könne, wie es die Schweiz ist“. Allerdings, so warnte er, werde die Zeit zur Verwirklichung solcher Ziele knapp bemessen sein. Noch lebe der Westen unter dem Schutz des alleinigen Besitzes der Atombombe. Doch bald werde auch die Sowjetunion über diese Waffe verfügen (→ 1949) und dann werde es nicht mehr möglich sein, diese Politik beliebig zu gestalten.

Churchills „Europa-Rede“ fand außerordentliche Beachtung und engagierte Parlamentarier verschiedener Länder schufen bis 1949 eine übernationale, freiwillige, europäische Diskussionsplattform – den **Europarat**. Das Sekretariat wurde symbolisch in Straßburg installiert. In jener Stadt, die jahrhundertlang der Zankapfel zwischen Frankreich und Deutschland gewesen war! Die nationalen Parlamente entsenden seither Abgeordnete in eine „Beratende Versammlung“, ihre Außenminister treffen in einem „Ministerausschuss“ zusammen.

Abgeordnete und Ministerausschuss arbeiten Empfehlungen aus. Sie sind zwar nicht bindend, haben aber für die Mitgliedstaaten (ursprünglich 10, seit 1950 auch Deutschland, 1956 Österreich) moralisch bindenden Charakter.

Sie setzten sich seither in über 170 Konventionen (= gemeinsame Beschlüsse) für Demokratie, Menschenrechte, Bildung und Kultur ein. Es wurde u.a. der „Europäische Gerichtshof für Menschenrechte“ gegründet.

„Vereinigte Staaten Europas“



Europarat 1949

Empfehlungen

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

www.echr.coe.int



Amerikanisches Werbeplakat für den Marshallplan, 1948

1947 ERP – „Marshallplan“

Geldgeschenke ... für einen Kapitalstock ...
 ... Abbau von Handelshemmnissen

OECD

Der Europarat war und ist der Vorreiter bei der Annäherung der mittel- und osteuropäischen Länder an die westeuropäischen Demokratien. Seit dem Fall des „Eisernen Vorhanges“ ist die Mitgliederzahl auf über 50 gestiegen. Die Flagge des Europarates – blauer Grund mit 12 gelben Sternen – wurde zum Fahnsymbol der EU.

Zur gleichen Zeit, als die Vorbereitungen zur Errichtung eines „Europarates“ begannen, erklärte der US-Außenminister George Marshall in einer Rede, dass der beste Weg, das Vordringen des Kommunismus in Europa zu verhindern, eine großzügige finanzielle Hilfe sei. Diese würde durch Wachstum und Gesundung der Wirtschaft auch soziale Spannungen beseitigen. Der Wettkampf der politischen Systeme um die Herzen der stimmberechtigten Bürger bekam damit einen wirtschaftlichen Hintergrund (Kap. 9).

Der **Marshallplan** (ERP – European Recovery Program) brachte von 1947 bis 1950 13 Milliarden US-Dollar an Geld- und Warengeschenken aus den USA auf, um dieses Ziel zu erreichen. Die gespendeten Mittel mussten von den beteiligten Regierungen in ihren Ländern zu günstigen Konditionen weitergegeben werden. Das zurückfließende Kapital (+ Zinsen) musste für weitere volkswirtschaftlich bedeutsame Investitionen bereitgestellt werden. Außerdem drängten die USA darauf, Handelsschranken zwischen den Teilnehmerstaaten abzubauen. Durch die ERP-Hilfe wurde auch der amerikanischen Wirtschaft die Umstellung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft erleichtert. Sie konnte in der Folge ihren Einfluss auf die europäischen Märkte sichern. Der US-Dollar wurde zur Leitwährung der westlichen Staaten und der Weltwirtschaft.

Eine eigene Organisation, die **OEEC** (Organization of European Economic Cooperation) in Paris, bemühte sich neben der Kontrolle der Geldmittel auch um die multilaterale (d. h. auf vielen Ebenen; anstelle zweiseitig = bilateral) wirtschaftliche Zusammenarbeit der 17 Mitgliedstaaten und des Abbaues von Handelshemmnissen. Nach Abschluss der ersten Wiederaufbauphase entstand daraus 1961 die **OECD** (Organization of Economic Cooperation and Development), der heute die westlichen Industrieländer – neben den ehemaligen Marshallplan-Ländern auch die USA, Kanada und Australien – angehören. Ihre Hauptaufgabe ist die Sicherung der Währungsstabilität, die Förderung des Welthandels und die Förderung der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Ihre jährlichen Berichte über die wirtschaftliche Lage ihrer Mitgliedsländer sind für die Einschätzung der Wirtschaftskraft (z.B. Kreditwürdigkeit) von Bedeutung.

Marshall-Plan-Mittel	1948–1952 (in Mio \$)	EW in Mio. 1950	Index 1947*)
Belgien und Luxemburg	517	8,5	77
Deutschland (westl. Zone)	2219	47,6	22
Frankreich	2037	40,0	75
Griechenland	657	7,6	44
Großbritannien	2578	48,8	101
Italien	1123	47,1	54
Niederlande	795	9,6	62
Türkei	229	20,9	k.A.
Österreich	500	7,0	k.A.

(d. h., Österreich bekam das Vierfache der nach 1918 gegebenen Hilfe, 52% der ERP-Hilfe floss in Industrieinvestitionen – 80% davon nach Westösterreich)

*) Index Industrieproduktion 1938 = 100

10.2 Vom gemeinsamen Markt zur Europäischen Union

1950 schlug der französische Außenminister Robert **Schuman** dem Europarat vor, eine übernationale Behörde zu schaffen, um die deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion unter gleichen Wettbewerbsbedingungen für den Wiederaufbau zu koordinieren. Die Regierungen Deutschlands, Italiens, Frankreichs und der Beneluxstaaten (die Exilregierungen von Belgien, den Niederlanden und Luxemburg hatten schon während des Zweiten Weltkrieges beschlossen, eine Zollunion vorzubereiten) gingen auf diesen Vorschlag ein und schlossen einen Vertrag, der 1952 in Kraft trat.

1950: Idee der Montanunion



General de Gaulle beim deutschen Kanzler Adenauer, Empfang durch die deutsche Bevölkerung



Fusion der Schwerindustrie verhindert Kriege

Schuman, der als Bürger Lothringens den Ersten Weltkrieg als deutscher, den Zweiten als französischer Offizier mitgemacht hatte, war zur Überzeugung gekommen, dass die Fusion der Schwerindustrie zukünftige Kriege der beteiligten Staaten untereinander unmöglich mache. Gemeinsame Wirtschaftsinteressen würden eine nationale Ausrichtung der Rüstungsindustrie verhindern und den Wiederaufbau der Wirtschaft begünstigen.

1954: Idee der Verteidigungsgemeinschaft scheitert

Die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (Montan-Union) schlug ihren Sitz in Luxemburg auf. Die europäischen Politiker, die sich für die europäische Einigung einsetzten, hofften als nächsten Schritt eine europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) schaffen zu können. Dieser Versuch scheiterte jedoch 1954 am Widerstand des französischen Parlaments.

1957: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, EWG

Im folgenden Jahr beschlossen die Außenminister der sechs Staaten in Messina, die Vereinigung der nationalen Wirtschaften durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes fortzusetzen. Gleichzeitig wollten sie versuchen, andere Staaten, besonders Großbritannien, einzubeziehen. 1957 kamen die „Römischen Verträge“ zustande, in denen die Mitglieder der Montan-Union die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ und die „Europäische Atomgemeinschaft“ gründeten.

die Europäische Freihandelszone, EFTA

Großbritannien und die skandinavischen Staaten waren zunächst noch ferngeblieben. Um sich jedoch die Vorteile eines größeren Marktes zu sichern, schlossen sich Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Österreich, die Schweiz und Portugal in der so genannten „Kleinen Freihandelszone“ (EFTA – European Free Trade Association) zusammen, ohne eine supranationale (lat. supra = über) Behörde ins Leben zu rufen. Sie begannen vielmehr mit einem stufenweisen, wechselseitigen Abbau der Zölle. Später (1973) schlossen sich Großbritannien, Irland und Dänemark doch dem Gemeinsamen Markt an. Die supranationale Behörde des Gemeinsamen Marktes, für den sich die Bezeichnung „Europäische Gemeinschaft“ (EG) durchsetzte, befindet sich in Brüssel. Da die Behörde der Europäischen Gemeinschaften begrenzte Regierungsfunktionen ausübt, wurde ihr ein Parlament als Kontrollorgan zur Seite gestellt. Seit 1979 werden die Abgeordneten zum Europäischen Parlament in Straßburg – anders als beim Europarat – von den Bürgern der Mitgliedstaaten direkt gewählt.

1973: Europa der Neun, EG

1986: die Zwölfergemeinschaft durch die Süderweiterung

Nach der Ausweitung der EG auch auf die südeuropäischen Staaten Spanien und Portugal und kurz danach Griechenland trat zunächst eine Festigungsphase innerhalb der Gemeinschaft ein. 1994 ist die vollständige Etablierung eines freien Binnenmarktes innerhalb der Mitgliedstaaten erreicht

EG-Binnenmarkt der 12, ab 1994

wörden, wozu eine Unzahl von Gesetzen und Verordnungen geändert bzw. angeglichen werden musste.

Das Binnenmarktkonzept war in seinen Grundzügen nichts anderes, als bereits 1957 mit den „Römischen Verträgen“ als Ziel vereinbart worden war, aber erst in langwierigen Schritten mit den „vier Freiheiten“ (freier Waren-, freier Personen-, freier Kapital- bzw. freier Dienstleistungsverkehr) 1994 erreicht wurde.

Maastricht 1991

Das Ziel einer **Europäischen Union** (EU statt EG), d. h. einer engeren Ausformung der Gesamtheit aller Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten, wurde nach Verhandlungen in dem nach der niederländischen Stadt **Maastricht** benannten Vertrag von den 12 Regierungschefs beschlossen. Seine Umsetzung soll sich bis über das Ende des 20. Jahrhunderts hinziehen und ist in ihren Konsequenzen in einigen EU-Staaten umstritten sowie in der Durchsetzung steten Anpassungen und Diskussionen unterworfen – wie der Zeitungsartikel T 1 auf Seite 158 zeigt.

Währungsunion nach 1999/2002

Der europäische Integrationsprozess erhielt durch die Anerkennung der „**Maastrichtverträge**“ in den einzelnen Parlamenten der EU-Staaten eine weitere Verstärkung. Die wichtigste Grundüberlegung zur europäischen Integration, nämlich die feste Einbindung eines demokratisch regierten Deutschlands in ein gemeinsames Europa, sollte ökonomisch endgültig abgesichert werden. Die dafür notwendigen wirtschaftlichen Zielvorgaben werden aber zunächst von nur ganz wenigen Ländern erreicht. Für eine darin angestrebte **Währungsunion** sollten die Inflationsrate unter 3%, das Budgetdefizit unter 3%, die langfristigen Zinsen unter 8,7% und die öffentliche Verschuldung unter 60% des BIP liegen. Mitte 1994 wurde daher die Diskussion über die zukünftige Entwicklung einer 370 Mio. Einwohner umfassenden Gemeinschaft (mit 7% der Weltbevölkerung, aber 31% der Weltwirtschaftsleistung) verstärkt. Kritik wurde laut, dass es sich dabei rein um Kriterien der Geldwertstabilität handle und das wachsende Problem der Arbeitslosigkeit trotz Politikeraussagen keinen Stellenwert als Kriterium bekommen hat.

der Euro – €

Mit harten Sparpaketen zur Sanierung überschuldeter Staatsbudgets erreichte im Frühjahr 1998 ein starker Block von elf der EU15-Staaten die Teilnahmebedingungen zur **EURO**-Einführung (ab 1999/2002): Die Briten hatten eine Teilnahme abgelehnt, ebenso wollen Schweden und Dänemark (vgl. T 1) noch abwarten. Griechenland als wirtschaftliches Schlusslicht der EU erreichte erst 1999 die Konvergenzkriterien. Ein Europäisches Währungsinstitut mit Sitz in Frankfurt soll (wie ehemals die einzelnen Nationalbanken) über die neue Währung wachen. Wegen der großen Außenhandelsabhängigkeit zur EU (64 bzw. 71%) bringt eine gemeinsame Währung auch der österreichischen Volkswirtschaft Vorteile (Wechselkurse u.a.m.). Allerdings werden sich die Europäer auch daran gewöhnen müssen, dass die bisherigen wirtschaftspolitischen Spielräume der nationalen Regierungen und Nationalbanken zugunsten einer noch festeren europäischen Integration verschwinden bzw. noch mehr Disziplin in den Staatsbudgets erfordern werden. Zu einem nächsten dann notwendigen Schritt zur Harmonisierung der wichtigsten Steuern wird sich die EU erst noch durchringen müssen.

bringt engere Integration

Schon jetzt sind immer weitreichendere Entscheidungskompetenzen von der Ebene der nationalen Parlamente (in Österreich z.B. Transitregelungen, Asylfragen, Landwirtschaftspolitik – ca. 2/3 aller gesetzlichen Regelungen) zu den Entscheidungsträgern in Brüssel und Straßburg gewandert. Im Zweifelsfall „sticht“ EU-Recht nationales Recht aus.

EU-Recht steht über nationalem Recht

Diesem wachsenden Bedeutungsverlust der nationalen Parlamente und Regierungen stehen Tendenzen der Zusammenarbeit und Stärkung auf der Ebene der **Regionen** (z.B. in Österreich der Bundesländer) gegenüber. Nordtirol, Südtirol und Trentino wollen ein gemeinsames Büro in Brüssel zur Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen schaffen. Derartige regionale Zusammenarbeit an der Basis könnte den nötigen Machtausgleich im entstehenden Superstaat Europa schaffen. Zur Förderung des **Regionalismus** (Selbstbestimmung im überschaubaren Lebensumfeld), zum Prinzip der **Subsidiarität** (d. h., der Staat soll nur das machen, was in den kleinen Bereichen nicht besser gemacht werden kann) hat sich die Europäische Union im Vertrag von Maastricht ausdrücklich verpflichtet.

Regionalismus und Subsidiarität

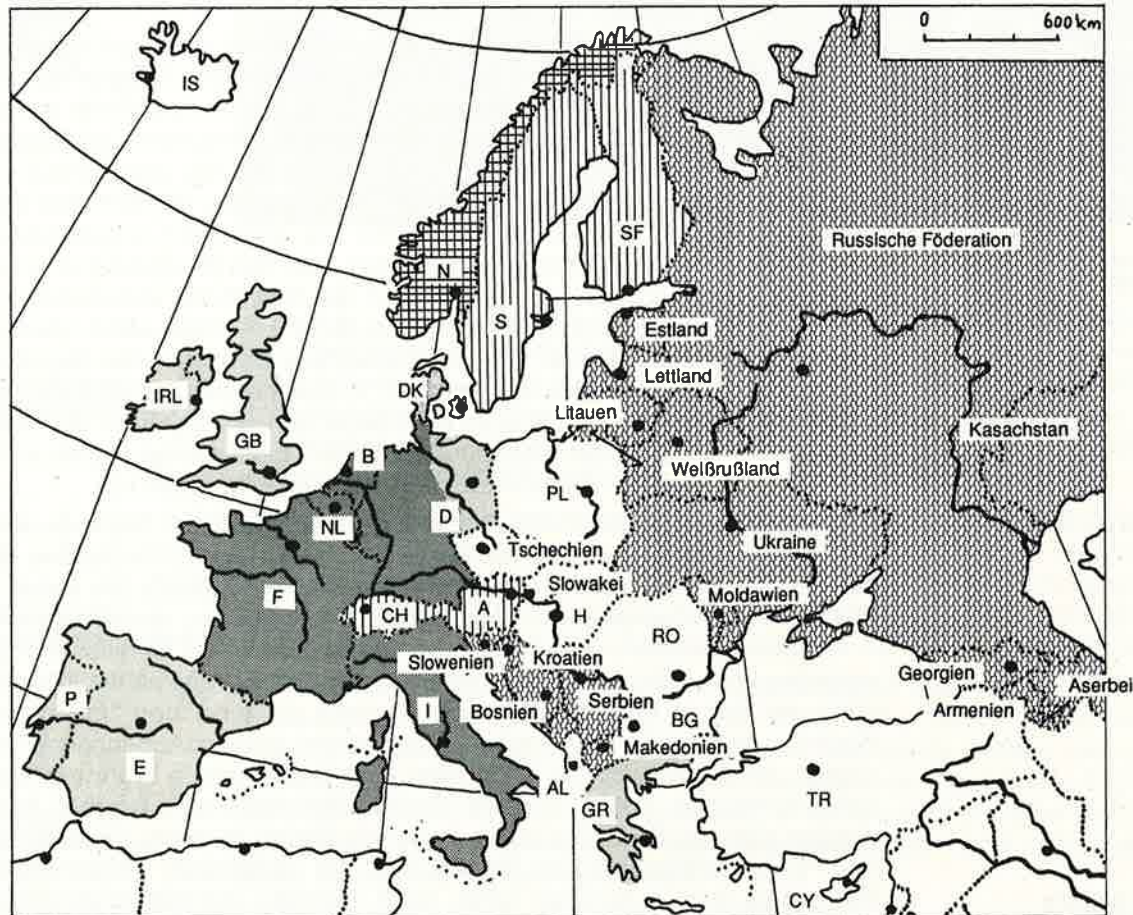
Die Umwandlung in eine europäische Union – geht nicht widerstandslos vonstatten:

Die 1992 von 50,7 Prozent der dänischen Stimmbürger abgelehnten Maastrichter Vertragsreformen sehen die Umwandlung der Europäischen Gemeinschaft (EG) in eine „Europäische Union“ vor. Der am 9. und 10. Dezember 1991 ausgehandelte Vertrag stellt nach dem Willen der Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft „eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden“. Kernelemente der Maastrichter Beschlüsse sind die bis spätestens Anfang 1999 geplante Verwirklichung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, der Ausbau der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Stärkung der demokratischen Mitspracherechte für das Europäische Parlament.

Der Maastrichter Vertrag stellt in den meisten Fällen den kleinsten gemeinsamen Nenner der zwölf EG-Regierungen dar.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. 6. 1992

Nachdem Dänemarks, aber auch Großbritanniens Regierungen Zugeständnisse gemacht wurden, eine unabhängige Linie verfolgen zu können, sind die grundsätzlichen Ziele von Maastricht heute in den EU-Ländern anerkannt. Der EU-Einfluss in allen Mitgliedsländern ist heute größer als je zuvor. Unter der dänischen Präsidentschaft wurde beim Gipfel von Kopenhagen im Dezember 2002 die Erweiterung um 10 neue Staaten Mittelosteuropas beschlossen.



A Arbeitsaufgabe: • Umranden Sie mit einem Leuchtstift das Gebiet der heutigen EU!

- EG-Gründungsstaaten
- EG-Mitglieder 1993
- ▨ Nach positiven Volksabstimmungen treten mit 1. 1. 1995 Österreich, Schweden und Finnland der EU bei. Die Norweger stimmten mehrheitlich dagegen, ebenso hatten schon die Schweizer gegen den EWR als Einstieg in die EU gestimmt. **Färben Sie das derzeitige EU-Gebiet mit einem Leuchtstift an!**
- ▨ Nachfolgestaaten der UdSSR und des ehemaligen Jugoslawien
- mittel-osteuropäische Staaten
- 1998 Aufnahme von Verhandlungen mit PL, CZ, H, SLO, Estl., Zyp.

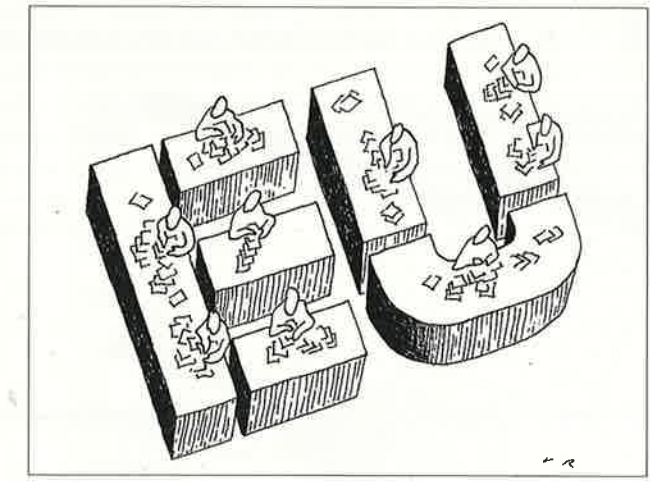
Europa hat nicht nur eine „Hauptstadt“:

- Sitz des EU-Parlaments alternierend in Brüssel und Straßburg
- Sitzungen des EU-Rats („EU-Gipfel“) 2-mal p.a. im Land, das den Vorsitz hat
- Ministerrat mit halbjährlichem Vorsitzwechsel in Brüssel
- EU-Kommission Sitz in Brüssel
- EU-Gerichtshof u. EU-Rechnungshof in Luxemburg
- EU-Währungsinstitut in Frankfurt/M.

www-Tipp

<http://www.europa-digital.de>
<http://www.wienerzeitung.at/frameless/eu.htm>
<http://www.europajugend.at> → Broschüren

Beitrittsansuchen der Türkei (seit 1987!), von Malta und Zypern (1990), Ungarn, Polen (1994), Tschechien, der Slowakei, Slowenien, Rumänien und Bulgarien (1995), 1999 auch Kroatien, Lettland und Litauen. Der Beitritt 2004 wurde am Gipfel von Kopenhagen (Option 2006 für Bulgarien und Rumänien) beschlossen, Türkei und Kroatien wurden weiter vertröstet.



A Arbeitsaufgabe:

- Interpretieren Sie die oben stehenden Abbildungen. Was sagen Sie über die Zusammenarbeit der einzelnen Mitgliedstaaten aus?

T 2

Akzeptanzprobleme für Europa?

Das Europa bislang kein „Europa der Bürger“, sondern hauptsächlich das der Regierungen, der Experten in Wirtschaft, Verwaltung und Justiz, der Wirtschaftsmanager und Verbandsrepräsentanten war, ist nicht nur stereotyper Gegenstand öffentlichen Bedauerns, sondern selbst ein politisches Faktum von einigem Gewicht. So stabil der europapolitische Konsens in der deutschen Bevölkerung – bei den Jüngeren stärker als bei den Älteren – ungeachtet einiger Irritationen bis heute auch war: seine Manifestationen blieben stets merkwürdig blass, er vermochte wenig Emotionen zu wecken und war offenkundig mehr eine Sache des kühl kalkulierenden Verstandes als des Herzens. Hinter einer pauschalen Zustimmung verbergen sich nicht selten Zweifel und Bedenken. Sie nähren sich vor allem aus dem Eindruck, in der EG suche doch nur jedes Land eigensüchtig seinen Vorteil, und aus der Sorge vor einer Überfremdung und Ausbeutung Deutschlands durch kulturell-mental andersartige und wirtschaftlich hilfsbedürftige Partner. Solche Einschätzungen und Ressentiments darf man nicht auf die leichte Schulter nehmen.

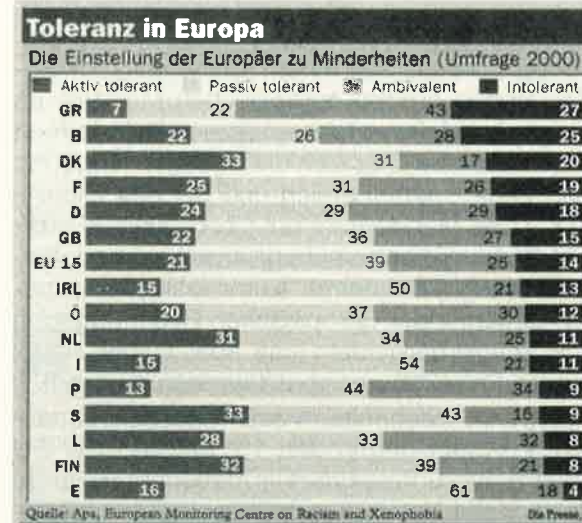
Quelle: J. Rohlfes, Die Europäische Gemeinschaft, woher – wohin? In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 10/1992, S. 593

T 3

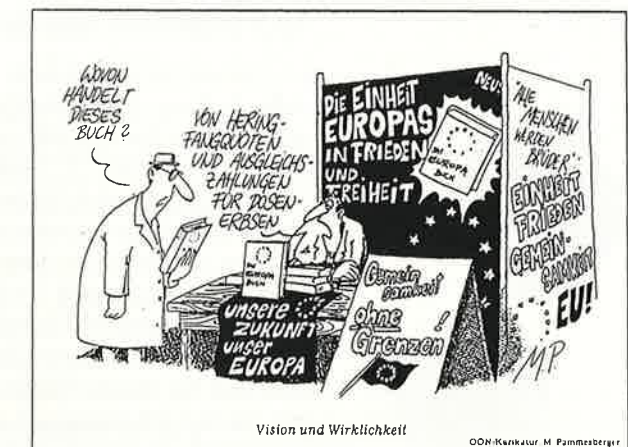
Probleme für ein europäisches Bewusstsein?

Man sollte es sich dennoch immer wieder vor Augen führen: Eine zweistellige Millionenzahl von Europäern sitzt zur selben Zeit vor den Fernsehschirmen und lässt sich vom amerikanischen Fließbandkommerz den Horizont verengen – tagein, tagaus. Was bedeutet das für das „Europäische Bewusstsein“, wenn Menschen zwischen Oslo und Palermo, Petersburg und Lissabon über lange Zeit, vielleicht generationenlang, gottergeben die Penetration von Schlägereien und Schießorgien, Autojagden und Whiskyexzessen hinnehmen – jeweils aufgeschönt mit dem sterilen Sex kalifornischer Stil plus guten Geschmack verderben lassen und gestatten, dass ihren Kindern statt gewachsener Werte ein poppiger Zeitgeist aufgedrängt wird, der „coolness“ und „Lässigkeit“ als Sozialstatus ausgibt. Und was sich in Alamo, am Rio Grande und bei den Sioux einst abgespielt hat, ist dank unendlicher Western-Fließbandprodukte den jüngeren Europäern – auch den Österreichern – viel vertrauter, als es die Vorfälle von Königgrätz, am Isonzo oder an der alten Militärgrenze am Balkan sind. Geschichtsbewusstsein à la Hollywood wird zum Maßstab für Weltpolitik.

Quelle: H. Magenschab, in: Die Presse, 25. 8. 1994



Quelle: Die Presse, 21. 3. 2001



Vision und Wirklichkeit

Quelle: OÖN 8. 4. 1994

T 4 Bei den EU-Gipfeln fallen die Grundsatzentscheidungen



732 Abgeordnete, 18 davon aus Österreich



Quelle: Presse, 24. 4. 98

A Arbeitsaufgaben:

- Wiederholen Sie aus Ihrem Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht aktuelle Struktur- und Wirtschaftsprobleme der EU.
- Stellen Sie dazu eine Auswahl von Zeitungsberichten zusammen. Haben Sie dabei besonders die Problemfelder Europäische Währungsunion, Erweiterung bzw. Innere Demokratisierung der EU im Auge. Sie können dazu auch die Homepage www.europa-digital.de verwenden.
- Den Bericht „der Weisen“ der EU zur Lage in Österreich finden Sie z.B. unter „www.wienerzeitung.at/frameless/staat.htm“ („Dossiers“): Arbeiten Sie gemeinsam den Punkt 7 oder in drei Gruppen die Punkte 5, 6 und 7 durch.

10.3 Österreich und die EU

Im Konsumgüterbereich ist Österreich bereits seit einem Freihandelsabkommen Anfang der siebziger Jahre Teil des großen europäischen Marktes. Es gibt seither keine Zölle; unterschiedliche Mehrwertsteuersätze bleiben jedoch auch nach dem 1. 1. 1995 aufrecht. Verändert hat sich die Situation hingegen im nun grenzenlos unbehinderten Lebensmittelbereich und bei den Dienstleistungen: Hier wurden die geschützten Märkte geöffnet (liberalisiert). Österreicher können nun überall im EU-Raum gleichberechtigt Arbeit suchen. Neben der Mitsprache in den EU-Gremien (Ministerrat, Kommission, Europäisches Parlament, Europäischer Gerichtshof, Europäischer Rechnungshof) hat unser Land auch Zugang zu EU-Fördergeldern (die aber in der Regel von uns für die in Frage kommenden Projekte verdoppelt werden müssen).

Als die Koalitionsregierung in Österreich wechselte, wurde mit den erstmaligen Maßnahmen von 14 Regierungschefs gegen das 15. Mitglied der EU auch eine neue Interpretation des Einspruchsrechtes in nationale Belange gesetzt. Die Ansicht, EU-Politik über die Belange der Wirtschaft hinausgehend, auch als Politik des Wachens über gemeinsame Werte zu interpretie-

Nach dem Gipfeltreffen von Amsterdam:

Aber trotz aller berechtigter Kritik ist in Amsterdam Bemerkenswertes geschehen: Das zentrale Herz der europäischen Identität, der Euro, ging gestärkt aus dem Gipfel hervor. Noch bis zum Tagungsbeginn sah es so aus, als stünde die künftige gemeinsame Währung auf Messers Schneide, fegte Wählerunmut Regierungen hinweg.

Aber Geld regiert die Welt und so wird der Euro in den Geldbörsen der Bürger zwischen Palermo und Helsinki und Dublin und Wien eines Tages mehr zur europäischen Identität beitragen, als sonst irgendein Detail der Verträge. Gerade die Sentimentalitäten, mit denen die bestehenden Währungen teilweise verteidigt werden, zeigen die enorme Macht dieses künftigen Symbols der Einigkeit. Zahlungsmittel halten Reiche zusammen und Zahlungsmittel signalisieren das Zerbrechen von Staaten, wie zuletzt in Jugoslawien.

Die gemeinsame Währung ist der Kitt, der nationalstaatliche Einzelinteressen zu einem europäischen Ganzen fügt. Für die Integration wird der Euro mehr tun, als irgendeine Direktive aus Brüssel erreichen kann; denn über den Euro werden indirekt die Budgets der 15 Staaten harmonisiert, über die Budgets eine einigermaßen gleichlaufende Politik erreicht.

Richtigerweise war darum der Euro die erste und wichtigste Angelegenheit, die in Amsterdam zu erledigen war. Denn obwohl die gemeinsame Währung schon längst beschlossene Sache ist (seit Maastricht), ist sie alles andere als „gegessen“, geschweige denn verdaut.

Dazu war und ist es nötig, die drängendste Sorge der Menschen anzuerkennen, die in der EU ihre Heimat finden sollen. Wo sollen die Euros herkommen, mit denen irgendwann nach der Jahrtausendwende Miete, Lebensmitteleinkauf, Arztrechnung und Urlaub zu zahlen ist, wenn die Arbeit ausgeht? Quelle: Salzburger Nachrichten, 21. 6. 97



1998 hatte Österreich die EU Präsidentschaft inne

www-Tipp

<http://zeit1.uibk.ac.at/quellen/oe-eu/main.html>

T 5

Bis Ende des Jahres 1987 waren die Unterschiede zwischen ÖVP und SPÖ, die EG-Politik betreffend, so gering, dass es diesbezüglich zu keinen großen Schwierigkeiten in der Koalition kam. Etwas problematischer wurde es jedoch, als die ÖVP begann, die EG-Mitgliedschaft anzustreben. Wurde im Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und SPÖ vom Januar 1987 noch recht vage von der prioritären Bedeutung der Teilnahme „an der Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses“ gesprochen, so beschloss

die Regierung im Dezember desselben Jahres als konkretes Ziel die umfassende und volle Teilnahme Österreichs an der Substanz des im Entstehen begriffenen EG-Binnenmarktes anzustreben. Dies sollte auf verschiedenen Wegen versucht werden, wobei zum erstenmal auch die Option eines Beitritts genannt wurde. Bei ihrem Dreikönigstreffen im Januar 1988 in Maria Plain formuliert die ÖVP als Ziel den möglichst frühzeitigen EG-Beitritt.

Quelle: M. Gehler/R. Steiner, Österreich und die europäische Integration 1945–1993, Böhlau, Wien 1993, S. 92

T 6

In Österreich wirkte sich der wirtschaftliche und politische „Sog“ der EG stärker aus als bei den anderen europäischen Neutralen. Dies kann einerseits darauf zurückgeführt werden, dass Österreich ab 1983/84 in eine wirtschaftliche Strukturkrise geraten war und sich die Probleme des vor allem auch im Vergleich mit Schweden, der Schweiz und Finnland geringeren „aktiven Internationalisierungsgrades“ von Wirtschaft und Gesellschaft immer klarer zeigten. „Ein möglichst rascher Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft gilt (in Wien) ... als eine Art Allheilmittel für die

ökonomischen und politischen Übel des Landes“, kommentierte die Neue Zürcher Zeitung die Hoffnungen der SPÖ-ÖVP-Regierung und der österreichischen Wirtschaft, dass eine engere Verbindung zur EG eine durchgängige, ohne einen derartigen externen Deus ex machina innergesellschaftlich nicht durchsetzbare Modernisierung ermöglichen bzw. zur Folge haben würde (Neue Zürcher Zeitung 31. 8. 1988).

Quelle: Kramer H.: Strukturentwicklung der Außenpolitik, In: Dachs u. a., (1991) Handbuch des Politischen Systems Österreichs

T 7 Österreich 2000: Unter dem Druck der EU

Dass Regierungschefs per Telefon vertraulich entscheiden, irritiert andere EU-Bürger mindestens so wie die Österreicher. Die alte Forderung nach mehr demokratischer Legitimierung von EU-Beschlüssen wird bekräftigt.

Zweitens erkennen kleine EU-Mitglieder, mit welcher Wucht auf ein kleines Land eingeschlagen wird. Die Reaktion auf eine vergleichbare Situation in Großbritannien, Frankreich oder Deutschland hätte andere Dimensionen. Dies kann für die Regierungskonferenz gefährlich werden, die am Montag mit dem Ziel eröffnet wird, auf einstimmige Entscheidungen zu verzichten, Stimmgewichte im Ministerrat neu zu verteilen und die Zahl der Kommissare für eine erweiterte Union festzulegen.

Doch warum sollte ein kleines Land bereit sein, auf die Möglichkeit eines Vetos zu verzichten? Warum sollte es den Posten eines Kommissars oder Stimmen im Rat aufgeben? Damit die „Großen“ noch leichter bestimmen können? Sollte allerdings die Regierungs-

konferenz scheitern, ist zu befürchten, dass die EU nicht erweiterungsfähig wird.

Drittens finden sich solidarische Beobachter in den Kandidatenländern. Dort könnten die Zweifel wachsen, ob man in eine Union will, die so auf Wahlergebnisse reagiert.

Viertens sind da konservative Politiker in anderen EU-Ländern. Sie erkennen, dass die Sanktionen gegen eine rechtskonservative Regierung in Österreich mehrheitlich von sozialdemokratischen Regierungschefs bestimmt waren. Ihr Vorwurf an die „Sozialistische Internationale“ macht deutlich: Bisher haben nationale Interessen der Mitgliedstaaten die EU-Politik dominiert. Nun gewinnen grenzüberschreitende ideologische Koalitionen an Bedeutung. Damit wird die Regierungsbildung in Österreich und die EU-Reaktion darauf auch zur Zäsur in der europäischen Integration.

Quelle: Salzburger Nachrichten, 12. 2. 2000

T 8

Eine Strategiediskussion ist dringend vonnöten. Dazu ein paar Gedanken: Wäre es nicht eine adäquate Antwort auf den Boykott der 14, durch ein besonderes Engagement für die Beitrittskandidaten bei diesen Position zu gewinnen? Ihr Beitritt kommt, sie sind ungefähr in der gleichen Gegend zu Hause wie wir, von der Mentalität her

gar nicht so verschieden und mit ziemlich gleichen geopolitischen Interessenlagen versehen. Mit Ausnahme von Polen sind es kleinere Staaten, die auf ihr Mitspracherecht in der EU genauso Wert legen werden wie wir.

Quelle: Der Osteuropa-Beauftragte E. Busek in: Die Presse, 13. 4. 2000

Eine niederländische Europaabgeordnete zu den Sanktionen gegen Österreich und europäischen Werten

Als 14 europäische Staaten bilaterale Sanktionen gegen Österreich verhängten, weil dieses der rechtsextremen FPÖ erlaubt hatte, sich an der Regierung zu beteiligen, versuchen sie, eine neue Grenze zwischen dem zu definieren, was in einer Demokratie akzeptabel ist, und dem, was nicht akzeptabel ist.

Das ist ein historischer Schritt, der Europa als eine Union gemeinsamer Werte neu definiert und nicht als eine nur ökonomische, und der vielleicht aus guten Absichten entstand, Europa aber in einen Zustand der Konfusion versetzte.

Einen Monat später hat weder die Drohung noch die Verhängung von Sanktionen den gewünschten Effekt erzielt. Statt dessen bleiben verblüffte Bürger eines zweideutigen Europa zurück, das sich auf Adhoc-Entscheidungen stützt.

Nicht nur in Österreich hört man folgende Frage: Hätten die Mitgliedstaaten ebenso reagiert, wenn Haider in einem der großen Mitgliedstaaten passiert wäre? Sind sie nicht still geblieben, als die Rechtsparteien in die italienische Regierung aufgenommen wurden? Warum ist eine Partei wie die FPÖ auf regionaler Ebene tolerabel (Haider ist Landeshauptmann von Kärnten) und nicht auf nationaler? Es erscheint heuchlerisch, dass die EU-Staaten einstimmig dafür waren, als Haider vor nur einem Jahr seinen Platz im Regionalkomitee, einer offiziellen Institution Europas, einnahm, und

jetzt weniger extreme Mitglieder seiner Partei in einer Bundesregierung nicht tolerieren wollen.

Österreichs Stimme wurde für den neuen deutschen IWF-Kandidaten Köhler gebraucht, also wurden die Sanktionen einfach ignoriert, bis alles unter Dach und Fach war. Wenn dieser verwirrende Status quo weitergeht, so kann das kaum als förderlich für die europäische Glaubwürdigkeit betrachtet werden.

Außerdem muss die EU jetzt über Wege nachdenken, in Zukunft ähnlichen Situationen vorzubeugen. Wenn wir keine klaren Regeln aufstellen, werden wir uns immer dem Vorwurf des politischen Opportunismus aussetzen. Artikel 7 des Vertrags von Amsterdam sieht Sanktionen für den Fall von Menschenrechtsverletzungen vor. Der Artikel 7 muss neu geschrieben werden und einen entsprechenden Prüfungsprozess sowie die Möglichkeit einer Aussöhnung enthalten. Auch ist es wichtig, sicherzustellen, dass der Europäische Gerichtshof Verletzungen der Charta ahnden kann.

Die EU-14 sandten mit der Verhängung der Sanktionen ein klares Signal aus, dass Europa nicht nur eine wirtschaftliche Union ist, sondern eine der gemeinsamen Werte. Wir müssen nun vermeiden, dass die Botschaft in dem Durcheinander der europäischen Politik gegenüber Österreich verloren geht.

Quelle: Die Presse, 24. 3. 2000

Ein Jahr danach

Gewiss, die Maßnahmen schlossen „nur“ bilaterale politische Kontakte aus, reduzierten den Empfang österreichischer Botschafter auf die technische Ebene (und strichen die Unterstützung für österreichische Bewerbungen in internationalen Organisationen), aber Auswirkungen hatte das selbstverständlich auch auf Österreichs EU-Politik. Die wichtigen Vorbereitungen für Gipfel und Räte durch bilaterale Sondierungen fielen praktisch weg. Österreich war nur noch offizieller Teilnehmer. Umgekehrt bestimmte Österreichs Bemühen, die Maßnahmen zu thematisieren, durchgehend alle EU-Veranstaltungen. Politisch reagierte die österreichische Außenpolitik mit einer Art Trotz: Man werde sich, nachdem man den Wert alter Freundschaften so drastisch vor Augen geführt bekommen habe, verstärkt um andere Allianzen, etwa mit den künftigen

EU-Mitgliedern, bemühen. Eine „Drohung“, die weder von den angesprochenen Neulingen, noch von der EU wirklich ernst genommen wurde. Mit dem Vorliegen des „Weisenberichts“ und dem Ende der Maßnahmen kehrte Österreich in den europäischen Schoß zurück, beim Nizza-Gipfel wurde Österreich auch wieder sachpolitisch ernst genommen. Neutralität wird von der Koalition als im Gegensatz zur (europäischen) Solidarität stehend gesehen. Und es fehlt nicht der Hinweis, dass die Neutralität der politische Preis war, den Österreich 1955 für die Wiederherstellung seiner vollen Souveränität zu bezahlen bereit war. Für noch weitergehende Schritte, wie die Obsolet-Erklärung der Neutralität oder einen Nato-Beitritt, fehlt der Koalition Entscheidendes: die Zweidrittel-Mehrheit im Nationalrat.

Quelle: Die Presse, 2. 2. 2001

10.4 Wie kann sich die EU weiterentwickeln?

Agenda 2000

Mit der von der Europäischen Kommission 1997 vorgelegten „Agenda 2000“ (Agenda = Willenserklärung) wurde ein Strategiepapier zur Stärkung und Entwicklung der Union am Beginn des 21. Jahrhunderts vorgelegt. Entgegen dieser Tendenzen wurde das Schengen-Abkommen beschlossen, das eine verstärkte Abschottung und Kontrolle der EU-Außengrenzen einführte. Gleichzeitig wurden jedoch die grenzpolizeilichen Kontrollen an den EU-Binnengrenzen der Schengen-Staaten beseitigt: Freie Fahrt von Sizilien bis Hamburg bzw. Nickelsdorf bis Lissabon!

EU-Erweiterung zur „EU 25“

Auf dem Gipfel von Kopenhagen wurde der Beschluss zur Aufnahme von 10 neuen Mitgliedstaaten gefasst. Ihr definitiver Beitritt erfolgte im Mai 2004 – die so genannte EU 25 wurde dadurch gebildet. Bulgarien, Rumänien und auch Kroatien bekamen Zusicherungen, in nächster Zukunft ebenfalls beitreten zu können. Probleme bereitet nach wie vor das alte Beitrittsansuchen der Türkei. Hier versucht die daran sehr interessierte US-Regierung politischen Druck auf die Europäer zu machen. Realpolitisch stören weniger die oft diskutierte Frage, wo Europa denn nun aufhöre, oder die mit dem Geist der Europäischen Union nicht zu vereinbarenden Menschenrechtsstandards (Kurdenproblem). Viel schwerer wiegt wohl, dass die Türkei (1965 30 Millionen Einwohner – 2004 66 Millionen Einwohner) die EU-Fördertöpfe so gewaltig beanspruchen würde, wie das bereits durch den Beitritt der Mittelosteuropaländer 2004 (insbesondere Polens mit 38 Millionen Menschen) geschah.

Nizza 2000

Auf dem Gipfel von Nizza im Dezember 2000 wurden die Stimmgewichte im Rat bereits in Hinblick auf eine Erweiterung provisorisch festgelegt. Ein Konvent sollte eine EU-Verfassung ausarbeiten. An dieser Frage der Stimmgewichte scheiterte dann zwar zunächst der Gipfel 2003 in Brüssel (u.a. am Widerstand der spanischen und polnischen Vertreter). Effekt davon aber war, dass sich die drei Regierungschefs der drei größten und wichtigsten EU-Staaten (F, D, GB) immer öfter zu „informellen Gesprächen“ trafen. Der Idee eines „Kerneuropas“ mit intensiveren Integrationsbindungen bzw. eines „Europas der mehreren Geschwindigkeiten“ bei der weiteren Integrationsentwicklung stehen viele – insbesondere kleinere Staaten – skeptisch gegenüber.

Brüssel 2004: EU-Verfassung

Nach intensiven diplomatischen Bemühungen, und als Wahlen in Spanien eine andere Regierung an die Macht gebracht hatten, einigten sich die Regierungschefs aller 25 Mitgliedsländer am 18. Juni 2004 auf Grundsätze einer europäischen Verfassung. Allerdings stehen nach diesem Grundsatzbeschluss noch die Zustimmungen der 25 Mitgliedsländer (je nach Staatsverfassung entweder durch Parlamentsbeschlüsse oder durch Volksabstimmungen) aus, bevor sie Geltung bekommen kann.

Auffällig für das politische Akzeptieren der EU-Politik in den einzelnen Mitgliedsländern war die niedrige Wahlbeteiligung bei der ebenfalls im Juni stattfindenden EU-Parlamentswahl. Die Österreicher wählten ihre 18 von insgesamt 732 EU-Parlamentsabgeordneten. Das mangelnde Wählerinteresse steht aber indirekt proportional zur Bedeutung dieses Gremiums für die Gestaltung der Politik: Experten schätzen, dass etwa $\frac{2}{3}$ der uns betreffenden Gesetze und Verordnungen dort und nicht mehr in den nationalen Parlamenten geregelt werden!

A Arbeitsaufgaben:

- Recherchieren Sie über die Beschlüsse der wichtigen Gipfel von Amsterdam, Kopenhagen, Nizza und Brüssel 2004, beispielsweise anhand der Europa-Dossiers der Wiener Zeitung (www.wienerzeitung.at) oder bei www.europa-digital.de.
- Recherchieren Sie insbesondere über das neue Abstimmungsverfahren der so genannten „doppelten Mehrheit“ und die möglichen Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments im Gegensatz zu den Beschlüssen bei Treffen der Regierungschefs!
- Stellen Sie die gerade aktuellen Probleme der EU-Politik zusammen!
- Halten Sie die Ergebnisse auf Plakaten schlagwortartig fest.

www-Tipp

Mehr Macht für EU-Parlament

Die gewählten Volksvertreter der EU-Bürger dürfen mehr als bisher an den Hebeln der Macht hantieren. Denn aufgrund des Amsterdamer Vertrages, der heute, Samstag, in Kraft tritt, werden die Kompetenzen des Europäischen Parlaments gestärkt.

Was 1979, als die Abgeordneten erstmals direkt gewählt wurden, mit einem „Diskutanten-Stadl“ begonnen hat, ist nach und nach zu einer mitentscheidenden Institution im Machtgefüge der EU geworden. Der Amsterdamer Vertrag gibt dieser Demokratisierung neuen Schub. Bei der Europa-Wahl am 13. Juni werden also Volksvertreter gewählt, die mehr denn je an der politischen und rechtlichen Gestaltung der EU mitwirken.

Nach wie vor bleibt das Recht zur Gesetzesinitiative bei der EU-Kommission, nach wie vor haben die Mitgliedstaaten – vertreten im Ministerrat – das letzte Wort über eine Richtlinie. Dazwischen sind die Parlamentarier am Zug. Ihre Forderungen sind gewichtig, weil sie mit Verweigerung ihres Placet eine Richtlinie zum Scheitern bringen können.

Mit dem Amsterdamer Vertrag können die Volksvertreter nun mitentscheiden und nicht nur bloß mitreden. Maßgeblich wird ihr Einfluss unter anderem auch auf Visa-, Asyl- und Einwanderungspolitik, Beschäftigung, Kultur, Gesundheit, Konsumentenschutz, Umweltpolitik sowie Betrugsbekämpfung.

Herausragendes Beispiel für die neue Macht des Europäischen Parlaments wird die Bestellung des Kommissionspräsidenten. Bisher durften die Volksvertreter zu einem Kandidaten, der von den Staatshäusern nominiert worden war, nur ihre Meinung abgeben; rechtlich war ihr Votum belanglos. Jetzt hingegen kann Romano Prodi ohne das Vertrauen des Parlaments nicht mehr Kommissionspräsident werden.

Danach wird Prodi im Einvernehmen mit den Staats- und Regierungschefs 19 weitere Kommissare nominieren; auch dieses neue Kollegium muss sich den Volksvertretern stellen.

Eigentlich hätte mit dem Amsterdamer Vertrag die EU Erweiterungsfähig werden sollen. Dies wurde nicht erreicht.

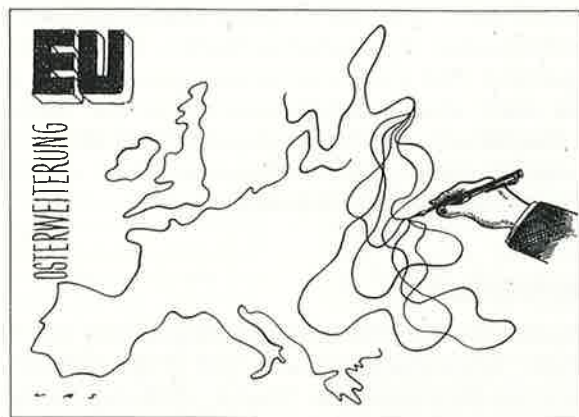
Quelle: Salzburger Nachrichten, 30. 4. 1999

Amsterdam-Vertrag tritt am 1. Mai 1999 in Kraft – Die EU-Reform blieb unvollendet

Das Projekt war ehrgeizig, das Ergebnis mager: Der im Sommer 1997 in Amsterdam ausgehandelte neue EU-Vertrag hat die Zielsetzungen der vorangegangenen Regierungskonferenz nicht erfüllt. Die Reform der Union blieb unvollendet.

Um die Union auf eine größere Zahl von Mitgliedern vorzubereiten, wäre unter anderem eine Reform des Entscheidungsprozesses im Rat, ein tatsächlicher Ausbau der parlamentarischen Kontrolle und eine Festlegung der künftigen Zahl der Kommissare notwendig gewesen. Doch mangels Einigung wurden die meisten dieser heiklen Entscheidungen aufgeschoben.

Auch in einem Kernbereich der Reform, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (Gasp), gibt es durch das neue, am 1. Mai in Kraft tretende Vertragswerk nur einen kleinen Fortschritt. Zwar wird die Richtung vorgegeben, konkrete Schritte bleiben aber aus. So soll die Westeuropäische Union (WEU) Teil des EU-Vertragswerks werden. Wann und unter welchen Bedingungen das erfolgen soll, steht aber nicht fest. Dafür soll die EU einen Koordinator für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Mr. oder Mrs. Gasp – erhalten.



Quelle: EU-Magazin, Brüssel 1999

Für Österreich sind diese kleinen Schritte in Richtung einer gemeinsamen Verteidigung von großer Bedeutung. Denn schon mit dem Amsterdam-Vertrag ist eine Beteiligung an friedenssichernden und -schaffenden Aktionen möglich. Gibt es in diesem ersten Schritt zur Teilnahme an einer gemeinsamen Sicherheitspolitik noch die Möglichkeit der „konstruktiven Enthaltung“, so würde die bereits vorgesehene Verschmelzung der WEU in die EU mit voller Teilnahme Österreichs das Ende der Neutralität bedeuten. Denn in der WEU ist auch ein Beistandspakt enthalten, der Österreich de facto in ein Sicherheitssystem samt allen Rechten und Pflichten integrieren würde. In der Zwischenzeit hat Großbritannien bereits auf diese Verschmelzung gedrängt.

Wie bei der Sicherheitspolitik blieb der Amsterdamer Vertrag auch in der Beschäftigungspolitik, die hier als gemeinsames Ziel formuliert wurde, unverbindlich. Die Staats- und Regierungschefs fügten zwar ein Beschäftigungskapitel ein, die Hauptlast im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verbleibt aber bei den Nationalstaaten.

Quelle: Die Presse 30. 4. 1999

Fürchten Europäer „Superstaat EU“?

Die Europäische Verfassung erhielt zwar den Segen der Staats- und Regierungschefs, die nationalen Ratifizierungen lassen das Vorzeigeprojekt der EU aber noch einmal zur Zitterpartie werden. „Die richtige Arbeit beginnt erst“, beschreibt ein Diplomat die schwierige Aufgabe der Regierungen, die Einstellung der Bürger zur EU zu verbessern.

Die Verfassung lädt mit ihren mehr als 300 Seiten und schwer verständlichen Abstimmungsregeln, Kompetenzparagrafen und Zusatzprotokollen nicht gerade zum Lesen ein. Umso leichter fällt es Europäern, das Grundgesetz zur Legendenbildung heranzuziehen. Ansätze in diese Richtung häufen sich: „Tony Blair hat uns betrogen“, betitelte etwa die britische „Sun“ ihren Bericht über den Gipfel der Staats- und Regierungschefs.

Doch Blair ist bei weitem nicht der einzige Staatsmann, der sich zu Hause mit geballtem Widerstand gegen den neuen EU-Vertrag auseinandersetzen muss. In fast allen Ländern der Union haben Europaskeptiker bei den Wahlen zum Europaparlament vor etwas mehr als einer Woche regen Zuström verzeichnet.

Wachsende Distanz

Verbunden mit einer niedrigen Wahlbeteiligung könnte es bei Volksabstimmungen mehrerer Staaten eng werden. Ein Blick auf die Wahlergebnisse lässt unter anderem Prag, Warschau, Den Haag, Stockholm und Kopenhagen auf wachsende Distanz der Einwohner zur EU-Hauptstadt Brüssel schließen. Die Angst vor einer Aufwertung der Union und ihrer Institutionen zu Lasten der Nationalstaaten dürfte dabei eine gewichtige Rolle spielen.

Die Verfassung wird als Symbol für diese Entwicklung gewertet. Genauso wenig wie die Österreicher den Ausverkauf heimischen

Wassers fürchten müssen, will die EU den Briten das Nordseeöl streitig machen. Das wird von Unionsgegnern aber behauptet, weil das Grundgesetz der Union eine Regelungskompetenz für das „Funktionieren des Energiemarktes“ und die „Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit“ einräumt. Der Zusatz, dass die Nutzung der Ressourcen durch die Mitgliedsstaaten davon unberührt bleibt, wird in der Debatte verschwiegen.

Ähnliche Beispiele gibt es zuhauf. In Summe stellt die Verfassung einen Kompromiss zwischen Integrationsbeschleunigern und -bremsern dar, wie man ihn von bisherigen Vertragskonferenzen kennt. Sie enthält zahlreiche Zugeständnisse an die Skeptiker, indem Vetorechte in der Außen-, Steuer- oder Sozialversicherungspolitik de facto bewahrt wurden. Und ebenso viele an die Integrationisten, indem in vielen Bereichen auf Mehrheitsentscheidungen umgestellt wird. Ein Widerspruch zum Gespenst des Superstaates ist zudem die Aufwertung der nationalen Parlamente.

Wie wird Verfassung gelebt?

Letztlich hängt viel davon ab, wie die Verfassung gelebt wird. Ziehen die EU-Staaten an einem Strang und wird beispielsweise der neue Außenminister in der Welt als kompetenter Ansprechpartner der Union empfunden, könnte dies zur Identifikation der Menschen mit der EU stark beitragen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Außen- und Verteidigungspolitik, und damit ein zentraler Bestandteil nationaler Souveränität, in der Einstimmigkeit verbleibt. Stärkstes Signal eines EU-Bundesstaates dürfte der Umstand an sich sein, dass die Union erstmals ein Grundgesetz erhält.

Quelle: Die Presse, 23. 6. 2004

11 Europa nach der Auflösung der Blöcke

11.1 Das Ende der Sowjetunion

Alle Generalsekretäre der KPdSU, Stalin, Chruschtschow und Breschnew, wollten die USA nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich ein- und überholen. Das gelang ihnen nicht.

Die jahrzehntelange Stagnation (= Auf-der-Stelle-Treten) versucht der im Vergleich zu seinen Vorgängern noch junge Michail Gorbatschow durch Glasnost und Perestrojka zu überwinden:

„Glasnost“ (übersetzt mit Transparenz und Offenheit) wirkte sich zuerst auf dem Gebiet der Kultur und Presse aus. Jahrzehntlang verbotene Werke regimekritischer Schriftsteller wurden in der Sowjetunion wieder erlaubt. Erste, noch zaghafte Versuche einer kritischen Vergangenheitsbewältigung der Stalinzeit wurden in Gang gesetzt.

Um aber zu einer „Perestrojka“ (übersetzt mit Umgestaltung des Systems) zu kommen, müssen dabei erst die Widerstände auf dem Gebiet der Wirtschaft, bei der alles verwaltenden Bürokratie und die Gewohnheiten der Bevölkerung überwunden werden. Um die, neben einem hochtechnisierten Raumfahrts- und Rüstungssektor, schwerwiegende Rückständigkeit der Produktion zu beheben, wurden marktwirtschaftliche Elemente, wie sie schon in Ungarn erfolgreich versucht wurden, auch in der Zentralverwaltungswirtschaft der Sowjetunion eingeführt. Der Erfolg dieser Reformen und auch die Zustimmung der Bevölkerung wird davon abhängen, inwieweit spürbare Verbesserungen der Konsumgüterversorgung in den nächsten Jahren gelingen werden.

Diesem Ziel ordnet man auch die Außenpolitik unter: Verminderte Rüstungsausgaben machen Kapazitäten frei für andere, wirtschaftlichere Investitionen. In einer neuen Phase der Entspannung wurde mit den USA ein Abkommen über die totale Verschrottung aller Mittelstreckenraketen geschlossen.

In weiteren Verhandlungsrunden erklärten sich die beiden Supermächte auch bereit, die Konflikte in Afghanistan und in Angola, wo beide Seiten in den dortigen Bürgerkrieg verstrickt waren, zu lösen. 1988 zogen sich die sowjetischen Truppen aus Afghanistan zurück. Ähnlich den USA in Vietnam beendeten sie somit politisch ein Unternehmen, das wegen der von außen unterstützten Widerstandsbewegungen militärisch auch von einer Supermacht nicht zu gewinnen war. Ähnlich der Probleme der heimgekehrten Vietnamveteranen der USA sah sich die Sowjetunion der Drogenabhängigkeit und Frustration der aus diesem Krieg Heimgekehrten gegenüber.



neue Außenpolitik

Entschärfung von internationalen Krisenherden

Abrüstungsangebote 1988

Im Laufe dieses Jahres wurden auch erstmals gewichtige Angebote zu einer tatsächlichen, generellen Truppenverminderung in Europa von Gorbatschow den Nato-Verbündeten vorgeschlagen.

Umgestaltung des politischen Systems

Ansätze von grundsätzlicher Kritik und Vergangenheitsbewältigung zeigten sich bei der 19. Parteikonferenz der KPdSU im Sommer 1988. Bei diesem für die Sowjetunion einzigartigen historischen Ereignis kam erstmals eine reformfreundige Parteibasis kritisch zu Wort. Michail Gorbatschow gelang es, die konservativen Kräfte zurückzudrängen und zur verstärkten Umgestaltung auch des politischen Systems der Sowjetunion aufzurufen. Die beiden wichtigsten Parteigremien, das Politbüro und das Zentralkomitee, konnte er verstärkt mit neuen Vertretern eines Reformkurses besetzen. Bei den Wahlen zum Volkskongress im Frühjahr 1989 konnten Sowjetbürger erstmals nach richtigen Wahlkämpfen zwischen mehreren Delegierten pro Wahlkreis entscheiden. Besonders aus den Baltischen Staaten und aus Kreisen der Intellektuellen und Wissenschaftler gelangte so ein größerer Pro-

zentsatz Perestrojkaanhänger in dieses Gremium – wie der Dissident und Nobelpreisträger **Andrej Sacharow** oder der ehemals abgesetzte Moskauer Parteivorsitzende **Boris Jelzin**, der sich immer stärker als Kritiker Gorbatschows profilierte.

Die folgenden Quellentexte zeigen Ihnen, vor welchen sozialen und wirtschaftlichen Problemen der Vielvölkerstaat stand und wie seine Situation von Beteiligten (Gorbatschow) und Beobachtern (internationale Presse) beurteilt wird.

T 1

Das Grundproblem der Sowjetwirtschaft

A. Jakowlew, der engste Verbündete Gorbatschows im Politbüro: „Unsere Perestrojka kommt 50 Jahre zu spät. Trotzdem ist sie die einzige Chance, unserem Land zur Erneuerung zu verhelfen und in die Welt der Freiheit einzutreten.“

Und Gorbatschow sagte: die Fehler hätten den Reformgegnern „kein Recht gegeben, ihre konservative Haltung unter dem Vorwand der Wahrung öffentlicher Interessen zu verhärten . . . Die

stalinistische Wirtschaftspolitik der Zentralplanung hat die Sowjetwirtschaft verwüstet und sie war mit schuld an der Katastrophe von Tschernobyl im Jahre 1986. – Wir müssen uns lossagen von diesem Stalinismus des Unterbewusstseins, von der Militarisation unserer Volkswirtschaft und der kolossalen Verschwendung unserer materiellen und intellektuellen Kräfte.“

Quelle: nach Hans Benedikt: Revolution – die Befreiung Osteuropas vom kommunistischen Absolutismus. Wien 1990

T 2

Die Denkstrukturen der an den Subventionssozialismus gewöhnten Massen haben Gorbatschow fünf Jahre lang zurückgehalten, bei dem Versuch, einen freien Markt durchzusetzen; jedes Mal ist er einen Schritt zurückgewichen oder hat seine Pläne verwässert. Seine Vorsicht steht in krassm Gegensatz zum Mut der polnischen Politiker, die sich kopfüber in die marktwirtschaftlichen Reformen stürzten und steigende Preise in Kauf nahmen.

„Die Polen haben lieber höhere Preise als leere Geschäfte“, meinte Nikolai Petrakow, einer der Wirtschaftsberater Gorbatschows. „Hier zeigen alle Meinungsumfragen genau das Gegenteil. Die Menschen akzeptieren Bezugsscheine und Schlangestehen – besonders während der Arbeitszeit –, aber keine Preissteigerungen.“

Die sowjetische Presse ist voller Geschichten von Übergriffen auf privat betriebene Restaurants und andere kleine Geschäfte, und zwar von Menschen, die es nicht mitansetzen können, dass andere es zu etwas bringen.

Der Moderator der freitags ausgestrahlten Fernsehshow „Wsgljad“, meinte: „Wenn Russen eine Kooperative sehen, in der die Leute viel Geld verdienen, fragen sie ärgerlich: ‚Warum machen diese Leute so viel Geld?‘ Anstatt sich zu bemühen, ihr eigenes Einkommen zu erhöhen, wollen sie lieber die Kooperative schließen.“

Derartige Feindseligkeiten zeugen natürlich vom mächtigen Einfluss jahrzehntelanger leninistischer Indoktrination. Für die große Mehrheit der Sowjetbürger ist Kapitalismus nach wie vor ein schmutziges Wort und die Tatsache, dass jemand mehr verdient, mehr bekommt, verletzt das egalitäre Ideal des Sozialismus. Millionen von Russen hegen tiefes Misstrauen gegen den Markt, fürchten, betrogen und übervorteilt zu werden. Für sie ist das Streben nach Gewinn unmoralisch.

Quelle: Hendrick Smith: Die neuen Russen. Reinbek 1991

T 3

Gorbatschows Fehler:

Es ist leicht zu sagen, er habe alles falsch gemacht. Er hat die Bedeutung der personellen Umbesetzungen an der Partei- und Staatsspitze überschätzt. Er hat die Bedeutung der wirtschaftlichen Krisensymptome unterschätzt. Es ist beklemmend zu sehen, dass er, der sich mit diesen Dingen doch irgendwann intensiv beschäftigt haben müsste, die Bedeutung der Landwirtschaft völlig unterschätzt hat. Das war einer seiner Kardinalfehler. Der chinesische Weg hätte ihm zeigen müssen, dass man die Dinge relativ schnell durch eine Förderung der Privatinitiative verbessern kann. Das hat sich ja auch in Ungarn erwiesen.

Das alles zeigt, dass Gorbatschow insgesamt die Bedeutung der Wirtschaft unterschätzt hat. Er hat die Tiefe der Wirtschaftskrise falsch eingeschätzt. Das war wohl sein größter Fehler.

Die wichtigste Positivleistung Gorbatschows war die Öffnung der sowjetischen Außenpolitik. Dazu die Öffnung in Osteuropa.

Aber in der Innenpolitik ist Gorbatschow ein Versager. Er hat nur im Rahmen des Kreml gedacht, nur in klassischen kommunistischen Machtkategorien.

Sein zweiter großer Fehler war seine Nationalitätenpolitik. Auch hier hat er die Entwicklungen weit unterschätzt, die Sprengkraft der nationalen Gegensätze. Und er hat in den letzten zwei Jahren

Zeit verloren, weil er eben nicht begriffen hat, dass die UdSSR nur durch Konsens dieser Nationen und ihrer Lebensräume zusammengehalten werden kann. Gorbatschow schwankte und lavierte, er wollte eine Art Zentrum zwischen dem radikalen, reformistischen Flügel und den alten, engstirnigen Apparatschiks sein.

Quelle: Hans Benedikt: Revolution – die Befreiung Osteuropas vom kommunistischen Absolutismus. Wien 1990

Er hat die Sprengkraft des Freiheitsdranges der Völker ebenfalls unterschätzt. Es ist nicht so, wie manche so genannte Experten glauben, dass Gorbatschow dem Westen und den Osteuropäern das alles schenken wollte. Er wurde durch die Entwicklung dazu gezwungen. In Wirklichkeit war es ihm darum gegangen, eine Art Nachfolgerarmee zu haben, überall kleine Gorbatschows. Nur hat er vergessen, dass es in diesen Ländern einfach keine tragkräftige Basis für die Sowjetunion gab. In der Sowjetunion selbst gibt es eine nationale Basis: Es gibt eine russische Basis in der russischen Sowjetunion, nicht aber in den anderen Regionen. Demgegenüber existierte in Osteuropa keine nationale Basis für den Kommunismus und es war ein Traum, zu glauben, die Herren Krenz, Rakowski oder Grosz könnten diese Situation stabilisieren. Dadurch geriet die Entwicklung völlig aus den Fugen und in der Folge war die Frage auch schon hinfällig, ob die Armee doch noch einzusetzen wäre. Quelle: Hans Benedikt (1990) a. a. O.

T 4

Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion

Die Ursachen der heutigen Nationalitätenkonflikte entstanden zum Teil erst in den sechziger und siebziger Jahren, als in der Ära der KP-Führer Nikita Chruschtschow und Leonid Breschnew Millionen ethnischer Russen in den Baltischen Republiken, in Zentralasien und in der Ukraine angesiedelt wurden. Die offiziellen Begründungen waren: Forcierte Industrialisierung, Landerschließung und „brüderliche Hilfe“ bei der Verwirklichung ambitionierter

Großprojekte, zu denen in einigen Republiken, vor allem in Asien, Fachleute und Arbeitskräfte nicht ausreichten. Die Nachfahren der damals in nicht-russischen Sowjetrepubliken angesiedelten ethnischen Russen sollten in den letzten zwei Jahren erfahren, wie schwer ein Minderheitendasein ist.

Quelle: Hans Benedikt: Revolution – die Befreiung Osteuropas vom kommunistischen Absolutismus. Wien 1990



Ende April 1986: Tschernobyl war auch ein offensichtliches Versagen des alten Systems der Sowjetunion: Die nicht mehr geheim zu haltenden furchtbaren Folgen des Super-GAU's veranlassten Gorbatschow letztlich, zu einer Politik der Öffnung und Information („Glasnost“) zu kommen. Foto: Bei den Aufräumarbeiten in Tschernobyl wurden Tausende Feuerwehrleute und Soldaten verstrahlt. Die Bevölkerung, besonders die Kinder, wird noch jahrzehntelang an den Spätfolgen des Unfalls im Atomkraftwerk leiden.

1989/90 Zusammenbruch der Volksdemokratien in Osteuropa

In der zweiten Jahreshälfte 1989 brachen die kommunistischen Regierungen in Osteuropa zusammen, nachdem Gorbatschow erklärt hatte, er werde die bestehenden KP-Regime im sowjetischen Satellitengürtel nicht mehr unterstützen.

Im Frühjahr 1990 ergriff die Los-von-Moskau-Bewegung auch die UdSSR: Litauen erklärte seine Unabhängigkeit, die beiden anderen baltischen Staaten Lettland und Estland folgten. Der ebenfalls neu gewählte Präsident der größten Unionsrepublik, der Russischen Föderation, **Boris Jelzin**, rief deren „Souveränität“ aus. Weiteren derartigen Erklärungen folgend, schlug Gorbatschow einen neuen Unionsvertrag zur Verhandlung vor.

Während des 28. Parteitages der KPdSU im Sommer 1990 versuchten die konservativen Kräfte der alten Nomenklatura (KP-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, Militärs u. a.) einen Großangriff auf Gorbatschows Programm, das vor allem wirtschaftlich bergab führte. Doch der Parteitag stand zu Gorbatschow; Jelzin aber trat aus der KP aus.

Nach einem Referendum (= Volksabstimmung) im Frühjahr 1991, bei dem sich fast dreiviertel der Sowjetbürger für einen Fortbestand der Union, in der aber die zentrale Machtstellung Moskaus eingeschränkt werden sollte, aussprachen, billigte die KPdSU Gorbatschows Programm.

Das war offenbar das letzte Signal für eine Gruppe von Verschwörern in Partei, Armee, Regierung und Geheimdienst KGB. Sie schlugen am 19. August 1991 los, einen Tag ehe Gorbatschow und die Präsidenten der Republiken den neuen Unionsvertrag unterzeichnen wollten. Die Putschisten stellten Gorbatschow in seinem Urlaubsort auf der Krim unter Hausarrest. Doch der allgemeine Widerstand – vor allem von entscheidenden Teilen der Armee, die in Moskau Jelzin unterstützten –, ließ den Putsch nach zwei Tagen scheitern.

Jelzin wurde seither allgemein als neuer „starker Mann“ angesehen und konnte so am 23. August 1991 die Kommunistische Partei wegen ihrer Beteiligung am Putsch verbieten! Gorbatschow trat als KP-Chef zurück und versuchte ein letztes Mal – allerdings vergeblich – gegen die allgemeinen Auflösungstendenzen der Union an die 15 Republiken zu appellieren, die militärische und wirtschaftliche Einheit zu wahren.

Reformversuche gehen weiter . . .

. . . Putschversuch der Reformgegner in Moskau scheitert

Verbot der KP in Russland

Inzwischen hatte auch die EG die Unabhängigkeit der drei baltischen Staaten anerkannt, kurz danach schlossen Russland und die Ukraine ein militärisches und wirtschaftliches Bündnis. Im September anerkannte auch der Staatsrat der UdSSR die Unabhängigkeit der Baltischen Staaten. Im Oktober beschlossen die 12 verbliebenen Republiken die Bildung einer neuen Wirtschaftsunion.

statt UdSSR „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“

Im November ergriff Jelzin erneut die Initiative: Er verbot die KP nun endgültig und entschied in Dekreten, dass Russland die Kontrolle über die Währung, den Handel mit Öl, Gold sowie den Devisenhandel übernehme.

Wirtschaft weiter als Kernproblem

Im Dezember stimmten die Wähler in der Ukraine mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit. Gorbatschow sah nun seine Versuche, die Sowjetunion zu erhalten, als gescheitert und trat als deren letzter Präsident zurück. Am 26. Dezember 1991 beschloss der Republikssowjet des Obersten Sowjet das Ende der Sowjetunion, nachdem kurz vorher von den Republikpräsidenten die lose Staatengemeinschaft GUS gegründet worden war.

Die wirtschaftlichen Probleme der Umstellung der Zentralverwaltungswirtschaft wurden dadurch aber nicht gelöst. Im Gegenteil – das Auseinanderbrechen eines früher in sich verflochtenen Wirtschaftsraumes beschleunigte sich, die Probleme der Versorgung und der früher unbekanntem Arbeitslosigkeit verstärkten sich.

Im Frühjahr 1993 verstärkte sich der Konflikt zwischen dem vom Volk direkt gewählten russischen Präsidenten Boris Jelzin und dem auf seine verfassungsmäßigen Rechte pochenden Volksdeputiertenkongress. Die Erstellung einer Verfassung, die klären soll, wem im Staat wie viel Macht zukäme, wurde zum zweiten wichtigen Problem. Die Mehrzahl der Abgeordneten kritisierte Jelzins z. T. eigenmächtiges Vorgehen, die Reformschritte und den ihrer Meinung nach starken westlichen Einfluss. Die ehemaligen kommunistischen Funktionäre der Nomenklatura haben sich indes längst mit den Reformen arrangiert und profitieren als neue „Kapitalistenklasse“ von ihnen. Umgekehrt konnte bislang die Regierung die steigende Arbeitslosigkeit und Verarmung immer größerer Bevölkerungsschichten nicht bremsen. Jelzins Dauerkonflikt mit einer von Nationalisten und KP dominierten Duma lähmt Russland und erzeugte bis 1999 immer wieder Regierungskrisen.

Andererseits brachte die bisherige Entwicklung eine weitere Dezentralisierung und Verselbständigung der Regionen mit sich. In diesen oft weitab von der Moskauer Zentrale gelegenen Gebieten bilden sich Machtkartelle aus Vertretern der Großindustrie oder industrialisierten Landwirtschaft und der alten und neuen Politnomenklatura. Je nach Ressourcenausstattung (Bodenschätze, noch funktionierende Industrien, Landwirtschaftskapazitäten etc.) der jeweiligen Regionen bauen sie immer stärker ihre Autonomie von der ehemals allmächtigen Moskauer Zentrale aus. Die Unterschiede im noch immer riesigen Staat Russland werden immer größer!

An den Rändern des ehemaligen Sowjetreichs, im Kaukasus (Tschetschenien), in Georgien und in der neuen Moldaurepublik brachen Nationalitätenkonflikte in blutigen bürgerkriegsartigen Kämpfen offen aus.

T 5

Hugo Portisch, der Altmeister des politischen Journalismus, hat am Freitagabend in einer ORF-Sondersendung, Russlands Probleme präzise analysiert.

- Es war ein schwerer Fehler, Russland nach 70 Jahren kommunistischer Planwirtschaft über Nacht die totale Marktwirtschaft einzureden und aufzudrängen. Das gab einigen wenigen Clans und Oligarchen – unter ihnen alte KP-Wirtschaftsfunktionäre – die Möglichkeit, sich den riesigen Reichtum einer Weltmacht unter den Nagel zu reißen.
• Westliche Wirtschaftshilfe konzentrierte sich ausschließlich auf die Überweisung von Hunderten Milliarden Krediten zur Stabilisierung der Währung. Das Geld floss aber zu hohen Teilen in die Taschen und Auslandskonten der Oligarchen (Schicht der Herrschenden), während Arbeiter, Armeeangehörige und Pensionisten über viele Monate kein Geld bekommen.
• Als einziges, gemessen an den bisherigen Ergebnissen einfach zynisches Rezept wird den Russen die Fortsetzung der „Reformen“ abverlangt. Dabei empfinden 99 Prozent der Russen das Wort Reform zurecht nur noch als gefährliche Drohung.

- Die bedingungslose politische Bindung an den Präsidenten Boris Jelzin ist spätestens seit drei Jahren eine Torheit. Der Mann ist intellektuell, psychisch und physisch nicht einmal mehr in der Lage einen Mittelbetrieb zu führen. Seine letzte Wiederwahl verdankt er ausschließlich den Oligarchen, an deren Fäden er jetzt politisch taumelt. Jelzin ist – frei nach dem berühmten Gorbatschow-Sager – längst ein Großteil des Problems und nicht mehr Teil der Lösung.
• Der Kopsprung in die Demokratie nach Jahrhunderten zaristischer und dann kommunistischer Diktatur überforderte ein Volk, dem diese Demokratie nur Machtkämpfe der Gewählten bietet statt das unverzichtbare Minimum an sozialer und persönlicher Sicherheit und Gerechtigkeit. Wir im Westen werden rasch aufhören müssen, die russischen Verhältnisse nach unserem Muster zu beurteilen und zu beeinflussen. Zurecht erinnerte Portisch daran, dass unser ganzer Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg nur weitgehend gegen die Regeln der freien Marktwirtschaft möglich war.

Quelle: Kurier, 6. 9. 1998

T 6

Wie schon seit Monaten erwartet, hat Wladimir Putin (von Jelzin überraschend am Silvestertag eingesetzt) die russischen Wahlen mit großem Vorsprung gewonnen.

Putin steht für Veränderung, zwar für einen unvollständigen, aber doch für einen gewissen Wandel, weil die Russen schon seit langem von Boris Jelzin genug haben. Von einem Magneten für die Massen, einem Idol der Frauen und der Intellektuellen hatte sich dieser in einen schwachen, Mitleid erweckenden alten Mann gewandelt. Die Menschen waren seiner wechselhaften, unvorhersehbaren Amtsführung überdrüssig, wie auch seiner Unfähigkeit, Gefühle unter Kontrolle zu halten und innerhalb der korrupten „Kreml-Gang“ integer zu bleiben. Sie machten Jelzin dafür verantwortlich, dass Russland zu einer lächerlichen Macht verkommen war, und waren seiner gebrochenen Versprechen müde geworden.

All dies machte Jelzin zu einer recht tragischen Figur. Ohne Zweifel bewahrte er die Freiheiten, die Gorbatschow erreicht hatte: Wahlfreiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Gewissensfreiheit. Die Etablierung einer wirklichen, anhaltenden Freiheit – der Freiheit, in einem verantwortungsvollen, sicheren und stabilen Staat zu leben – gelang ihm jedoch nicht . . .

Das jugendliche Alter Putins, seine Energie und seine Fähigkeit, in der Sprache des Volkes zu sprechen, sind sichtbare Zeichen für die Veränderung, die er zu versprechen scheint. Noch bedeutender ist, dass er alles für alle Menschen in Russland ist.

Auch Tschetschenien signalisierte dieses Versprechen eines Wandels. Obwohl viele den zweiten Tschetschenien-Krieg als Verschwörung im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen betrachteten, waren es die Tschetschenen, die Putin – mit ihrer Invasion

in Dagestan im August 1999 – die alle einende Sache und ein Wahlkampfthema in die Hand spielten. So unterstützten die meisten Russen Putin ganz echt, weil er nicht zögerte, für ein „Gesamt-Russland“ zu kämpfen. Diese Entscheidung kam dem verwundeten russischen Nationalstolz sehr entgegen, weil sie den Beweis dafür lieferte, dass Russland in seinem eigenen Interesse handeln und harte Entscheidungen treffen konnte, unabhängig davon, was der Westen sagte.

Das mit dem Tschetschenien-Krieg verwobene Versprechen, den Staat durch die Schaffung von Recht und Ordnung zu stärken, festigte Putins Anspruch auf die Präsidentschaft. Die „Diktatur des Gesetzes“, diese einzige Art von Diktatur, die Russland in seiner Geschichte nie erfahren hat, bildet den Kernpunkt seines Programms und ist die wahre Quelle für seine Stärke und Popularität. Die Russen mögen starke Führer und jeder, insbesondere der Westen, besteht darauf, dass Russland Rechtsstaatlichkeit braucht . . . Trotz seines Images als harter Mann des KGB (= Geheimdienstes) ist Putin sehr geschickt im Zufriedenstellen von Menschen. In der Tat ist sein erstaunlichstes Attribut die intellektuelle Flexibilität, das zu sagen, was jeder hören möchte. In dieser Hinsicht ähnelt Putin einem magischen Spiegel. Jeder, der in ihn hineinschaut, sieht sich selbst. Putin muss mehr als populär sein, wenn er Erfolg haben will. Wahlkämpfe sollten aufregend und richtungweisend sein; im Regieren liegen die stumpfe Schuferei der detaillierten Politik und die Bemühungen um genügend Unterstützung für notwendige Aktionen, die Wohlstand und Frieden zum Ziel haben.

Aleksander Bovin ist Chefkorrespondent für die russische Tageszeitung „Izvestia“ und ehemaliger russischer Botschafter – Quelle: Der Standard, 29. 3. 2000

T 7 Russlands neues Gesicht:

Jelzin hat die Macht selbst abgegeben – das hat vor ihm noch kein russischer Führer getan. Er hat das Volk um Verzeihung gebeten – auch das ist eine Neuigkeit in der russischen Geschichte. Jelzin war ein Muschik auf dem Kremlthron, bauernschlau und gerissen, unberechenbar, aber auch gutmütig und gemütlich. Gemütlich wird es mit Putin nicht mehr, er ist kein russischer Bär.

Die Russen sind es leid, in einem schwachen Staat zu leben, wo ein jeder jeden bekriegt und wirtschaftlich nichts dabei herauskommt. Die 1993 nach Jelzins Bedürfnissen erstellte russische Verfassung gibt dem Präsidenten Vollmachten, die in einem demokratischen

Staat des Westens undenkbar wären. Putin, gebildet und gewieft, wird die Machtfülle des Amtes wohl noch entschlossener ausnutzen, als es Jelzin getan hat. Mit Sicherheit ist Putin ein Antikommunist, er wird Russland nicht zu Planwirtschaft und Einparteiensherrschaft zurückführen. Doch weist vieles darauf hin, dass er nach dem Scheitern der jungen Reformer auf eine autoritärere Modernisierung Russlands setzt. Das Land hat sich in den vergangenen zehn Jahren gewaltig verändert, hat vom Kommunismus Abschied genommen, ist freier und bunter geworden, doch von einer Bürgergesellschaft ist es weit entfernt.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 1. 2000

T 8 Nach W. Putins Wahlsieg Spekulationen über Russlands Zukunft:

Moskau in der Weltpolitik wieder zu einem starken, geachteten und gefürchteten Mitspieler zu machen – das ist das erklärte Ziel Putins. Aber wie ist das zu bewerkstelligen? Russland, der Riese, ist wirtschaftlich weiter ein Zwerg (Anm.: Sein BIP entspricht gerade dem Börsenwert 1999/2000 der Internetfirma Cisco, ein Drittel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, die Lebenserwartung sank drastisch!). Militärisch beeindruckt Moskau nur noch mit seinem Kernwaffenarsenal, während seine konventionellen Streitkräfte trotz gewaltiger Überlegenheit im Nordkaukasus nicht einmal mit ein paar tausend Guerilleros fertig werden . . .

Putin kann zwei Dinge tun, um sich im Westen Gehör zu verschaffen. Er kann erstens die enge Kooperation und Partnerschaft suchen. Russland kommt dem Westen, allen voran den Amerikanern, in Abrüstungsfragen entgegen: Von neuer Konzilianz darf sich Moskau das Öffnen der Schleusen für westliche Wirtschafts- und Finanzhilfe sowie reichliche Investitionen erhoffen. Gegen einen solchen Kurs spricht freilich, dass man in Russland die erste Phase einer engen Partnerschaft mit dem Westen Anfang der neunziger Jahre als sehr negativ und extrem unvorteilhaft für die eigenen Interessen empfunden hat. Zweitens könnte Putin versuchen, die immer stärker werdenden transatlantischen Spannungen auszunutzen und Europäer und

Amerikaner gegeneinander auszuspielen. Es war schon überraschend, wie euphorisch in den europäischen Hauptstädten auf seinen Wahlsieg reagiert wurde und wie sich in die amerikanischen Reaktionen doch auch besorgte Töne mischten. Putin (der ehemalige KGB-Agent in Ostdeutschland) hat gegenüber der US-Außenministerin Albright auch bewusst die „europäische Mentalität Russlands“ herausgestrichen.

Und die autoritären Tendenzen, die liberal gesinnte Kreise in Moskau in Zusammenhang mit Putins Amtsantritt befürchten? Die stören im Westen allenfalls die Intellektuellen – aber kaum die Russlandreferenten der Regierungen oder der Geschäftsleute. Eine „starke Hand“ heißt für sie, dass Putin mit Korruption und Kriminalität aufräumt – und so das Klima für Investitionen verbessert; Autorität heißt für sie, dass Putin den Sturz Russlands in die Anarchie stoppt – und dadurch auch verhindert, dass Massenvernichtungswaffen aus russischen Arsenalen verschwinden und in „Schurkenstaaten“ landen. Stabilität ist für den Westen die Zauberformel, von der man sich die Lösung der russischen Probleme erwartet. Wenn Putin die garantieren kann, ist man bereit, sehr vieles in Kauf zu nehmen: auch das Wüten seiner Soldaten in Tschetschenien.

Quelle: Die Presse, 1. 4. 2000

A Arbeitsaufgabe:

- Gestalten Sie eine Wandzeitung mit aktuellen Berichten und Schlagzeilen zur Lage in Russland!

www-Tipp

http://www.dgo-online.org/seiten/oe-kontakte/laenderinformationen/russland/index_chrono.htm

11.2 Die Revolution in Osteuropa

In den Jahren 1989/90 veränderten sich in den Staaten des „Ostblocks“ die wirtschaftlichen und politischen Strukturen. In fast allen Fällen verliefen diese Umstürze friedlich.

Perestrojka ermöglicht Umbruch in Osteuropa

Ermöglicht wurde dies durch neue politische Bedingungen, die mit der Perestrojka in der Sowjetunion entstanden. Die Politik der „Perestrojka“ bedeutete auch, dass die Unabhängigkeitsbestrebungen der Ostblock-Staaten nicht mehr mit militärischen Mitteln unterbunden werden würden. Die Opposition, die sich schon in den Jahren zuvor in religiösen und nationalistischen Kreisen gesammelt hatte, wurde nun aktiv gegen die kommunistischen Parteien und Regierungen. Die Machthaber versuchten es zunächst mit Zugeständnissen, mussten aber, da die Protestbewegungen nicht abrisen, schließlich verhandeln. Im Laufe des Jahres 1990 wurden in allen ehemaligen kommunistischen Staaten freie Wahlen durchgeführt. Freilich bedeutete der Umsturz nicht, dass die alte herrschende Klasse völlig aus ihren Machtpositionen verdrängt wurde. Rascher Gesinnungswandel und die Unmöglichkeit, sämtliche Führungskräfte auszutauschen, bewirkten, dass sich viele Verantwortliche des alten Systems weiter als Entscheidungsträger halten konnten.

nach Protestbewegung ... freie Wahlen 1990

Im Gegensatz zum politischen, der rasch erfolgte, geht der wirtschaftliche Umbruch nur langsam vor sich. Doch es erwuchs der politische Umbruch zu Demokratie und Marktwirtschaft gerade aus der Notwendigkeit wirtschaftlichen Überlebens. Die Idee, die wirtschaftliche Macht in den Händen einer politischen Führungsschicht zu konzentrieren, hatte in der Praxis zu einer Mangelwirtschaft geführt, die bei rohstoff- und energieintensiver Produktion am Weltmarkt meist nicht konkurrenzfähige Produkte hervorbrachte. Veraltete Produktionsanlagen mit hoher Umweltbelastung, eine starke Überschuldung der Volkswirtschaften durch Auslandskredite, ungelöste soziale und nationale Probleme belasten die neuen demokratischen Entwicklungen.

Strukturprobleme der Volkswirtschaften

Polen und Ungarn, in denen Reformen schon in den achtziger Jahren begonnen worden sind, hatten die besten Chancen auf eine rasche Bewältigung der Umstellung. Tschechien konnte dank seines hohen Industrialisierungsgrades, die ehemalige DDR durch die Vereinigung mit Westdeutschland Besserung in der nahen Zukunft erhoffen. In Südosteuropa (Bulgarien, Rumänien) hielten sich Vertreter des alten Systems stärker an der Macht. Die Wirtschaftsstrukturen sind nach wie vor überwiegend agrarisch und industriell rückständig. Eine politische Hypothek entstand in Osteuropa durch den Führungsanspruch nationalistischer Bewegungen nach ihrer Teilnahme an den Revolutionen. Die Aggressionen, die sich zunächst noch gegen die kommunistischen Parteien und Regierungen richteten, wurden nach deren Absetzung frei für Auseinandersetzungen unter den ethnischen Gruppen.

Nationalitätenprobleme brechen wieder auf



Der Herbst 1989 war noch geprägt vom Widerstand des KP-Regimes gegen die Demokratiebewegung. (Bild Wenzelsplatz/Prag)



Junge Deutsche aus Ost und West „besetzen“ die Mauer am Brandenburger Tor in Berlin, um auch hier die Maueröffnung zu erreichen (November 1989)

Aus: Informationen zur politischen Bildung



Prag – November 1989: Friedliche Demonstrationen und Kundgebungen in Prag. Auf dem Transparent ist zu lesen: „Schon wieder hat man euch belogen. Die Arbeiter sind hier.“ Demonstrationen in den Monaten davor wurden von Polizeikräften brutal aufgelöst.
Aus: Informationen zur politischen Bildung, 91/1



Frühjahr 1990: Alexander Dubcek, der Reformator von 1968, mit Vaclav Havel, Dissident, Dichter und späterer 1. Staatspräsident

Europäische Wanderbewegung

So fühlen sich die Slowaken von den Tschechen, die Ungarn in der Slowakei von den Slowaken, die ungarischen und deutschen Minoritäten von den Rumänen, die Türken von den Bulgaren unterdrückt.

Die auch abseits ökonomischer Grundüberlegungen erfolgten nationalen Abspaltungen reichen derzeit von der durch kriegerische Auseinandersetzungen getragenen Katastrophe im ehemaligen Jugoslawien bis hin zur bislang friedlich verlaufenen „zivilisierten Scheidung“ Tschechiens (Böhmen und Mähren mit der Hauptstadt Prag), von der die Trennung betreibenden Slowakei (Hauptstadt Bratislava) im Jänner 1993.

Die entwickelten demokratischen Staaten Europas werden durch den Zusammenbruch des Ostblocks vor neue Probleme gestellt. Millionen von Menschen wollen aufgrund der drückenden Lage in der Heimat in den „Westen“ übersiedeln, dessen Regierungen dies mit Visazwängen, Festsetzung von Ansiedlungsquoten und militärischer Sicherung ihrer Grenzen zu verhindern suchen. Das „große europäische Friedensprojekt EU“ wird ab 2004 auch auf diese Staaten ausgedehnt werden – trotz aller dabei auftretenden Schwierigkeiten!

A **Arbeitsaufgaben:**

Kalendarium „Revolution in Osteuropa“

Kopieren Sie die Seiten 172 und 173 des Buches und zerschneiden Sie sie an den angegebenen Schnittlinien. Sie erhalten damit 64 Kärtchen, auf denen wesentliche Stationen des Umbruchs in Osteuropa verzeichnet sind.

- Ordnen Sie die Kärtchen erst nach Ländern chronologisch. Dann legen Sie die Länder in Streifen zu einer Synopse (vergleichende Gegenüberstellung von Texten): D, PL, CS, H, RO, BG, AL, UdSSR. Als Hilfslinie können Sie sich dabei in der Blattmitte einen waagrechten Bleistiftstrich für den Dezember 1989 zeichnen. Sollten mehrere Kärtchen aus einem Monat sein, legen Sie diese leicht überlappend!
- Eine **Kurzvariante** bieten Ihnen die **grau unterlegten Kästchen**. Mit diesen lässt sich auch ein kürzeres Kalendarium (wie z. B. beim Kapitel „Der Zweite Weltkrieg“) in Ihr Heft übertragen!
- **Zur Interpretation:** Gab es bei der von Ihnen zusammengeklebten Synopse zu bestimmten Zeitpunkten Häufungen der Ereignisse?
- Überlegen Sie, welche Ereignisse es waren, die in den einzelnen Staaten den Umbruch ausgelöst haben. In welchen Ländern begannen die Revolutionen zuerst? Wie reagierten die KP-Regierungen auf die Opposition?

Wandzeitung „Revolutionen in Osteuropa“

Ergänzen Sie auf einer Wandzeitung die Quellentexte auf Seite 174 durch aktuelle Zeitungsausschnitte!

Kalendarium: Revolution in Osteuropa 1989-91

Kopieren Sie diese und die nächste Seite und zerschneiden Sie die Kopien an den angegebenen Schnittlinien. Sie erhalten damit 64 Kärtchen, auf denen wesentliche Stationen des Umbruchs in Osteuropa verzeichnet sind.

<p>UNGARN: März/April 90: Nach ersten freien Parlamentswahlen wird im Mai eine bürgerlich/konservative Koalitionsregierung in Ungarn gebildet.</p>	<p>DDR: Feb. 90: Nach einem Besuch in Moskau schlägt Modrow unter dem Motto „Deutschland einig Vaterland“ auch einen gemeinsam, politisch aber neutralen dt. Staat vor. Die Opposition tritt mit acht Ministerposten in die Regierung ein. Die westdeutsche Regierung fordert eine schnelle Wirtschafts- und Währungsunion, um die Fluchtbewegung zu stoppen. Zunehmende Wirtschaftsprobleme in der DDR.</p>	<p>DDR: Mai 89: Manipulierte Kommunalwahlen in der DDR, Bürgergruppen und Kirchen kritisieren die Wahlhelfungen der KP.</p>	<p>UNGARN: Feb. 89: In Ungarn, dem Land, das als erstes im Ostblock Marktreformen schon seit Anfang der 60er Jahre versucht, lässt die KP-Regierung ein Mehrparteiensystem zu. KP verzichtet auf alleinigen Führungsanspruch.</p>
<p>TSCHECHOSLOWAKEI: 28. Dez. 89: Der Slowake Alexander Dubček, Symbol des „Prager Frühlings“ wird Parlamentspräsident, der tschechische Dissident und Schriftsteller Vaclav Havel wird am 29. Dezember zum ersten nichtkommunistischen Staatspräsidenten vom Parlament gewählt.</p>	<p>DDR: 1. Juli 90: Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen BRD und DDR tritt in Kraft.</p>	<p>RUMÄNIEN: 17. 12. 89: Mit Demonstrationen von Ungarn, Rumänen und Deutschen in Temesvar beginnen Bürgerproteste auch in Rumänien.</p>	<p>BULGARIEN: August 90: Das Parlament wählt nach Demonstrationen den Oppositionspolitiker Schelew zum ersten nichtkommunistischen Präsidenten Bulgariens.</p>
<p>RUMÄNIEN: 20. 5. 90: Erste freie, von manchen Beobachtern aber als nicht fair erachtete Wahlen bringen der „Front zur nationalen Rettung“ Iliescu eine Mehrheit.</p>	<p>UdSSR: Jänner 90: Der RGW als Wirtschaftsgemeinschaft des Ostens zum Austausch von Waren hat ausgedient: Nur mehr Zahlungen in westlichen Währungen zwischen den Oststaaten.</p>	<p>UNGARN: 19. 8. 89: Massenflucht von DDR-Urlaubern über die österr./ungar. Grenze als Höhepunkt einer sommerlichen Fluchtbewegung. In der Folge ermöglicht die ungarische KP-Regierung mit Hilfe des Roten Kreuzes die freie Ausreise weiterer DDR-Deutscher (Urlauber).</p>	<p>ALBANIEN: Sommer 90: Fluchtbewegung von Albanern in Bot-schaften (zB CSFR, BRD . . .).</p>
<p>RUMÄNIEN: März 90: Nationalistische Ausschreitungen gegen die ungarische Minderheit in West-Rumänien.</p>	<p>POLEN: Februar 89: „Gespräche am runden Tisch“ zwischen KP-Regierung und Opposition vor dem Hintergrund von Arbeitskämpfen.</p>	<p>TSCHECHOSLOWAKEI: 28. Okt. 89: Demonstration auf dem Prager Wenzelsplatz („für freie Wahlen und Demokratie“) von der Polizei auseinander geprügelt. Ebenso auch am 17. November.</p>	<p>DDR: 17. Juli 90: Gorbatschow und der deutsche Bundeskanzler Kohl unterzeichnen einen Vertrag über die volle Souveränität Deutschlands und bestätigen die freie Bündniswahl des vereinten Deutschland.</p>
<p>DDR: 18. Okt. 89: Honecker durch einen neuen SED-Vorsitzenden ersetzt – Demonstrationen („für freie Wahlen – gegen Machtkonzentration“) gehen weiter.</p>	<p>DDR: 18. März 90: Bei den Volkskammerwahlen in der DDR gewinnen die CDU 41% und die als PDS kandidierende SED 16%.</p>	<p>BULGARIEN: Okt./Nov. 89: Die 1. KSZE-Umweltkonferenz nützt eine Bürgerbewegung „Öko-Glasnost“ zu Unterschriften-sammlungen gegen Umweltzerstörung und den bulgarischen KP-Staats- und -Parteichef Schiwkow.</p>	<p>UdSSR: Auflösung des Warschauer Pakts mit 1. 4. 1991.</p>
<p>DDR: September 89: In Leipzig und anderen Städten Demonstrationen der Bürgerbewegung „Neues Forum“ und von evangelischen Kirchenkreisen für Reisefreiheit und Reformen – werden von der Polizei gewaltsam aufgelöst. Eine Fluchtbewegung beginnt.</p>	<p>ALBANIEN: Dezember 90: Streiks und Demonstrationen in Albanien.</p>	<p>BULGARIEN: Dez. 89: Neun Oppositionsgruppen bilden die „Union Demokratischer Kräfte“, die KP gibt ihren in der bulgarischen Verfassung verankerten alleinigen Führungsanspruch auf.</p>	<p>POLEN: 2. Jahreshälfte 89: Wirtschaftshilfe der USA und EG für Polen.</p>
<p>DDR: Oktober 89: Nach dem „Friedensgebet“ in Leipzig Beginn der in der Folge regelmäßigen „Montagsdemonstrationen“ (mit Rufen „Wir sind das Volk“) – Polizei greift nicht ein, in Dresden verhandelt die SED mit der Bürgerbewegung.</p>	<p>POLEN: August 89: Erstmals ein nichtkommunistischer Regierungschef in Polen vom Parlament gewählt.</p>	<p>DDR: 9. Nov. 89: DDR öffnet „ab sofort“ alle Grenzstellen zur BRD und zu Berlin für ungehinderte Ausreise! Aulhebung des Schießbefehls an den DDR-Grenzen.</p>	<p>UdSSR: Jänner 90: Einseitige Abrüstungsvorschläge Gorbatschows für Europa. Nato zieht mit eigenen Abrüstungsvorschlägen nach.</p>
<p>RUMÄNIEN: Ende Dezember 89 übernimmt der ehemalige ZK-Sekretär der KP, Iliescu, das Präsidentenamt und verspricht freie Wahlen; die internationale Rumänienhilfe läuft an. Anhaltende Fluchtbewegung der Rumänen nach Westeuropa.</p>	<p>BULGARIEN: 10. Nov. 89: Schiwkow wird als Parteichef vom bisherigen Außenminister abgelöst, eine Woche später demstretieren bei der ersten genehmigten Protestkundgebung in Sofia 50.000 Menschen für Demokratie und freie Wahlen.</p>	<p>UNGARN: März 90: Abkommen über den Truppenrückzug der sowjetischen Armee aus Ungarn.</p>	<p>DDR: 3. Okt. 90: Politische Einigung Deutschlands unter BRD-Führung – Ende der DDR (in Zukunft: „die neuen dt. Bundesländer“).</p>

Arbeiten Sie in Gruppen oder mit dem Nachbarn:

- Ordnen Sie die Kärtchen nach Ländern und nach der zeitlichen Abfolge der Ereignisse!
- Überlegen Sie, welche Ereignisse es waren, die in den einzelnen Staaten den Umbruch ausgelöst haben.
- In welchen Ländern begannen die Revolutionen zuerst?
- Wie reagierten die KP-Regierungen auf die Opposition?

<p>TSCHECHOSLOWAKEI: März/April 90: Das Parlament streicht das Wort „sozialistisch“ aus dem Staatsnamen; eine gleichberechtigte föderative Republik von Tschechen und Slowaken auf CSFR umbenannt.</p>	<p>BULGARIEN: Jänner 90: KP-Regierung und Opposition vereinbaren „am runden Tisch“ Koalitionsregierung; Schiwkow wird verhaftet.</p>	<p>DDR: 18. Mai 90: Einigung der BRD- und DDR-Regierung über eine Wirtschafts- u. Währungsunion ab 1. Juli 90 und damit Entfall der Kontrollen an der innerdeutschen Grenze.</p>	<p>DDR: 13. Nov. 89: KP-Politbüro der SED zurückgetreten, Dresdner Parteisekretär Modrow wird Übergangsministerpräsident.</p>
<p>UNGARN: August 89: Erstmals seit 42 Jahren ziehen nach Wahlen einige Oppositionspolitiker ins Parlament ein.</p>	<p>TSCHECHOSLOWAKEI: 10. 12. 89: Neue CSSR-Regierung. Erstmals sind Vertreter der KP in der Minderheit.</p>	<p>ALBANIEN: 20. Feb. 91: Bei Massendemonstrationen wird das Denkmal des albanischen KP-Gründers Hodscha von Studenten und Arbeitern gestürzt, KP-Regierung verspricht freie Wahlen. Weitere Fluchtbewegungen.</p>	<p>RUMÄNIEN: 22. 12. 89: Teile der Armee stellen sich auf die Seite der Demonstranten, der Rumänische KP-Führer Ceausescu wird gestürzt und in der Folge standrechtlich hingerichtet.</p>
<p>RUMÄNIEN: 14. 6. 90: Nach weiteren Demonstrationen ritt Iliescu KP-treue Bergarbeiter als Schlägergardien nach Bukarest, um die Opposition zu zerschlagen.</p>	<p>UdSSR: 29. Okt. 89: Sprecher des ZK der UdSSR erklärt das Recht jedes Mitgliedslandes, frei aus dem Warschauer Pakt austreten zu können.</p>	<p>POLEN: Februar 89: Wiederzulassung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“. „Gespräche am runden Tisch“ zwischen KP-Regierung und Opposition.</p>	<p>DDR: 7. Okt. 89: Anlässlich der Vierzigjahrfeier der DDR versichert Gorbatschow: „... die Auswahl der Entwicklungsformen ist eine souveräne Angelegenheit eines jeden Volkes...“ und stellt sich so gegen die konservative alte DDR-Führung unter Honecker.</p>
<p>TSCHECHOSLOWAKEI: 24. Nov. 89: In der CSSR treten nach tagelangen Massendemonstrationen für Demokratie und freie Wahlen KP-Chef und Präsidium des KP-ZK zurück. Tage danach verzichtet KP auf die Führungsrolle in der CSSR-Politik.</p>	<p>RUMÄNIEN: April 90: Studentenproteste gegen KP-Regierung Iliescus in Bukarest („nur Austausch der Führer – keine Änderungen im politischen System“).</p>	<p>POLEN: ab 1. 1. 89: Legalisierung freien Unternehmertums und Öffnung der polnischen Wirtschaft für Auslandskapital (erstmalig in einem Ostblockland).</p>	<p>ALBANIEN: 10. Jänner 90: Das KP-Organ Albanien titelt „Niemand darf es wagen, mit dem sozialistischen Albanien sein Spiel zu treiben!“</p>
<p>RUMÄNIEN: August 90: Massendemonstrationen „gegen die noch immer bestehenden kommunistischen Machtstrukturen“ und die Wirtschaftsmisere in Rumänien.</p>	<p>RUMÄNIEN: 21. 12. 89: Die Protestbewegung eriasst nach anderen Städten auch die Hauptstadt Bukarest. Sicherheitskräfte eröffnen Feuer auf Demonstranten.</p>	<p>TSCHECHOSLOWAKEI: 21. Aug. 89: Massendemonstration am Wenzelsplatz zum Jahrestag der CSSR-Invasion 1968 wird brutal von Spezialeinheiten der Polizei auseinander geprügelt.</p>	<p>DDR: Dez. 89: SED gibt alleinigen politischen Führungsanspruch auf. Nach Treffen der DDR-Regierungsparteien mit Oppositionsgruppen zu Direktverhandlungen an einem „runden Tisch“ werden freie, gleiche, geheime Wahlen vereinbart. Weitere Verhandlungen zur Demokratisierung folgen.</p>
<p>UdSSR: 7. 7. 89: Am Gipfeltreffen der Ostblockstaaten in Bukarest spricht sich Gorbatschow für Reformen in ganz Europa aus und betont die Selbständigkeit jedes sozialistischen Staates.</p>	<p>BULGARIEN: 10. u. 17. 6. 90: Bei den ersten freien Wahlen in Bulgarien seit 1946 gewinnen die ehemaligen Kommunisten (umbenannt in BSP) die absolute Mehrheit.</p>	<p>ALBANIEN: 10. 6. 91: Anhaltende Wirtschaftsprobleme und Unruhen zwingen KP erstmals, einer nichtkommunistischen Regierung zuzustimmen.</p>	<p>POLEN: Juni 89: Erstmals in Polen unter Teilnahme der Opposition abgehaltene freie Wahlen bringen überwältigenden Erfolg für das Bürgerkomitee der Solidarnosc.</p>
<p>TSCHECHOSLOWAKEI: Jänner 90: Regierung fordert von UdSSR Abzug ihrer Truppen aus der CSSR. Diese beginnt im Februar mit dem Rückzug.</p>	<p>TSCHECHOSLOWAKEI: Feb. 89: Der Dramatiker, Dissident und Charta-77-Sprecher Vaclav Havel wird zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.</p>	<p>UNGARN: Mai 89: Abbau des Eisernen Vorhangs an Ungarns Grenzen zu Österreich. Juni 89: Rehabilitation und feierliches Staatsbegräbnis für den in Folge des Volksaufstands 1956 hingerichteten Imre Nagy.</p>	<p>TSCHECHOSLOWAKEI: Anfang Nov. 89: 12 Oppositionsgruppen schließen sich zum „Bürgerforum“ zusammen.</p>
<p>POLEN: Jänner 90: Einführung der Marktwirtschaft in Polen bringt hohe Preissteigerungen und Zloty-Abwertung.</p>	<p>UNGARN: 10. Sept. 89: Ungarn kündigt die „Grenzschutzgemeinschaft“ des Ostblocks und lässt ab sofort ungehindert über seine Grenzen alle ausreisen.</p>	<p>TSCHECHOSLOWAKEI: 8./9. Juni 90: Bei den ersten freien Parlamentswahlen seit 44 Jahren großer Erfolg für das Bürgerforum (KP erreicht nur 13%).</p>	<p>ALBANIEN: April 91: Bei Wahlen gewinnt die kommunistische Partei in (dem noch weitgehend agrarischen) Albanien mit den Parolen der „Sicherheit“ vor allem bei der Landbevölkerung.</p>

A • Vergleichen Sie die folgenden Aussagen Gorbatschows 1987 mit der Reaktion der sowjetischen Regierung auf den Prager Frühling (Breschnew-Doktrin 1968) im Kap. 12.3.

Wir sind bereits daran, die Beziehungen innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft an die Erfordernisse der Zeit anzupassen

Wichtigste Rahmenbedingungen der politischen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten muss die absolute Unabhängigkeit dieser Staaten sein . . . Die Unabhängigkeit jeder Partei, ihr souveränes Recht, über die Probleme des betreffenden Landes zu ent-

scheiden, und ihre Verantwortung gegenüber der von ihr vertretenen Nation sind Prinzipien, die über jede Diskussion erhaben sind . . .

Im Prinzip ist jedes sozialistische Land auf die eine oder andere Weise mitten in einem Prozess der Suche nach Erneuerung und tiefgreifender Umgestaltung. Aber jedes Land entscheidet durch seine Führung und sein Volk unabhängig, in welchem Grad und Umfang, auf welche Weise, wie schnell und mit welchen Methoden diese Umgestaltung vor sich gehen soll. . . .

Quelle: Michail Gorbatschow: Perestrojka. Die zweite russische Revolution, München 1987

T 10 Umbruch in der DDR

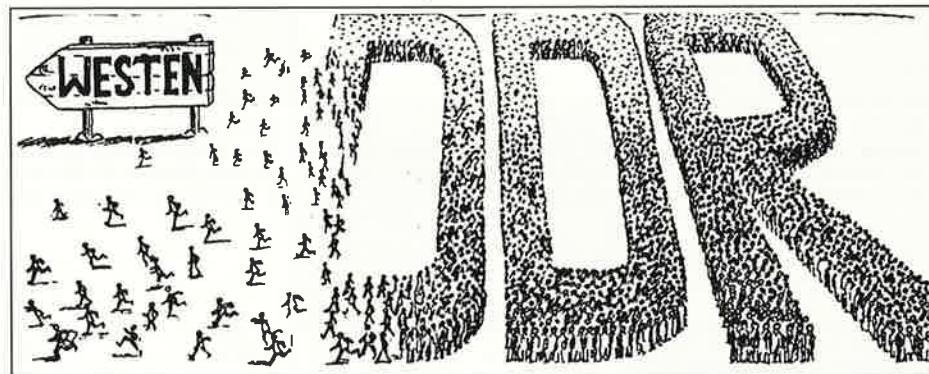
Die DDR war, wie R. Heinrich schon vor der „Wende“ kritisierte, ein „vormundschaftlicher Staat“ mit verwalteten Bürgern und verplanten Leben. Nicht zuletzt die systematische Unterdrückung von Eigeninitiative, Querdenken, Kreativität und Phantasie war es, die viele im Laufe der Jahre resignieren ließ und auf teilweise abenteuerlichen Wegen aus dem Land trieb. Die täglich erfahrbaren Mängel der Planung und das Gefühl, doch nichts ändern zu können, führten nicht nur zum „sozialistischen Gang“ und einer vergleichsweise niedrigen Produktivität. Sie bildeten insgesamt „ein in sich geschlossenes System der Leistungszurückhaltung und Innovationsträgheit“, mit dem die DDR im internationalen Wettbewerb zunehmend zurückfiel. Alle die geschilderten Ordnungsprinzipien, so unverzichtbar sie offenbar aus der Sicht der SED für den Machterhalt waren, behinderten letztlich notwendige Lern- und Anpassungsprozesse und forderten mit dem allgemeinen „Glaubensverfall“ im Ostblock, wirklich das überlegene Systemmodell zu haben, schließlich die Revolution heraus.

Quelle: G. Werner, in: Gegenwartskunde Sonderheft 1990

Mit dem „neuen Denken“ aber, mit „Glasnost“ und „Perestrojka“ kehrte sich die alte Parole „Von der Sowjetunion lernen, heißt Siegen lernen“ plötzlich gegen das SED-Regime selbst. Erst die neue sowjetische „Sinatra-Doktrin“, wie sie ein Gorbatschow-Berater selbstironisch nannte, erlaubte es den Ostblock-Staaten, ihren eigenen Weg zu suchen und zu gehen („I did it my way“). Wie ungarische Reformpolitiker später sagten, hatte man zunächst immer wieder vorsichtig nach Moskau geblickt, als ab Mai 1989 begonnen wurde, dort den „Eisernen Vorhang“ zwischen Ost und West abzureißen. Und erst, als dort keine negativen Reaktionen erkennbar waren, wurde er Stück für Stück noch weiter durchlässig gemacht. Spätestens seit der völligen Öffnung der ungarischen Grenzen am 10. September 1989 hatte die Mauer, die den Menschen in der DDR kaum eine andere Chance ließ, als sich dem SED-Regime letztlich irgendwie zu fügen, plötzlich ein breites Schlupfloch. Damit aber – und weil eine sowjetische „Bruderhilfe“ wie am 17. Juni 1953 nicht mehr zu erwarten stand – musste auch die alte Strategie der Repression oder gar eine „chinesische Lösung“ gegen das Volk, wie sie innerhalb des SED-Politbüros wohl tatsächlich erwogen wurde, letztendlich scheitern.

A **Arbeitsaufgaben:**

- Ergänzen Sie die Entwicklung mit Hilfe der Informationen der Website: www.dhm.de/lemo
- Was will die Karikatur ausdrücken?



Quelle: die tageszeitung, Berlin (West)
Karikatur: Joachim Kohlbrenner

T 11 1990: Politisch ist man leichter „frei“ . . .

Was ist also das Neue an der gegenwärtigen Krise? Das, was die Krise so gefährlich auch für die Reformbestrebungen macht: die Tatsache, dass durch die geplanten radikalen Eingriffe Sicherheiten verloren gehen oder bereits verloren gegangen sind. Das traditionelle System des realen Sozialismus beruhte auf der Priorität der Sicherheit auf allen Gebieten: Es entstand wegen des militärischen Sicherheitsbedürfnisses der Sowjetunion. Es gab den Beschäftigten Sicherheit des Arbeitsplatzes, den Konsumenten Versorgungssicherheit auf einem niedrigen Niveau. Dasselbe gilt von den Dienstleistungen der Verwaltung. Nach dem Ende des Stalinismus war auch die Politik berechenbar und sicher geworden, so dass man darauf vertrauen konnte, nicht mit der Politik in Konflikt zu kommen, wenn man sich an konformistische Spielregeln hielt (umgekehrt konnte man aber auch sicher damit rechnen, Probleme zu bekommen, wenn man sich nicht daran hielt). Es steht zu erwarten, dass sich die „westlichen“ Inseln ausdehnen werden. In wirtschaftlicher Hinsicht sind das marktwirtschaftliche Inseln rund um die joint ventures, in politischer Hinsicht eine un-

abhängiger werdende Presse und öffentliche Meinung, ein kräftig sich zu Wort meldender Parlamentarismus. Doch bei dem unaufholbaren Wohlstands- und Entwicklungsgefälle zwischen Ost und West wäre es sozialpolitisch nicht zu vertreten, den staatlichen Schutz für die Schwachen wegfallen zu lassen. Die Schwachen sind in Osteuropa in der Überzahl, ob es nun Konsumenten oder Betriebe sind. Osteuropa steht im Begriff, zur Ein-Drittel-Gesellschaft zu werden. Von den Maßnahmen, die gegenwärtig wirtschaftlich vernünftig scheinen, profitieren die übrigen zwei Drittel nicht. Es hat sich eine neue Mittelklasse vor allem in den Reformstaaten Ungarn und Polen für eine Reihe möglicher zukünftiger Situationen abgesichert. So sind nach einer Analyse des ungarischen Soziologen Hankiss 70% der Budapester Boutiquen unmittelbar oder mittelbar in der Hand von ehemaligen kommunistischen Parteifunktionären. Polnische Untersuchungen zeigen ein ähnliches Bild und beweisen die Flexibilität der alten Nomenklatura.

Quelle: H. G. Heinrich, in Truger/Macho: Mitteleuropäische Perspektiven, Wien 1990

T 12 Der Soziologe Ralf Dahrendorf beleuchtete das neue Europa

Das Revolutionsjahr 1989 markiert in den Augen Dahrendorfs eine „große Stunde der Freiheit“. In seinem Buch „Betrachtungen über die Revolution in Europa“ hat der Sozialforscher versucht, diesen „euphorischen Moment“ der Weltgeschichte festzuhalten – von dem absehbar war, dass er in dieser Form nicht von Dauer sein würde.

Denn zwei Prozesse haben mittlerweile die Menschen in den osteuropäischen Reformstaaten nach dem ersten Glücksgefühl ihrer Freiheitsrevolution gnadenlos eingeholt. Zum einen gebe es, so sagt Dahrendorf, eine schwierige, ja bedrohliche Ungleichzeitigkeit politischer und wirtschaftlicher Reformen. Politische Reformen ließen sich an der Oberfläche relativ leicht bewerkstelligen – z. B. Wahlen

in einem Land, das jahrzehntlang keine echte demokratische Abstimmung gekannt habe. Ökonomische Reformen hätten hingegen viel längere Fristen.

So werde die Privatisierung in den osteuropäischen Reformstaaten wohl zehn Jahre lang dauern. „Die Einführung der Marktwirtschaft erfordert eine Zeit des Sparens. Es ist nicht möglich, ökonomische Chancen sofort an alle weiterzugeben. Es gibt ein ökonomisches ‚Tal der Tränen‘ – das jedenfalls länger dauert als eine Legislaturperiode.“ Dies führe dazu, dass viele Menschen daran zu zweifeln begännen, ob die Demokratie ihnen das bringen werde, was sie sich von ihr erhofft hätten.

Quelle: Salzburger Nachrichten, 5. 8. 1992

T 13 Die Last der Vergangenheit:

Als die Völker in der östlichen Hälfte Europas den Kommunismus abwarfen, standen sie bei uns in hoher Gunst. Freiheit für ein unterdrücktes Volk ist dem Westen immer recht, besonders wenn er dafür keinen Finger zu rühren braucht. In Deutschland kam Dankbarkeit dafür hinzu, dass die Polen und die Ungarn mit ihrem Freiheitssinn und Mut den östlichen Deutschen den Weg zur Wiedervereinigung geöffnet hatten.

Lange hat die Gunst nicht gehalten. Aus den östlichen Staaten kamen bald immer mehr schlechte Nachrichten: Nationalismus, Nationalitätenstreit, sogar blutiger Krieg; Parteienwirrwarr, Unregierbarkeit, Inflation, Verarmung, wachsende Kriminalität; Kommunisten in wichtigen Positionen, die sie eigentlich, wäre es mit rechten Dingen zugegangen, längst hätten verlassen müssen. Da wurden im Westen die Gesichter lang und die freundlichen Worte seltener. Die westliche Gesellschaft, die selber für nichts verantwortlich sein will, legt den östlichen Völkern die neuen Übel zur Last.

Dabei liegt auf der Hand, wie vieles davon bolschewikische Erblast ist. Der zivilisatorische Unterbau wurde vernachlässigt und bricht nun an immer neuen Stellen zusammen. Die Wirtschaft arbeitete mit falschen Methoden und veraltetem Gerät; jetzt bringt sie kaum noch etwas hervor, das jemand in der Welt haben will. Luft, Wasser, Boden wurden mit Schadstoffen durchsetzt; nun frisst sich das Gift mit seiner zerstörerischen Wirkung immer weiter. Leute, denen der „Sozialismus“ schlechtes Arbeiten beigebracht hat, werden nicht in zwei Jahren fleißig und pünktlich. Den Völkern fällt es nach vier Jahrzehnten Einpartei-Despotie schwer, sich parteipolitisch zu orientieren. Es fehlt ihnen an politischem Führungspersonal.

Nicht alles Verkehrte im östlichen Europa lässt sich freilich auf den Kommunismus zurückführen. Es gibt dort noch andere üble Erbschaften, eine westlich-demokratische zum Beispiel. Westliche Demokratien haben nach 1918 das östliche Mitteleuropa so unangemessen eingerichtet, dass sie Nationalitätenkonflikte in mehreren Staaten und national bestimmte Konflikte zwischen einzelnen Staaten heraufbeschworen. Aus solchen Irrtümern ging der Staat Jugoslawien hervor, der so viel Elend über die in ihm zusammengewungenen Völker gebracht hat und dessen fatale Existenz nun in einem Meer von Blut endet.

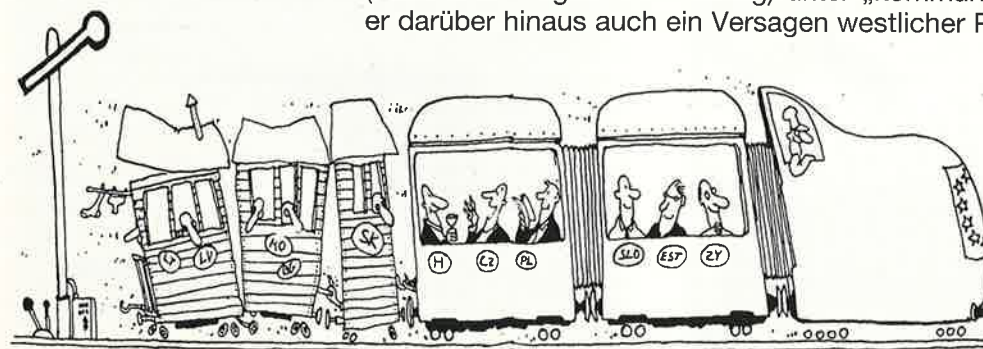
Viel hat zum fortwirkenden Elend der osteuropäischen Völker das nationalsozialistische Deutschland beigetragen. Zuerst lieferte es, mit dem Hitler-Stalin-Pakt, Staaten und Regionen dem Moskauer Tyrannen aus. Dann zog es, mit seinem wahnwitzigen Krieg gegen die Sowjetunion, die terroristische Moskauer Macht bis tief in die Mitte Europas. Die demokratische Welt schloss sich an. In ihrer Verblendung überließen die westlichen Siegermächte Stalin ohne Not Europa bis zur Elbe und zur Adria. Der Beitrag des Westens zur Befreiung der Völker im Osten war gering.

. . . Schon in der Zeit des Kalten Krieges gab es für Interessierte mancherlei Wege ins östliche Europa, man musste sie nur suchen und begehen. Daran fehlte es. Die Europäische Gemeinschaft hätte sich kaum so tief in eine falsche Jugoslawien-Politik verrannt, wenn die politische Klasse im westlichen Europa wenigstens über ein Grundwissen vom Belgrader Staat verfügt hätte.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 1. 1992

A **Arbeitsaufgaben:**

- Wie wird in T 11 die zukünftige Entwicklung eingeschätzt, welche Gefahren werden gesehen? – Vergleichen Sie dazu auch Aussagen in T 14. Was meint der Autor mit „Ein-Drittel-Gesellschaft“?
- Welche Probleme sieht Dahrendorf (T 12)? Warum schätzt er den wirtschaftlichen Reformprozess mit einem Jahrzehnt (und mehr) ein? Welches „psychologische“ Problem für die Menschen und das Funktionieren von Demokratie sieht er dabei?
- Wie wird die Position des Westens in T 13 beschrieben? Hat sich diese seit 1989/90 geändert? Wenn ja, warum? Was versteht der FAZ-Autor (Frankfurter Allgemeine Zeitung) unter „kommunistischer Erblast“? Sieht er darüber hinaus auch ein Versagen westlicher Politik?



Quelle: „Europa – Agenda 2000“

Ernüchterung in Osteuropa

Ein Jahrzehnt nach dem Systemwechsel in Mittel-Osteuropa befinden sich die Reformländer in der kritischen Phase einer „second transition“. Einerseits ist eine Ernüchterung gegenüber den 1990 noch hoch gesteckten Erwartungen eingetreten. Der gleichermaßen erforderliche Veränderungsprozess in Gesellschaft und Wirtschaft erwies sich als langwieriger als befürchtet. Andererseits zeichnet sich in den Ländern, die nicht durch Kriege und Bürgerkriege weiter zerrüttet wurden, die Entwicklung zu einer „Eindrittel-Gesellschaft“ ab: Während ein Drittel der Bevölkerung politisch teilnimmt, ökonomisch aktiv wird und die Chancen der Marktwirtschaft nutzt, wird der größere Teil der Gesellschaft (zwei Drittel) noch immer davon ausgeschlossen bzw. schließt sich selbst davon aus.

eine „Eindrittel-gesellschaft“?

Politische Stabilisierung ...

... durch Anbinden an die EU

T 14 Kluft zwischen dem Balkan und Mitteleuropa

Der Graben, der Ostmitteleuropa vom Balkan trennt, ist nach der Wende von 1989 als Folge der unterschiedlichen Ausgangslage immer tiefer geworden. Die Länder des Balkans, vor allem Serbien, Albanien, Bulgarien und Rumänien, sind beim wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozess deutlich hinter den ostmitteleuropäischen Ländern zurückgeblieben. Während Polen, Ungarn und Tschechien einen hohen Grad an Stabilität erreicht haben und auch die Voraussetzungen für eine Integration in die europäischen Institutionen weitgehend erfüllen, sind die Reformen in den bereits vor 1989 weniger entwickelten südosteuropäischen Ländern, in denen die Beharrung auf alten Strukturen und Denkweisen besonders ausgeprägt ist, gescheitert oder auf halbem Weg stecken geblieben. Die politisch noch wenig gefestigten Balkanländer laufen Gefahr, den Anschluss an Europa zu verlieren. Welches sind die Gründe für diese Entwicklung? Renéo Lukic, Professor für internationale Beziehungen und europäische Geschichte hat auf einige historische Fakten hingewiesen. Im Unterschied zum Balkan gab es in Ostmitteleuropa bereits Ansätze zu einer Zivilgesellschaft sowie demokratische Traditionen, auf die man zurückgreifen konnte. In diesen Ländern fand bei den ersten freien Wahlen ein Machtwechsel statt, während auf dem Balkan die alten Kommunisten zunächst an der Macht geblieben sind. Nach Ansicht von Lukic stehen Rumänien und Bulgarien, wo die demokratischen

Kräfte erst vor wenigen Monaten die Regierung übernommen haben, heute dort, wo sich die Länder Ostmitteleuropas vor sieben Jahren befunden hatten. Polen und Ungarn waren zudem, so Lukic, im Jahr der Wende gefestigte Nationalstaaten. Das Gleiche gilt für die Tschechische Republik nach der friedlichen Trennung von der Slowakei. Im Unterschied dazu ist auf dem Balkan, und das betrifft ganz besonders das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, der Prozess der Staatenbildung auch heute noch nicht abgeschlossen. Anders als in den ostmitteleuropäischen Ländern ging es der Führung in Serbien nicht darum, das kommunistische Modell so schnell wie möglich abzuschütteln und eine neue demokratische Ordnung aufzubauen, sondern vorrangig um die Schaffung eines serbischen Nationalstaates. Der ethnische Nationalismus wurde für politische Zwecke instrumentalisiert. Die erfolgreichen Reformstaaten Ostmitteleuropas, etwa Tschechien oder Ungarn, gehörten zudem zur Donaumonarchie und kamen bereits im 19. Jahrhundert in den Genuss einer gewissen Autonomie. Anders auf dem Balkan, wo unter den Osmanen die Modernisierung im westlichen Sinn ausgeblieben ist. Eine der wichtigsten Folgen davon ist nach Meinung von Lukic das Fehlen einer politischen Kultur des Dialogs.

Quelle: NZZ, 6. 6. 97



Die Presse, 6. 3. 2001



Die Zeit, 8. 3. 2001

T 15 Tschechien

Das Wirtschaftswunder ist durch eine misslungene Privatisierung, Überschuldung der Betriebe, faule Kredite der Banken, Struktur-schwächen und Korruption beendet worden. Die lange tschechische Rezession soll im Jahr 2000 zu Ende gehen, jubeln einige Politiker in Prag. Viele Experten sind aber skeptisch und verweisen auf die Überschuldung der Betriebe und die enormen Strukturprobleme. Viele Firmen arbeiten nur deshalb noch, weil sie vom Staat unterstützt werden. Nach Schätzungen einiger Fachleute kämpft die Hälfte der Wirtschaft mit Problemen. Diese sind die Folge der schlecht durchgeführten Transformation, die unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Václav Klaus stand. Dieser hatte im Westen seinen

Weg in Richtung „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ sehr erfolgreich verkauft, sodass Tschechien nach der Wende oft als Wirtschaftswunderland und als Musterknabe der Transformation bezeichnet wurde. Allerdings hat sich der „tschechische Weg“ längerfristig als wenig erfolgreich erwiesen. Von der „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ blieb in der Praxis nicht viel übrig. So hat man – im Unterschied zu Ungarn – einheimische Investoren gegenüber Auslandsinvestoren bevorzugt. Da aber in Tschechien in kommunistischen Zeiten fast die gesamte Wirtschaft verstaatlicht war, gab es keine erfahrenen Industriekapitäne für die privatisierten Konzerne.

Quelle: Die Presse, 31. 12. 1999

T 16

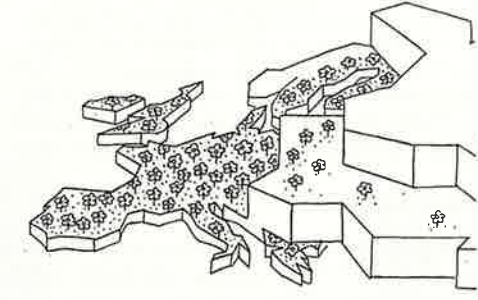
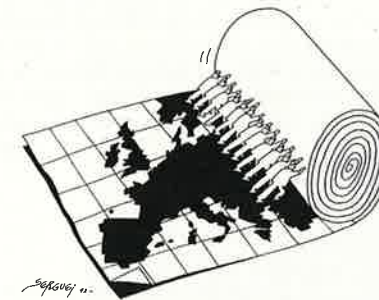
Nach 14 Jahren der Transformation sind die Privatisierungsvorhaben in Osteuropa mit Ausnahme des Süd-Osten großteils abgeschlossen. „Einige osteuropäische Länder sind bei den Privatisierungen genauso weit wie wir in Österreich“, meint Heinz Sernetz, Vorstand der Raiffeisen Investment AG (RIAG), die auf Privatisierungen sowie Fusionen und Akquisitionen in Mittel- und Osteuropa spezialisiert ist. Was nun einsetzt ist eine Welle der Konsolidierung in Form von Firmenzusammenschlüssen innerhalb Osteuropas. „So entstehen riesige osteuropäische Multis, die international mitspielen können“, erzählt Sernetz. Bestes Beispiel für diese Entwicklung sei der jüngste Zusammenschluss der russischen Öl-

konzerne Yukos und Sibneft – das fusionierte Unternehmen wird der viertgrößte Ölkonzern der Welt sein. Das derzeitige Spiel lautet: „Osteuropäer kaufen Osteuropäer und gehen früher oder später nach Westen“, berichtet Sernetz. Der Weg in die andere Richtung – die Expansion westlicher Unternehmen nach Osteuropa – sei vorbei. Knapp zwei Drittel der Fusionen und Akquisitionen in der Region waren 2002 Inlandstransaktionen. Bei ihrer Expansion würden Osteuropas Unternehmen die alten wirtschaftlichen Verflechtungen nützen und so ihre alten Wirtschaftsräume wiederherstellen.

Quelle: Die Presse, Eastconomics vom 16. 7. 2003

A Arbeitsaufgaben:

- Interpretieren Sie die beiden Karikaturen zum Verhältnis EU-Osteuropa.
- Stellen Sie aus Zeitungsquellen ein aktuelles Bild des Standes der Osterweiterung zusammen.



T 17 10 Jahre Transformation in Osteuropa

Ein Hauptziel des Übergangs war es, die Unterstützung des Staates für Märkte und Privatunternehmen zu sichern. Bei allen Erfolgen der Liberalisierung und Privatisierung im ersten Jahrzehnt der Transformation ist es vielfach nicht gelungen, die willkürliche Einmischung des Staates in die Wirtschaft zu unterbinden. Eine Umfrage der Europäischen Bank für Wiederaufbau hat gezeigt, dass mangelnde Haushaltsdisziplin und ein ungünstiges Investitionsklima dort am ausgeprägtesten sind, wo mächtige Interessengruppen den Staat kontrollieren. Die anfängliche Hoffnung, die Privatisierung würde die Rolle des Staates bei der Entscheidungsfindung auf Unternehmensebene grundlegend verändern, hat sich, wie die Analyse zeigt, nicht völlig erfüllt. Stattdessen wenden die Unternehmen beachtliche Mittel auf, um auf Beamte Einfluss zu nehmen, Bestechungsgelder zu zahlen und sich dem System staatlicher Einmischung anzupassen. Im Gegenzug erhalten sie Vorteile in Form von Subventionen, zinsgünstigen Krediten, Steuerabschreibungen oder Duldung von Steuerrückständen. Der Erfolg des Übergangsprozesses hängt letztendlich davon ab, ob die Unternehmen der Region Produkte herstellen können, die auch im Westen wettbewerbsfähig sind. Dies gilt im Fall der meisten Transformationsländer für solche Produkte, für deren Fertigung in erster Linie Arbeitskräfte, Ackerland oder Bodenschätze verwendet werden – also nicht für Produkte, für deren Herstellung vor allem komplizierte Anlagen oder hoch qualifizierte Fachleute

benötigt werden. Die Ineffizienz der überdimensionierten und kapitalintensiven Industriekonglomerate ist eine der schwersten Erb-lasten der Planwirtschaft. Auch Einkommensungleichheit und Armut haben in vielen Teilen der Region zugenommen. Vor Beginn des Transformationsprozesses wiesen die Planwirtschaften im Vergleich zu Entwicklungsländern und westlichen Industrieländern eine relativ gleichmäßige Einkommensverteilung auf. Im Laufe der Transformation nahmen die Einkommensunterschiede jedoch drastisch zu. Das zweite Jahrzehnt der Transformation muss sich auf die Entwicklung der institutionellen Rahmenbedingungen und ein ausgewogenes Wachstum konzentrieren. Doch muss auch die Bevölkerung von diesem Wachstum profitieren, wenn die Reformen weiterhin öffentliche Unterstützung finden sollen. Der Transformationsprozess kann und darf nicht als Einbahnstraße verstanden werden. Auch die Industrieländer, insbesondere die Länder der Europäischen Union, müssen erkennen, dass auch sie die Grundlagen für ein beschleunigtes und nachhaltiges weltweites Wachstum durch entschlossene Strukturreformen verbessern müssen. Vor allem die großen Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich und Italien müssen Steuersätze senken und die Arbeitsmärkte flexibilisieren. Wenn also nachhaltige Transformationsfortschritte mit mehr Reformen in der EU einhergehen, werden alle Beteiligten von der EU-Erweiterung profitieren können.

Quelle: „Osteuropa“ Heft 1/2000 (www.rwth-aachen.de/isp/Ww/Osteuropa/index.html)

T 18 Genügt das erzielte Wirtschaftswachstum?

Zusätzlich belastet ist die Entwicklung durch das geringe Wirtschaftswachstum in Westeuropa. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren sechs bis acht Prozent keine Ausnahme, jetzt freut man sich über drei Prozent. Darum ist das Aufnahmepotential für östliche Waren im Westen beschränkt.

Im Osten gibt es nur eine relativ kleine Bevölkerungsschicht – meist Unternehmer und Mafia –, die von der Wirtschaftstransformation in Richtung Marktwirtschaft profitiert. In vielen Ländern geht es vielen Leuten heute schlechter als vor der Ostöffnung. Kein Wunder, dass „Nostalgiker“ den Kommunisten wieder an die Macht verhelfen. Außerdem sind die Altkommunisten auch in den führenden Positionen in der Wirtschaft engagiert.

Die alten Sicherheiten wie Vollbeschäftigung und das Sozialsystem sind durchlöchert, in vielen Ostländern breitet sich die neue Armut aus, wie das beispielsweise in der Ukraine oder Rumänien der Fall ist. Hingegen haben die Regierung und die Sozialpartner in Österreich nach dem Jahre 1945 immer auf die soziale Seite geachtet und das System der „sozialen Marktwirtschaft“ favorisiert. Heute verlangt man von den Oststaaten eine Kürzung der Staatsausgaben, um die oft noch recht hohen Budgetdefizite zu beseitigen, die in vielen Fällen durch unsinnige Ausgaben entstehen. In soziale Zwecke wird meist nicht viel Geld investiert. Auch die Osthilfe des Westens ist eher bescheiden: Der Marshall-Plan für Osteuropa ist nie Realität geworden.

Quelle: Die Presse, 27. 12. 1994

T 19 Ein neues Weltsystem?

Die USA sind dabei, großräumig ein neues System der politisch-militärischen Eindämmung um Russland aufzubauen. Dieses System soll eine Wiedergeburt der einstigen Supermacht verhindern und Washingtons eigene Interessenzone absichern.

Der augenfälligste Schritt ist die geplante Osterweiterung der Nato, die von Washington nach einigem Zögern nun ziemlich entschieden, auch gegen die Bedenken der europäischen Nato-Partner, vorangetrieben wird.

Die zweite „Front“ verläuft auf dem Balkan, wo die USA nach dem Versagen der Europäer mit Hilfe islamischer Staaten, insbesondere aber der Türkei, ein eigenes Klientensystem gegen Serbien und das mit Belgrad verbündete Moskau aufbauen. Mosaiksteine dieses Klientensystems sind Kroatien, die bosnisch-kroatische Föderation, Mazedonien und Albanien. Auch wenn zwischen den Partnern dieser Allianz starke Spannungen bestehen, hoffen die USA doch, die gemeinsame Furcht vor Serbien als tragfähiges Fundament nutzen zu können.

In dieses Schema passt auch das nachdrückliche Bemühen Washingtons, Griechenland zum Einlenken in den Konflikten mit seinen Nachbarn Albanien, Mazedonien und Türkei zu bewegen.

Eine Schlüsselposition nimmt in der neuen Eindämmungspolitik der USA die Türkei ein. Dabei geht es nicht nur darum, Russland den Zugriff auf die riesigen Erdölfelder im Bereich des Kaspischen

Meeres zu verwehren. Ankara, das eben Sicherheitsabkommen mit Israel und Jordanien geschlossen hat, soll mithelfen, den Friedensprozess im Nahen Osten abzusichern, den Aufstieg unerwünschter neuer Regionalmächte (Iran, Irak) abzublocken und die Ausbreitung militanter islamistischer Strömungen einzudämmen.

Russland, wirtschaftlich und militärisch derzeit keine Herausforderung für die USA, setzt sich auf seine Weise zur Wehr. Die Union mit Weißrussland (vom Frühjahr 1996), das Bemühen, andere GUS-Staaten (Kasachstan, Kirgistan) enger an Moskau zu binden, die Angebote verstärkter Kooperation an Bulgarien, die Proteste gegen die Ausweitung der Nato – all dies sind verzweifelnde Versuche, Optionen für einen Wiederaufstieg zur Großmacht zu wahren.

Dazu kommen die Bestrebungen Russlands, mit anderen weltpolitischen „Außenseitern“ wie China und Iran, deren wichtigster Rüstungslieferant Moskau geworden ist, einen Schulterchluss gegen die globale Eindämmungspolitik der USA zu erreichen.

Angesichts der derzeitigen Kräfteverhältnisse scheint der Wettlauf um das Abstecken geopolitischer Besitzstände von vornherein entschieden. Dennoch sollten die Gefahren nicht unterschätzt werden. Zu instabil sind die Verhältnisse auf dem Balkan, in Teilen Osteuropas (vor allem der Ukraine) und im Nahen Osten. Von einer neuen Friedensordnung sind wir jedenfalls noch weit entfernt.

Quelle: OÖN, 4. 4. 1996

A Arbeitsaufgaben:

- Welches Bild zeichnet dieser Text von einem zukünftigen Mächtespiel?
- Welche andere, kritische Position nehmen die beiden folgenden kurzen Texte dazu ein?

T 20 Ein Sicherheitssystem für ganz Europa?

Zur angestrebten Erweiterung der Nato um einige ostmitteleuropäische Staaten, die auf vehementen Widerspruch Russlands stößt, lesen wir in der „Basler Zeitung“: (5. 2. 1996)

„Worin besteht europäische ‚Sicherheit‘? Fünf Jahrzehnte lang bestand sie angeblich im Aufbau von immer wahnwitzigeren ‚Potentialen‘. So ist die Nato groß geworden und es scheint verständlich, wenn die Russen eine ‚Erweiterung‘ dieses Blocks als Zurücksetzung empfinden. Aber die tatsächlichen Unsicherheiten im Osten entstehen – siehe Bosnien – nicht aus der Blockkonfrontation, sondern aus anderen Reibungen. Es scheint vernünftig, wenn Russen und viele andere ein darauf zugeschnittenes gesamteuropäisches Sicherheitssystem verlangen und es ist zweifelhaft, ob die alte Kon-

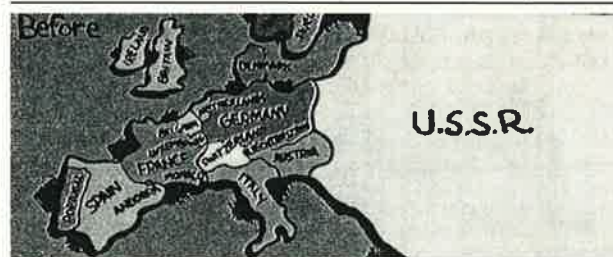
struktion der Nato dazu die geeignete Grundlage darstellt. Ideen für einen Neubau sind längst vorhanden.“

Die „Sächsische Zeitung“ (Dresden) bemerkt zu diesem Thema:

„Ohne Zweifel steckt der Westen beim Streit um die Nato-Öffnung in einem Dilemma. Einerseits fühlt sich die Allianz den Beitrittswünschen der Osteuropäer verpflichtet, andererseits strebt sie eine sicherheitspolitische Partnerschaft mit Moskau an. Beides, so scheint es, lässt sich nicht in ein Konzept einpassen. Doch gerade der Dissens um die Nato-Ausdehnung zeigt, welche Rolle die Psychologie in der Politik spielt. Bislang haben im Westen nur wenige registriert, dass die Mehrheit der Russen den Rückzug aus den einstigen Satellitenstaaten als Niederlage begreift.“

(5. 2. 1996)

T 21



"Before and after what?" – "Before and after you blinked."



(Aus: „L'organisation de l'espace mondial")

11.3 Ursachen, Folgen der neuen Wanderungsbewegungen

Einst war Europa das Auswanderungsland ...

Jahrhundertlang ist Europa ein Herkunftsland von Auswanderern gewesen. Europäer siedelten aus politischen und wirtschaftlichen Motiven in Amerika, Afrika, Asien und Australien. Europäische Einflüsse prägten diese Weltgegenden unterschiedlich stark. Auch innerhalb Europas waren Bevölkerungsbewegungen jahrhundertlang die Normalität: Denken Sie nur an die Arbeitsmigration in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, die Sie leicht z. B. an den Namen des Wiener Telefonbuchs nachvollziehen können.

Der Zweite Weltkrieg brachte zunächst einmal eine gewaltige Flüchtlingsbewegung von Osten nach Westen mit sich. Allein Westdeutschland integrierte nach 1945 ca. 10 Millionen Flüchtlinge.

Die Teilung der Welt in einen Ostblock und in eine westliche (amerikanisch beeinflusste) Hälfte unterbrach die alte Wanderungsbewegung von Ost nach West.

Wirtschaftliche Gründe waren es später, die aus Arbeitskräftemangel in den wirtschaftlich stark wachsenden Industriestaaten Mittel- und Westeuropas eine große Zahl von Gastarbeitern aus Süd- und Südosteuropa zuwandern ließ.

Die Situation in den neuen, nicht mehr hinter dem Eisernen Vorhang liegenden Staaten Osteuropas und der GUS ließen in den letzten Jahren wieder die Zahl der nach Mittel- und Westeuropa drängenden Menschen anwachsen. Hinzu kamen Konflikte, wie der Krieg im ehemaligen Jugoslawien mit ca. 2 Millionen Flüchtlingen.

Eine dritte Ursache derzeitiger Wanderungen ist die sich trotz Jahrzehnten Entwicklungspolitik stetig verschlechternde Lage in den Ländern der Dritten Welt in Afrika, Asien und Lateinamerika.

... heute ist es Wanderungsziel



Umgekehrt veränderte die seit 1990 bestehende „Neue Freiheit“ auch die Ansichten mancher Politiker in den Mittel- und Westeuropäischen Industriestaaten.

Einerseits bedürften diese, wegen einer stetig älter werdenden Industriegesellschaft mit immer weniger Kindern, für die ökonomische Aufrechterhaltung ihrer Pensionssysteme im 21. Jahrhundert einer bestimmten Mindestzuwanderung (Österreich hat ca. 20.000 pro Jahr). Andererseits bieten gerade unterschwellig geförderte Ängste in wirtschaftlich schlechteren Konjunkturphasen willkommene Mittel um kurzfristige Tagespolitik zu betreiben bzw. um aus nationalistischen Argumenten heraus von den grundsätzlichen Problemen eines Staates abzulenken.

Letztlich spiegelt sich in der Migrationsdiskussion um Einwanderung und Flüchtlinge der, nach Beendigung des Ost-West-Konflikts wahrscheinlich die Welt des nächsten Jahrhunderts beherrschende, Nord-Süd-Konflikt, zwischen einer sich immer stärker abschottenden Welt der Reichen im Nordwesten und einer in ihrer Bevölkerungszahl, ihren wirtschaftlichen und Umweltproblemen wachsenden armen Welt.